



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 110. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 22. September 2016, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- R. C., HBW (Beweisbeschluss Z-127)	6
- U. P., HBW (Beweisbeschluss Z-128)	65

* Hinweis:

Die Korrekturen und Klarstellungen des Zeugen U.P. sind in das Protokoll eingearbeitet. Der Zeuge R. C. hat keine Korrekturwünsche übermittelt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Bernd Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Andreas, Dr. Allers, Fried-Heye Fischer, Sebastian D. Schrot, Jacob
SPD	Heyer, Christian Hanke, Christian Diego Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Schönermark, Jasper
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Scheele, Jürgen, Dr. Wehrhahn, Sebastian
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Wolff, Philipp Heinemann, Martin Neist, Dennis Pabst, Daniel Metscher, Andreas
Auswärtiges Amt	Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Beyer-Pollok, Markus Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Rauch, Rüdiger Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.12 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, ausnahmsweise eröffne ich die Sitzung jetzt nicht; aber nicht wundern.

Vorab eine Information an die Öffentlichkeit: Wir haben heute ein besonderes Prozedere. Sie sehen ja: Anders als sonst hängt in der Mitte des Ausschusssaals ein Monitor. Wir haben heute Zeugen, die aufgrund des Identitätsschutzes besonders vernommen werden müssen, und deswegen haben wir folgendes Verfahren: In diesem großen Sitzungssaal, Europasaal, verbleibt die Öffentlichkeit, wenn Sie es denn wünschen - ich hoffe -, und Sie haben die Möglichkeit, die Befragung des Zeugen R. C., die in einem anderen Raum stattfinden wird, hier live zu verfolgen.

Sie sehen auf dem Bild den Ausschuss - jetzt natürlich noch nicht, wir ziehen dahin gleich um -, aber auch nur den Ausschuss. Die Kamera wird nicht schwenken und sich bewegen. Sie sehen also den Zeugen nicht; das ist eine Frage des Identitätsschutzes. Wir hätten da jetzt auch sehr viel mit einem Baldachin, einer spanischen Wand etc. machen können; das ist die eigentlich praktikabelste Lösung.

Sie hören den Zeugen aber. Sie hören den Zeugen. Sie hören die Fragen. Sie sehen die Ausschussmitglieder und alles das, was in - na ja, ich sage mal - ungefähr der Hälfte des Raumes passiert. Sie sehen aber eben den Zeugen nicht; Sie hören ihn allerdings. So können wir unter Wahrung der Identität des Zeugen die Öffentlichkeit gewährleisten, und Sie kriegen zumindest inhaltlich alles mit, was in diesem Ausschuss gefragt und gesagt wird. - Das zum Zeugen R. C.

Der Zeuge U. P. hat eine gesteigerte Schutzwürdigkeit bezüglich der Identität, und dies werden wir dadurch gewährleisten, dass die Sitzung nichtöffentlich stattfindet, das Protokoll dann aber öffentlich gemacht wird. Anders ist dies technisch leider nicht zu gewährleisten.

Wir haben viel überlegt. Dass das technisch so nicht möglich ist, hat uns auch an der ein oder anderen Stelle stutzig gemacht, weil man sich

das eigentlich als machbar vorstellt; aber so leicht ist es halt nicht. Da muss man sicherlich in der Zukunft mal drüber nachdenken, ob man so etwas nicht mit technischem Equipment usw. jedoch ermöglichen kann. Heute geht es zumindest nicht, sodass der Zeuge U. P. nichtöffentlich vernommen wird, die Vernehmung, Fragen und Antworten, dann aber im öffentlichen Protokoll wiederzufinden sind.

Der dritte Zeuge, Herr Dr. Maaßen, wird heute - so war es auch gewünscht und beantragt - nur nichtöffentlich bzw. eingestuft vernommen. Er kommt heute nichtöffentlich. So war es auch geplant.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da brauchen wir keinen Identitätsschutz!)

- Da werden wir auch keinen Identitätsschutz brauchen; da sind aber aus der letzten Sitzung noch Fragen offengeblieben. - Ich gehe auch davon aus, dass Herr Maaßen sich auf die Sitzung freut, und von daher wird es eine gute Sitzung sein. - Das so weit zur Erklärung.

Ich hoffe, das führt nicht dazu, dass Sie weniger Interesse an der Sitzung haben. Für den ein oder anderen, der die Sitzung immer bildlich verfolgt, ist es jetzt etwas eingeschränkt - das ist richtig -; aber es dient eben dem Identitätsschutz von operativ tätigen Zeugen, und ich bin mir sicher, dafür haben auch alle Verständnis. Wir probieren, unsere Fragen so klug zu stellen, dass Sie auch dementsprechend hier eine interessante Sitzung haben und der Ausschuss selbstverständlich die Erkenntnisse gewinnt.

Mit dieser Information lassen wir Sie jetzt alleine. Ich gehe davon aus, auch wenn ich nicht da bin, dass die Ordnung hier im Ausschusssaal gewährleistet ist.

(Heiterkeit)

Ich sehe Sie nicht. Sie sehen uns. Wir sehen Sie nicht. Also von daher wünschen ich und wir alle Ihnen jetzt eine informative Sitzung, freuen uns, dass die Öffentlichkeit trotzdem da ist; denn das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist unser Anliegen, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Sollten Fragen bestehen - hier ist jemand im Raum, also Sie werden hier nicht irgendwie abgekoppelt -, dann immer gerne. Ich würde das jetzt nicht im Bigespräch machen. Ich warte noch ein bisschen draußen, dass, wenn Sie Fragen haben, Sie jetzt direkt auf mich zugehen. Ich komme jetzt mal auf die Tribüne, wenn irgendwas organisatorisch zu machen ist, aber dass der Ausschuss schon mal rüberziehen kann, dass wir jetzt hier nicht stecken bleiben. Ich bin für Fragen jetzt da mal vor der Tribüne zu haben. - Danke schön.

Übrigens noch als Info: Es kann sein, dass gleich um Pi mal Daumen 12.45 Uhr die namentliche Abstimmung ist. Also, wenn Sie uns dann plötzlich nicht mehr sehen, ist nicht irgendeine Bildstörung; dann ist namentliche Abstimmung.

(Die Ausschussmitglieder verlassen den Sitzungssaal)

Ich werde das gleich natürlich noch mal sagen - Sie sehen mich ja gleich -, meine Belehrung, meine Begrüßung. Ich werde gleich natürlich noch mal drauf hinweisen, dass das Aufzeichnungsverbot natürlich weiterhin gilt. Also, was natürlich nicht geht, ist, jetzt mit der Handycamera den Monitor abzufilmen, wobei, wie gesagt, wir da nicht so sensibel sind. Nichtsdestotrotz ist klar - - Ich sage es auch gleich noch mal.

(Unterbrechung von
12.16 bis 12.33 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 110. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt, befindet sich im Europasaal. Ich hoffe, dass die Übertragung für die Öffentlichkeit auch wahrnehmbar ist, dass jeder unserer Sitzung folgen kann.

Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle erneut begrüßen. Ich

hoffe, dass Sie jetzt auch im unteren Teil des Sitzungssaals ausreichend Gelegenheit haben, diesen Ausschuss zu dokumentieren.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- R. C., HBW
(Beweisbeschluss Z-127)
- U. P., HBW
(Beweisbeschluss Z-128)
- Dr. Hans-Georg-Maaßen,
Präsident BfV
(Beweisbeschluss Z-14)

Die Beweisbeschlüsse Z-127 und Z-128 stammen vom 7. Juli 2016, und der Beweisbeschluss Z-14 ist vom 8. Mai 2014.

Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 und 18/8683 - durch Vernehmung der Zeugen R. C., U. P. und Dr. Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Für die Öffentlichkeit ist die heutige Zeugenvernehmung mit Einschränkungen verbunden. Die Zeugen R. C. und U. P. sind operativ tätig. Ihre Identität darf der Öffentlichkeit nicht bekannt werden.

Um die Öffentlichkeit gleichwohl zu ermöglichen und damit die Öffentlichkeit eben an der Beweisaufnahme teilnehmen kann, wird der Ausschuss den Zeugen R. C. in einem anderen Saal vernehmen - das stellen Sie, meine Damen und Herren, jetzt im Europasaal ja auch schon fest -, und die Sitzung aus diesem Saal wird zum Europasaal übertragen.

Von dem Zeugen werden Sie kein Bild sehen können, aber von den vernehmenden Ausschussmitgliedern.

Bitte bleiben Sie in diesem Saal, und verfolgen Sie das Geschehen über die Bildschirme, meine Damen und Herren der Öffentlichkeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Für den notwendigen Identitätsschutz des Zeugen U. P. genügt dieses Vorgehen aber nicht. Auch eine Tonübertragung wäre nicht verantwortbar. Daher hat der Ausschuss beschlossen, den Zeugen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu vernehmen, dafür aber das Stenografische Protokoll über die Vernehmung zu einem späteren Zeitpunkt zu veröffentlichen.

Der dritte Zeuge, Herr Dr. Hans-Georg Maaßen, ist bereits am 9. Juni 2016 ausgiebig öffentlich vernommen worden. Heute soll er nur zu Gegenständen befragt werden, die nicht öffentlich werden dürfen; daher wird seine Vernehmung unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen.

Vernehmung des Zeugen R. C.

Ich darf nun unseren ersten Zeugen explizit begrüßen: Herrn R. C.

Ich stelle fest: Der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Sie haben den Erhalt der Ladung am 15. September bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie unserer Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich glaube, zur öffentlichen Vernehmung möchte die Bundesregierung eingangs etwas sagen. - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Zur Klarstellung: Der Zeuge hat schriftlich eine Aussagegenehmigung ausgehändigt bekommen, die sich nur auf die nichtöffentliche Vernehmung bezog. Die Aussagegenehmigung wird insofern erweitert, als sie sich auch auf eine Aussage unter den hier gegebenen Bedingungen erstreckt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Das ist gut zu wissen.

(RA Johannes Eisenberg:
Dürfen wir dazu eine Frage
stellen?)

- Dazu gibt es direkt eine Frage des Rechtsbeistandes. Herr Eisenberg, wenn Sie sich dem Ausschuss ganz kurz vorstellen und dann Ihre Frage stellen. Die meisten werden Sie kennen, aber vielleicht der eine oder andere noch nicht.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin. - Herr Wolff, bezieht sich das auf die Einschränkungen insgesamt? Darf alles, was nach Aussagegenehmigung nur in nichtöffentlicher Sitzung gesagt werden darf, jetzt in öffentlicher Sitzung gesagt werden, oder bezieht sich das nur auf die Teile, die üblicherweise, wenn man von der Person des Zeugen absieht, in öffentlicher Sitzung gesagt werden dürften? Und beschränkt das weiterhin die Aussage betreffend der anderen, beispielsweise bestimmter Inhalte oder Methoden oder so betreffender Fragen, die dann weiter nur in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff. - Sonst würde ich noch was sagen: Es kann sich nach meiner Meinung natürlich nur auf den Identitätsschutz hier beschränken. Alles, was dementsprechend nichtöffentlich, Geheim oder gar Streng Geheim zu sagen wäre, kann hier nicht gesagt werden, sondern muss dann in den folgenden Teilen eben in eingestufte Sitzung gegebenenfalls gesagt werden.

Also hier, dass wir dieses Prozedere jetzt wählen, bezieht sich ausschließlich auf den Identitätsschutz des Zeugen. Daher haben wir eine beschränkt öffentliche Sitzung hier, sodass der Zeuge nicht kenntlich wird. Er kann daher alles, was in öffentlichen Sitzungen gesagt werden kann, aussagen, was jedoch nichtöffentlich, Geheim oder Streng Geheim nur gesagt werden kann - da kommt ja gleich noch eine Belehrung an den Zeugen -, das bitte dementsprechend dann nur in den entsprechenden Sitzungsformaten dann auch sagen.

Jetzt gibt es noch mal eine direkte Frage. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Es kann gut sein, dass wir vielleicht nicht die Unterlagen richtig



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchgesehen haben; aber uns liegt die Aussagegenehmigung nicht vor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das müssen wir dann gleich noch mal nachprüfen, prüfen wir sofort nach, dass die Aussagegenehmigung dementsprechend gleich allen vorliegt.

Dann, Herr C.: Ihre Vernehmung findet heute - es ist ja gerade schon thematisiert worden - in einem Sitzungssaal ohne Publikum statt. Die Öffentlichkeit kann gleichwohl an dieser Vernehmung teilnehmen. Besucher sitzen in einem anderen Saal, dem sogenannten Europasaal des Deutschen Bundestages, und können per Video Ihrer Vernehmung folgen. Von Ihrer Person wird dabei kein Bild übertragen; man hört lediglich den Ton Ihrer Aussage.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen an diesem Protokoll vorzunehmen und uns wieder zurückzuschicken. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge R. C.: So weit keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Bevor ich zur demensprechenden Belehrung des Zeugen komme, noch ein Hinweis an die Öffentlichkeit - ich hatte es eben im Ausschusssaal schon gesagt, aber jetzt auch formal noch einmal -: Nach Eröffnung der Sitzung im Ausschusssaal sind selbstverständlich Ton- und Bildaufnahmen auch weiterhin nicht zulässig. Also auch, obwohl wir uns jetzt und der Zeuge nicht im Ausschusssaal befinden, ist es nicht erlaubt, von den Monitoren im Ausschusssaal, Europasaal, Bild- oder Tonbandaufzeichnungen zu machen, Fotos zu machen. Das geht nicht und kann - das wissen fast alle, die jetzt im Europa-

saal sind - zu einem Ausschluss von den Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses oder gegebenenfalls sogar zu einem Ausschluss von allen Sitzungen des Untersuchungsausschusses führen. Ich bitte, dieses zu beachten.

Herr C., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Sie haben außerdem die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht zu berücksichtigen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das in Betracht kommen sollte. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge R. C.: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen.

Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werden dann die Fragen der Ausschussmitglieder kommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn Sie während der Vernehmung dementsprechend bei einer Frage den Eindruck haben, dass Sie die Antwort nur in nichtöffentlicher oder eingestufte, also geheimer oder streng geheimer Sitzung geben können, dann geben Sie uns bitte ein Zeichen - das können nur Sie wissen, ob Sie auf die Frage dementsprechend nur in eingestufte Sitzung antworten können -, und dann wird der Ausschuss einen dementsprechenden Beschluss fassen und die Fragen Ihnen dann noch mal in geheimer oder streng geheimer Sitzung beispielsweise stellen. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge R. C.: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Bevor wir wahrscheinlich gleich durch die anstehende namentliche Abstimmung unterbrochen werden, darf ich Sie zu Beginn noch bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angaben der Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge R. C.: Ja, mein Name ist R. C. Ich bin 53 Jahre alt und Berufssoldat. Vermutlich wollen Sie auch noch ein bisschen was zu meinem beruflichen Werdegang erfahren. Nach entsprechender militärischer Laufbahn, beginnend 1982, bin ich 1994 in den Bundesnachrichtendienst eingetreten, dort zunächst in Verwendung in auswertender Tätigkeit bis 2003, seit 2003 bis September 2013 Angehöriger der Hauptstelle für Befragungswesen, seit Oktober 2013 in anderer operativer Funktion, die ich hier nicht weiter ausbreiten möchte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt würde ich auf die Uhr gucken. Wahrscheinlich ist jetzt die Zeit, wo wir nach dieser Vorstellung unterbrechen müssten. Das ist manchmal so, weil die Abgeordneten zu einer namentlichen Abstimmung müssen, die jetzt stattfindet. Ich würde also die Ausschusssitzung jetzt für den Zeitraum der namentlichen Abstimmung unterbrechen, und wir setzen sie in circa 20 Minuten fort; so lange ist jetzt Pause. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
12.43 bis 13.30 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. Ich danke Ihnen noch mal ganz herzlich, Herr Zeuge, dass Sie sich so ausgiebig dem Ausschuss vorgestellt haben.

Wir fahren fort. Gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes haben Sie die Möglichkeit, zu Anfang Ihrer Zeugenvernehmung ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Das bedeutet, dass Sie zum Untersuchungsgegenstand im Zusammenhang vortragen können und nicht von Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen werden. Und da möchte ich Sie zuerst jetzt fragen: Wünschen Sie, ein solches Eingangsstatement abzugeben?

Zeuge R. C.: Nein, kein Eingangsstatement in diesem Sinne. Ich möchte mich jedoch für die freundliche Aufnahme hier bedanken; immerhin bin ich auch der Einzige, der fürstlich mit Getränken ausgestattet ist hier im Raum.

(RA Johannes Eisenberg:
Fürstlich!)

- Ja.

Sie haben mich als Zeuge geladen. Ich kann nur soweit bekunden: Ich werde hier vollumfänglich, wahrheitsgetreu und nach bestem Wissen und Gewissen aussagen.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Das muss er!)

Ich bitte Sie insofern um Verständnis: Die Problematik der Aussagegenehmigung wurde bereits diskutiert und steht im Raum. Insofern wird die eine oder andere Frage durchaus in einen nicht-öffentlichen Teil zu verweisen sein bzw. werde ich mich vor Beantwortung entsprechender Fragen auch mal rückversichern müssen, entweder hier bei meinem Rechtsbeistand oder aber bei Vertretern der Bundesregierung, hier insbesondere im Bundeskanzleramt. Ich bitte dafür um Verständnis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Das Verständnis haben wir, und das entspricht ja auch dem Prozedere, das wir hier im Ausschuss pflegen. Sie haben die Gelegenheit, sich mit Ihrem Zeugenbeistand zu beraten, und wir bitten auch darum, sollten Sachverhalte von Ihnen beantwortet werden können, aber eben nur in nichtöffentlicher bzw. eingestufter Sitzung, uns das zur Kenntnis zu geben; darum ja auch die Belehrung zu anfangs. Wir möchten Sie nicht in Versuchung bringen, hier etwas zu sagen, was eingestuft ist. Gleichzeitig möchten wir natürlich mit Ihnen die relevanten Punkte diskutieren können, und dann machen wir das in eingestufter Sitzung, und der Ausschuss erhält die dementsprechenden Informationen; da ist uns dran gelegen. Herzlichen Dank noch mal für diese Worte.

Und wir kommen damit in die Fragerunden. Es beginnt die Fraktion der CDU/CSU mit ihren Fragen, und Frau Kollegin Warken fängt an. Es gibt Zeitkontingente; nur das zur Information noch. Die Fraktionen haben unterschiedliche Zeitkontingente für ihre Fragen: die CDU/CSU 27 Minuten, die SPD 17 Minuten, die Linke 8 Minuten und Bündnis 90/Die Grünen auch 8 Minuten. Das geht dann immer reihum. - Die Fraktion der CDU/CSU beginnt mit Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. Guten Tag von unserer Seite! - Herr C., Sie hatten ja vorhin schon kurze Ausführungen gemacht zu Ihrem beruflichen Werdegang, auch zu Ihrer Tätigkeit in der HBW. Da würde ich aber gerne noch mal einsteigen, ein bisschen tiefer reingehen. Vielleicht können Sie uns zunächst Ihren dortigen Aufgabenbereich mal schildern, bitte.

Zeuge R. C.: Der Aufgabenbereich in dem von mir geschilderten Zeitraum war zweigeteilt. Zunächst vom Jahr 2003 bis Dezember 2008 war ich dort als Befragter tätig und von Januar 2009 bis zum Auflösen der Dienststelle im September 2013 als Befragterführer und stellvertretender Dienststellenleiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Da waren Ihnen zumindest im zweiten Zeitraum wahrscheinlich auch Mitarbeiter unterstellt. Wie viele Mitarbeiter waren das, wenn ja?

Zeuge R. C.: Unterstellt natürlich nur in der Funktion dann des Dienststellenleiters während dessen Abwesenheit. Ansonsten, als Befragterführer, war das kein Unterstellungsverhältnis; es war eigentlich eher die Funktion einer Fachaufsicht. Aber letztendlich Unterstellte oder Mitarbeiter hatten wir - ich müsste jetzt wirklich dezidiert nachzählen - ungefähr ein Dutzend bis 15 Mitarbeiter, davon in etwa fünf bis sechs Befragter.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Ihr unmittelbarer Vorgesetzter, wer war das dann?

Zeuge R. C.: Das war zu dem Zeitpunkt ein Herr W.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Hauptstelle für Befragungswesen war ja, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, bis zu ihrer Auflösung dem Referat EAC zugeordnet. Das ist zutreffend?

Zeuge R. C.: Das ist richtig, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es in dem Referat noch andere Aufgabenbereiche?

Zeuge R. C.: Das war eigentlich die Kernaufgabe.

Nina Warken (CDU/CSU): Oder vielleicht können Sie auch die Zuständigkeit und die Aufgabenbereiche von EAC mal beschreiben.

Zeuge R. C.: Ich sage mal, wenn es Aufgabenbereiche gab, dann mit Sicherheit nicht im Rahmen des Untersuchungsgegenstands.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Können Sie uns das kurz begründen, warum nicht, oder - -

Zeuge R. C.: Nein. Hauptaufgabenpunkt war das Befragungswesen. Es gab aber auch noch andere Beschäftigungsfelder - das sage ich mal -, die aber nicht hier mit reinsprechen.

Nina Warken (CDU/CSU): Im Referat EAC?

Zeuge R. C.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Die HBW wurde ja zum 30.06.2014 aufgelöst. In welchem Referat



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind denn die zuvor von der HBW wahrgenommenen Aufgaben dann heute angesiedelt?

Zeuge R. C.: Die gibt es nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, die Aufgaben werden - -

Zeuge R. C.: Die HBW wurde aufgelöst, und damit ist auch die Aufgabe weggefallen. Eine Nachfolgeorganisation gibt es nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Vielleicht können Sie uns - wir haben jetzt schon über die Auflösung der HBW gesprochen - mal noch den Weg dorthin schildern. Gab es vorher Veränderungen im Aufgabenbereich - solange Sie für die Zeit sprechen können, in der Sie dort tätig waren -, hat sich der Personalbestand geändert, war der Auftrag irgendwie anders, hat der sich verändert? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das schildern könnten.

Zeuge R. C.: Zunächst zum Personal: Das Personal hat sich stetig verringert. Wir waren zuvor an der Dienststelle, an der ich tätig war - lassen Sie mich nachrechnen -, ungefähr zwölf Befragter. Und, wie ich schon erläutert habe, zum Schluss waren wir noch sechs. Das heißt, wir haben das Personal der Befragter auf 50 Prozent reduziert. Natürlich haben sich auch die Aufgaben verändert. Das ist ein Zeitraum von zehn Jahren, in dem ich dort tätig war. In diesen zehn Jahren haben sich natürlich auch die politische Landschaft, die Krisenherde verändert, und entsprechend mussten wir reagieren. Natürlich hat sich von daher auch unser Aufgabenfeld verändert, länderbezogen oder thematisch.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es Ihrer Erinnerung nach denn mal BND-interne Diskussionen oder Prüfungen, ob die Tätigkeit der HBW tatsächlich vom BND-Gesetz abgedeckt war?

Zeuge R. C.: Ja, grundsätzlich: Ich bin kein Jurist. Das setze ich jetzt einfach mal vorweg. Es gab immer wieder Diskussionen, natürlich - nicht über die Tätigkeit als solche. Aber es gab auch Überlegungen, ob man denn die Legende weiterhin aufrechterhält oder ob man sie ersetzt, sprich: auch

klar auftritt gegenüber dem zu befragenden Klientel. Diese Diskussion wurde aber nie zu Ende geführt, sage ich mal, oder hat zumindest zu keiner Veränderung geführt.

Nina Warken (CDU/CSU): Auf welchen Ebenen - - Oder: Wer hat da diskutiert oder darüber nachgedacht? Waren das Sie und Ihre Kollegen, -

Zeuge R. C.: Nein, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - waren das vorgesetzte Stellen?

Zeuge R. C.: Das war natürlich auf höherer Führungsebene. Ich sage mal: mindestens Referat und darüber.

Nina Warken (CDU/CSU): Aus welchen Gründen wurde dann die HBW 2014 zum 30.06. aufgelöst? Gab es da ein besonderes Ereignis?

Zeuge R. C.: Da kann ich natürlich jetzt nur vom Hörensagen sprechen; denn in dem Zeitraum war ich natürlich nicht mehr Angehöriger der HBW. Ich habe das also nur am Rande mitgekriegt. Letztendlich war es ein Entschluss des Präsidenten des BNDs.

Nina Warken (CDU/CSU): Meinen Sie, das stand möglicherweise im Zusammenhang mit den Snowden-Enthüllungen? Könnte das ein Grund gewesen sein? Ich meine, Sie waren bis 2013 ja auch dort.

Zeuge R. C.: Das wäre jetzt Spekulation, wenn ich darauf antworten würde.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Die HBW hat sich ja bei ihren Befragungen insbesondere auf Asylbewerber und Aussiedler konzentriert. Mich würde jetzt einfach mal der konkrete Ablauf interessieren, wie es überhaupt zu den Befragungen kam. Wo fanden die Befragungen durch die HBW denn statt, an welchen Orten, in welchen Räumlichkeiten?

Zeuge R. C.: Wir kommen jetzt natürlich an einen Bereich, der bereits die Methodik, sage ich mal, des Nachrichtendienstes betrifft. Aber dadurch,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass auch die Diskussion hier schon vorher öffentlich geführt wurde, werde ich Ihnen jetzt mal weitestgehend dazu antworten und gehe davon aus, dass entsprechend, wenn es einem der Herren hier zu weit geht und er denkt, das ist durch meine Aussagegenehmigung nicht mehr abgedeckt - - dann auch entsprechend sich einschaltet.

Nina Warken (CDU/CSU): Davon ist auszugehen.

RD Philipp Wolff (BK): Nur dass man nicht permanent interveniert, vielleicht ganz kurz vorab: Wenn es um konkrete Örtlichkeiten geht, dann bitte ich, das natürlich nur in eingestufteter Sitzung zu machen. Wenn es darum geht, zu beschreiben, wo so etwas grundsätzlich stattgefunden hat, das kann man hier schildern.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Also es ging jetzt eher darum: Gab es da feste Räumlichkeiten? Ist man rumgereist? Also Sie müssen da jetzt keine Adressen oder so nennen.

Zeuge R. C.: Nein, nein. Gut. - Ich würde Ihnen jetzt gerne schildern den Ablauf einer typischen Befragung, vor allem eben auch im administrativen Bereich. Zunächst - eigenes Thema - erhalten wir ein Anhörungsprotokoll eines Asylbewerbers. Wir entscheiden aufgrund der darin enthaltenen Angaben, ob wir die Person ansprechen wollen oder nicht. Die Grundlage dafür ist Herkunftsland und vor allem die berufliche Tätigkeit oder aber mögliche Zugänge zu Wissen, die für die Bundesregierung interessant sein könnten. Wenn wir das feststellen in einer Art interner Vorprüfung, versuchen wir, diese Person zu kontaktieren. Zuvor haben wir natürlich noch einige bürokratische Hindernisse zu durchlaufen, Stichwort ND-Mittel-Antrag etc., da ja weiterhin auch die Persönlichkeitsrechte dieser Person zu schützen sind. Sobald wir als HBW an diese Person rangehen, verwenden wir ja ein nachrichtendienstliches Mittel. Das ist entsprechend zu begründen, und der Antrag auf Einsetzung dieses Mittels muss entsprechend genehmigt werden.

Liegt die Genehmigung vor, versuchen wir, Kontakt herzustellen. Kontakt stellen wir üblicher-

weise über den derzeitigen Aufenthaltsort desjenigen her. Üblicherweise hält sich die anzusprechende Person, wenn er noch nicht allzu lange hier in Deutschland ist, in der Erstaufnahmeeinrichtung auf oder später in einer der entsprechenden Wohneinrichtungen, Übergangswohnheime etc. Wir unsererseits haben natürlich Kontakt zu diesen Einrichtungen und laden diese Personen über diese Einrichtung zu einem Gespräch ein. Das heißt, wir fahren raus und besuchen die Person dort, wo sie sich aufhält, im entsprechenden Übergangswohnheim oder in der Erstaufnahmeeinrichtung. Dort treffen wir auf die Person und haben dann dort entweder die Möglichkeit, in einer der dort vorhandenen Räumlichkeiten sie zu befragen, erst mal anzusprechen, oder aber wir laden sie auch ein, mal mit uns irgendwo in ein entsprechend nahe gelegenes Café, in ein Lokal zu gehen, laden sie dort auf einen Kaffee ein, um das Gespräch mit uns zu führen.

Bei diesem Gespräch prüfen wir zunächst, ob das von uns vermutete Wissen aufgrund des Anhörungsprotokolls auch vorhanden ist und ob es in die Tiefe geht, die berechtigt, über das Wissen entsprechend auch eine Meldung zu schreiben, die für den auswertenden Bereich oder später für die entsprechenden Bedarfsträger von Interesse sein kann. Ist dies der Fall, führen wir dieses Gespräch vertiefend, schöpfen bereits erste Informationen ab. Möglicherweise, bei grundsätzlich vertiefendem Wissen, machen wir nach einem gewissen Zeitpunkt auch eine Pause und verschieben das auf später und avisieren diese Person, um entsprechend dezidierte Fragen sammeln zu können für spätere Befragungen.

Voraussetzung natürlich immer zu Beginn des Gesprächs mit dieser Person die Freiwilligkeit, dass sie sich mit uns unterhält - darauf wird sie hingewiesen, dass dieses Gespräch freiwillig ist -, dass dieses Gespräch unabhängig stattfindet vom Asylverfahren, und das wird entsprechend auch protokolliert. Das heißt, diese Person spricht mit uns aus freien Stücken, aus freiem Willen. Es wird ihr auch erklärt, aus welchem Grunde wir diese Informationen haben möchten. Und wenn sie damit einverstanden ist, spricht sie mit uns. Es gibt aber auch Gelegenheiten, da sagt die



Nur zur dienstlichen Verwendung

entsprechende Person: Nein, ich möchte das nicht. - Dann gehen wir wieder.

Wenn ich entsprechende Informationen erhalte, die weitergabefähig sind, werde ich die entsprechend zu Hause zusammenfassen, in eine entsprechende Form bringen und dann als Meldung absetzen. Entsprechend schreibe ich im Anschluss einen Bericht über das Treffen, wie es abgelaufen ist, und damit ist dieser Vorgang eigentlich abgeschlossen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich müsste mal ganz kurz eben dazwischen anmerken: Sie haben jetzt sehr stark in der Präsensform geredet. Ich gehe davon aus, dass die HBW nicht mehr existiert und dass Sie den Bericht geschrieben haben und dass Sie vernommen haben, -

Zeuge R. C.: Natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - aber nicht vernehmen.

Zeuge R. C.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben das jetzt quasi als Bild vor den Augen beschrieben, wie es passiert ist, und -

Zeuge R. C.: Das war einfach nur eine Beschreibung des Ablaufs.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - das quasi in der Präsenszeit.

Zeuge R. C.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil die Zeitform eben - - Wir machen das - -

Zeuge R. C.: Ich tue das seit vielen Jahren nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. Nur dass kein Missverständnis auftrat, weil das nicht die Vergangenheitsform war. Es hätte jetzt den Eindruck erwecken können, wir befinden uns jetzt noch in einem aktuellen Prozess.

Zeuge R. C.: Es war einfach nur beispielhaft dargestellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann können wir auch so fortfahren, wenn das klar ist. - Ja, vielen Dank. Das gibt uns, glaube ich, schon einen ganz guten Überblick, wie es abgelaufen ist. Ich hätte aber noch ein paar Nachfragen. Sie haben einmal erwähnt, dass Sie dann auch irgendwie eine Vernehmungspause machen, also erst mit der Person sprechen, eine Pause machen, dann wird die Person avisiert. Das müssten Sie mir noch mal erklären.

Zeuge R. C.: Was mir nicht so ganz gefällt, ist das Wort Vernehmung. Also, wir vernehmen, ich sage mal, keine Personen. Wir führen ein Gespräch mit ihnen. Das ist auf Augenhöhe, das ist ein Dialog. Natürlich ist es ein Frage-Antwort-Spiel - das ist ganz klar -, aber es ist in der ganzen Form keine Vernehmung, sondern es ist eine Befragung, es ist ein Gespräch. Nur, um das wirklich auch klarzustellen. Ich denke, eine Vernehmung sieht anders aus.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann haben wir das geklärt.

Zeuge R. C.: Avisierung bedeutet: Ich stelle vertiefend fest, ob das Wissen, das ich von dieser Person vermute - Sie sehen, ich spreche wieder in Präsensform -, auch tatsächlich vorhanden ist, in welcher Form und in welche Zielrichtung, damit das dann im BND zielgerichtet an die Auswertung gegeben werden kann und ihr Möglichkeit gibt, für dieses Themenspektrum gezielt Fragen zu stellen. Das heißt, dass also auch wir in der Lage sind, zielgerichtet diese Person zu befragen; denn die Befrager sind zwar sogenannte Allrounder, haben aber trotzdem nicht das tiefer gehende Wissen in einzelnen speziellen Fällen, um hier zielgerichtet Fragen zu beantworten [sic!], speziell wenn Personen über sehr exotisches Wissen verfügen, möchte ich mal sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Das heißt, Sie koppeln sich rück mit Kollegen beim BND, -

Zeuge R. C.: In gewisser Weise.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): - die nicht ihre Kollegen in der HBW waren und fragen nach.

Zeuge R. C.: Die Auswertung formuliert ihre Fragen, die sie von dieser Person beantwortet haben möchte, und die werden dann an mich weitergeleitet als Befrager.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und da ist dann, sage ich mal, zeitlich eine Pause. Also, Sie führen ein erstes Gespräch, dann findet diese Avisierung statt - eine Art, was weiß ich, Nachjustierung, Konkretisierung von Fragen, wie auch immer -, und dann finden weitere Gespräche statt.

Zeuge R. C.: Richtig. Ich beende das Gespräch mit der entsprechenden Person mit dem Hinweis darauf, dass ich ganz gerne Experten dazu hören möchte, die eventuell noch dezidierte Fragen haben, und das Gespräch zu einem anderen Zeitpunkt dann ganz gerne mit diesen Fragen entsprechend fortsetzen möchte, und frage die Person, ob sie auch damit einverstanden ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, die Person wird über die Einrichtung, also Gemeinschaftsunterkunft oder wie auch immer, eingeladen, und Sie sprechen dann manchmal dort mit denen, manchmal im Café. Wie muss ich mir das vorstellen? Dann kriegt irgendwie derjenige, der die Unterkunft leitet, oder, ich weiß jetzt nicht, mit - - Oder wie muss ich mir das vorstellen: „Ich lade über die Einrichtung ein“?

Zeuge R. C.: Ja, schwierig jetzt hier über die Methodik unserer Kontakthaltung und auch der Netzwerkbildung zu sprechen. Das würde ich ganz gerne in die nichtöffentliche Sitzung verlegen.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielleicht können Sie noch mal kurz sagen, von was denn die Person, mit der Sie sprechen, ausgeht, wer denn mit ihr spricht. Sie haben gesagt, dass man sie belehrt, es ist alles freiwillig und so weiter und hat keine Auswirkungen auf das Verfahren. Was sagen Sie denen konkret, woher Sie kommen?

Zeuge R. C.: Ich stelle mich als Mitarbeiter der Hauptstelle für Befragungswesen vor, erkläre ihr, dass es Ziel ist dieser Behörde, Informationen zu sammeln aus deren Herkunftsland, die grundsätzlich öffentlich so nicht verfügbar sind, oder wir Befürchtungen haben, dass sie verfälscht dargestellt werden, und über dieses Wissen quasi nur diese Person verfügen kann und dass es eben für uns hilfreich wäre, wenn sie uns dazu Fragen beantwortet.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie muss man sich das vorstellen? Schlucken das die meisten? Gibt es da Nachfragen? Oder wie reagieren die Leute?

Zeuge R. C.: Es gibt Nachfragen. Manche wollen wissen: Ja, tauche ich dann als Person auf? Weiß jemand, dass das von mir kommt? Da müssen wir natürlich erläutern, dass die Informationen anonymisiert weitergegeben werden. Ich sage ja, es gibt auch Beispiele, wo wir unverrichteter Dinge wieder zurückfahren in unsere entsprechende Einrichtung; und ja, das war es dann.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber die Mehrzahl der Personen hat schon mit Ihnen sprechen wollen?

Zeuge R. C.: Ja. Die haben Verständnis dafür, sagen: Ja, ich bin ganz dankbar, dass ich hier aufgenommen wurde, dass ich hier in Deutschland jetzt bin, und wenn ich Ihrer Regierung damit behilflich sein kann, dann sage ich gerne aus.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt würde ich gerne noch mal an den Anfang der Befragung gehen bzw. die Grundlagen: Um welche Befragungsziele ging es denn bei den durch die HBW durchgeführten Befragungen? Welche Regionen waren da die thematischen Schwerpunkte?

Zeuge R. C.: Das hat jetzt natürlich sehr engen Anklang an das APB, das entsprechend eingestuft ist. Insofern würde ich auch das ganz gerne in die nichtöffentliche Sitzung schieben.

Nina Warken (CDU/CSU): Und nach welchen Kriterien haben Sie denn dann die von Ihnen zu befragenden Personen ausgewählt bzw. Sie haben ja vom BAMF die Information bekommen, die Anhörungsprotokolle bekommen. Wurden Ihnen



Nur zur dienstlichen Verwendung

da von allen Asylbewerbern oder Aussiedlern die Informationen gegeben, oder nach welchen Kriterien hat man da diejenigen ausgewählt, zu denen man Ihnen dann die Anhörungsprotokolle geschickt hat? Vielleicht können Sie uns das auch noch mal ein bisschen genauer erläutern, wie denn da der Informationsaustausch auch war.

Zeuge R. C.: Gut. Es gab natürlich entsprechende Kriterienkataloge, wie Personen auszusehen haben, die für uns von Interesse sind. Die waren auch entsprechend begründet: Herkunftsland, berufliche Tätigkeit. Aufenthaltsdauer war auch ein entsprechendes Kriterium; denn die Informationen sollten ja relativ frisch sein. Sie haben das Problem - gerade auch bei Asylbewerbern -: Wir bekommen ja die Anhörungsprotokolle logischerweise erst nach erfolgter Anhörung. Diese Anhörung erfolgt oftmals erst Monate, nachdem die Asylbewerber im Land sind. Dann kommt noch eine entsprechende Reisetätigkeit hinzu, die sich über Monate erstreckt. Das heißt, oftmals kommen wir an die Personen erst ran, nachdem sie schon bis zu einem Jahr oder länger hier im Land sind oder zumindest das Heimatland länger als ein Jahr vorher verlassen hatten. Die sind für uns natürlich nicht mehr von Interesse. Insofern waren bestimmte Auswahlkriterien vorhanden, nach denen ausgesucht wurde. Davon haben wir die Protokolle bekommen, und wir haben sie dann noch mal intern geprüft, was davon auch wirklich in die nähere Auswahl kommt.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie mal irgendwie ein Beispiel sagen, was denn interessant gewesen wäre, welche Berufsgruppe oder welcher persönliche Hintergrund? Nur dass man es vielleicht ein bisschen konkreter hat.

Zeuge R. C.: Nur mal ganz konkret als ein Beispiel: Sämtliche Regierungsvertreter wären natürlich von Interesse gewesen.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Kriterien wurden von Ihnen festgelegt? Oder wer hat die Kriterien festgelegt? Sie und Ihre Kollegen, Ihr Referat? Oder wer hat die festgelegt? Gab es da so ein - -

Zeuge R. C.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): War das irgendwie schriftlich festgehalten, oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge R. C.: Es gab da mit Sicherheit auch schriftliche Formulierungen. Ich sage mal, die hatten wir nicht vorliegen, weil wir ja mit der Thematik andauernd beschäftigt waren. Natürlich hat sich das auch entsprechend verlagert.

Nina Warken (CDU/CSU): Das BAMF hatte ja irgendwie auch zunächst die Kriterien.

Zeuge R. C.: Ja, ja, natürlich. Denen lag auch ein entsprechender Kriterienkatalog vor. Definiert wurden eben, sage ich mal, diese entsprechenden Kriterienkataloge nach dem APB, und zwar von der Auswertung in erster Linie.

Nina Warken (CDU/CSU): Also die Auswertung hat - -

Zeuge R. C.: Ja, ja. Die Auswertung bekundet - - Um unseren Auftrag entsprechend erfüllen zu können, um Berichte, Länderberichte und Ähnliches verfassen zu können, benötigen wir Informationen, erstens zu Land XY, zur Thematik - nennen wir es mal Massenvernichtungswaffen, als ein Beispiel -, und das ist für uns dann entsprechendes Kriterium, wo wir unser Augenmerk drauf richten.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich hatte den Eindruck aus den bisherigen Befragungen, dass da ja schon ständig und institutionalisiert der Austausch und auch der Austausch großer Mengen an Informationen zwischen HBW und BAMF stattgefunden hat. Ist das zutreffend?

Zeuge R. C.: Gut. Es war eine feste Einrichtung. Es gibt einen entsprechenden Verbindungsbeamten beim Bundesamt; das ist sozusagen die Schnittstelle Bundesamt-BND. Hierüber lief auch der Austausch, auch die Übermittlung entsprechender Kriterienkataloge, auch Verschiebungen, wenn es die mal gab. Über die Anzahl der Protokolle, die wir bekommen haben - - Ich kann es schlecht einschätzen, aber ich würde mal sagen, das ist ein geringer Prozentsatz. Alle Personen, die hier tatsächlich Asyl suchen - - Wenn wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

vielleicht 1 bis 2 Prozent aller Asylsuchenden bei uns auf dem Tisch wieder vorfinden, dann ist das fast viel.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt meine ich mich zu erinnern, dass die Zeugin des BAMF das auch so dargestellt hat, dass Sie dann zunächst auch rückgemeldet haben, wenn jetzt eine Person interessant war, dass die Person interessant ist, und sich dann auch erkundigt haben, wie da der Stand des Verfahrens sei, also ob da jetzt bald mit einer, sage ich mal, Aufenthaltsgenehmigung zu rechnen ist oder eher mit einer Ablehnung. Wie ist man da dann weiter vorgegangen? Welchen Unterschied hat es dann gemacht? Beim einen haben Sie wahrscheinlich dann mehr Zeit gehabt. Oder hat das Verfahren dann irgendwie gestockt?

Zeuge R. C.: Nein. Das BAMF hatte ja eine Übersicht über die Anhörungsprotokolle, die wir bekommen haben. Wir haben unsererseits, wenn wir daraus eine Person ausgewählt haben, die wir zunächst ansprechen wollten, dem Bundesamt eine Rückmeldung gegeben: Wir interessieren uns für Person AB. Haben uns erkundigt - - oder nein, zu diesem Zeitpunkt haben wir uns noch nicht erkundigt, wir haben nur gebeten, eben eine mögliche Entscheidung darüber zurückzustellen. Und da hatten wir üblicherweise vier Wochen Zeit, diese Person aufzusuchen und dann zu sagen: „Jawohl, müssen wir intensiver befragen“, oder aber: „Nach einem Kurzgespräch gibt es keine Anhaltspunkte für irgendwelche Interessensgebiete für uns“, so nach dem Motto: Wir geben diesen Fall zurück, er kann entschieden werden. Es gibt auch - - Oder: Das Auftreten unserer Behörde liefert keinen Nachfluchtgrund. Ich denke, über diesen Begriff sind Sie auch schon gekommen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und wenn es dann so gewesen wäre, dass Sie sagen, Sie haben Interesse, aber eigentlich hätte abgelehnt werden sollen, wie ist es dann weitergegangen?

Zeuge R. C.: Hat es in ganz, ganz wenigen Ausnahmefällen gegeben, in zweien, wo wir mit dem Bundesamt im Dialog waren. Das heißt, hatten wir tatsächlich Interesse an einer tiefergehenden

Befragung einer Person, haben wir das dem Bundesamt signalisiert. Das Bundesamt hat nachgefragt beim entsprechenden Einzelentscheider: Wie ist die Entscheidungsprognose? Und wenn der gesagt hat, jawohl, der bekommt entsprechend seinen Antrag genehmigt oder aber zumindest irgendein Bleiberecht, subsidiären Schutz oder wie auch immer, dann hatten wir die Möglichkeit, an diese Person ranzugehen, ohne deshalb extra einen Asylfall zu schaffen. Es war, ich sage mal, weniger als eine Handvoll Fälle in meiner gesamten Zeit, von denen ich Kenntnis genommen habe, dass es da Diskussionsbedarf gab, weil man seitens des Bundesamtes gesagt hat: Nein, wir wollen den eigentlich nicht entscheiden. - Ich kann Ihnen aber nicht sagen, wie diese Diskussion, weil ich selber keinen Fall hatte, dann ausgegangen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): An dem Informationsaustausch mit dem BAMF, waren da auch die am integrierten Befragungswesen beteiligten AND beteiligt?

Zeuge R. C.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie sagten vorhin, dass Sie sich als Mitarbeiter der HBW ja ausgegeben hatten. Gab es noch andere Legenden, die Sie benutzt haben, -

Zeuge R. C.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - Mitarbeiter anderer Behörden oder Vertreter von Hilfsorganisationen?

Zeuge R. C.: Nein. Ausschließlich HBW.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich habe es gerade schon erwähnt: Das Kernstück des integrierten Befragungswesens war ja die Zusammenarbeit mit verschiedenen alliierten Partnerdiensten. Können Sie uns die Zusammenarbeit mit den Partnerdiensten im Rahmen der HBW in der Praxis bitte kurz schildern?

Zeuge R. C.: Ja, zum Teil, zumindest zum Teil hier in öffentlicher Veranstaltung. Den anderen Teil würde ich ganz gerne auch in den nicht-



Nur zur dienstlichen Verwendung

öffentlichen Teil verlagern. - Man muss die Zusammenarbeit mit den ANDs auch zweigeteilt sehen. Zum einen die praktische Zusammenarbeit vor Ort, zum anderen natürlich die, ich nenne es mal, organisatorische Zusammenarbeit auf Führungsebene. Ich kann relativ - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich kann natürlich hier nur entsprechend eingehen auf das, was vor Ort auf der Arbeitsebene gelaufen ist, weil ich entsprechend ja in diese Führungsstrukturen nicht eingebunden war. Das heißt, ein AND-Befrager war Mitglied der Befrager-Community - so nenne ich das mal -, die in einer entsprechenden Außenstelle tätig war. Sie waren vollumfängliches Mitglied, wurden aber trotzdem bei nationalem Interesse bestimmter Vorgänge außen vor gehalten. Was dieses nationale Interesse ist und wie im Einzelnen - - bitte ich, nichtöffentlich aussagen zu dürfen. Aber sie waren entsprechend befugt, wie auch ein deutscher Befrager Befragungen durchzuführen. Das heißt, je im Einzelfall wurde in der Dienststelle entschieden, welcher Befrager eignet sich aufgrund seiner sprachlichen Qualifikation, aufgrund eines gewissen Fachwissens, das er sich angeeignet hat im Laufe seiner Tätigkeit, für welches Klientel, für welche entsprechende anzu-sprechende Person. Und danach erfolgte die Auswahl und auch die Verfügbarkeit - welcher Befrager war wann, wo verfügbar? -, und entsprechend wurden die dann dorthin entsandt, in die entsprechenden Aufnahmeeinrichtungen oder Übergangwohnheime.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt ist gerade meine Zeit um; aber da würde ich nachher noch mal weitermachen. Danke.

Zeuge R. C.: Gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kommen wir zur nächsten Fraktion. Als zweite Fraktion stellt die Fraktion Die Linke ihre Fragen. Frau Kollegin Renner beginnt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Herr R. C., wir bleiben gleich bei der Zusammenarbeit mit den

Amerikanern. Sie sagten ja, das BAMF hat auf Grundlage ihres Kriterienkatalogs die Anhörungsprotokolle übersandt. Waren die Amerikaner an der Abfassung des Kriterienkatalogs beteiligt?

Zeuge R. C.: An der Abfassung des Katalogs - - Soweit ich weiß - das ist alles ein Prozess; dieser Kriterienkatalog findet natürlich auf entsprechender Führungsebene statt -, an der Erstellung dieses Katalogs waren sie nicht beteiligt. Was ich aber nicht sagen kann, ist, ob nicht eventuell entsprechend Punkte aus ihrem Interessenschwerpunkt dort mit eingeflossen sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie dafür Anhaltspunkte?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann übersendete das BAMF die Anhörungsprotokolle. Hat die amerikanische Seite die Anhörungsprotokolle ebenfalls bekommen?

Zeuge R. C.: Nur insofern, als dass die zu befragende Person an diesen entsprechenden Befrager gegeben wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Also nicht generell, -

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - sondern nur dann, wenn der Amerikaner auch befragt hat.

Zeuge R. C.: Zielgerichtet, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei der Auswahl der Person, also bei der Entscheidung, dass man diese Person befragen möchte, inwieweit haben dort die Amerikaner mitgewirkt?

Zeuge R. C.: Die wurden schon gefragt, ob sie auch Interesse hätten an der Befragung einer Person. Wenn wir gesagt haben: „Jawohl, wir wollen eine bestimmte Person befragen“, haben wir auch entsprechend die US-Seite gefragt: Habt ihr da auch Interesse daran?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es auch Fälle, wo die US-Seite gesagt hat: „Wir hätten an dieser Person Interesse, und, BND, bitte habt auch Interesse“?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchen Fällen war das?

Zeuge R. C.: Ich kann Ihnen jetzt kein konkretes Beispiel nennen, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Welches spezifische Interesse hatten die Amerikaner an diesen Personen? War das deren Funktion? Das Land? Und jetzt habe ich mal eine Frage: Wenn die Amerikaner nur die Frageprotokolle bekommen haben, also aus der Anhörung, in den Fällen, wo sie auch Befrager wurden, wie können sie dann Personen identifizieren, zu denen sie sagen: „Haben wir Interesse, die möchten wir gerne befragen“? Da müssten sie ja über die Gesamtzahl der Befrager, der potenziellen Befrager Kenntnis gehabt haben.

Zeuge R. C.: Nein. Wir haben bestimmte Fälle ja rausgenommen aus dem entsprechenden Protokollaufkommen und haben dann gemeinschaftlich nachgeschaut: Wer macht welche Person?

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und die Amerikaner konnten auch sagen: „Wir haben Interesse an dieser Person“, und dann wurde diese Person ausgewählt zur Befragung.

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben neben der DIA andere amerikanische Stellen an diesen Befragungen teilgenommen?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie eine Erklärung, warum ein militärischer Geheimdienst diese Befragungen seitens der USA durchgeführt hat?

Zeuge R. C.: Spekulativ.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann können Sie gerne mal hier spekulieren.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

Zeuge R. C.: Nein, das - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ging es um militärische Fragen?

Zeuge R. C.: Weniger darum. Aber das integrierte Befragungswesen ist ja schon inzwischen über 50 Jahre alt gewesen, hat sich ja grundsätzlich zu Zeiten entwickelt, sage ich jetzt mal, da hat der BND noch in seinen Kinderschuhen gesteckt als solcher. Die DIA war eigentlich diejenige Institution, die schon immer vor Ort war, präsent war, entsprechende Befragungen auch direkt nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs durchgeführt hat, und in der Zusammenarbeit sich überhaupt das integrierte Befragungswesen entwickelt hat. Und insofern: die DIA.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren aufseiten der Befrager des Bundesnachrichtendienstes dies auch überwiegend Bundeswehrangehörige?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren da eher die Ausnahme?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es auch Befragungen, bei denen die DIA alleine, ohne Anwesenheit des BND, befragt hat?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann war das der Fall?

Zeuge R. C.: Immer dann, wenn kein anderer Befrager zur Verfügung stand möglicherweise oder sich dieser Befrager insbesondere aufgrund sprachlicher oder thematischer Befähigung insbesondere dafür geeignet hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Hat sich dann der Mitarbeiter der DIA auch unter der Legend HBW dem Flüchtling genähert?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Verfügte er über einen Ausweis der HBW?

Zeuge R. C.: Nichtöffentliche Sitzung, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat er sich auch gegenüber der Einrichtung, in der befragt wurde, als Hauptstelle Befragungswesen ausgewiesen?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kann der Bundesnachrichtendienst einem ausländischen Nachrichtendienst einen Ausweis eines eigenen Tarnmittels ausstellen?

Zeuge R. C.: Da müssen Sie den Bundesnachrichtendienst fragen, nicht mich. Ich habe ihm diese Legitimation nicht gegeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat die DIA die Gespräche, die sie eigenständig geführt hat, protokolliert?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Inwieweit haben Sie sich über den Wahrheitsgehalt des Protokolls einen Eindruck machen können?

Zeuge R. C.: Indem ich ihm, nämlich dem Befrager, zumindest in meiner Eigenschaft als Befragerführer den Kontakt vermittelt habe. Das heißt, ich habe mit entsprechenden Personen vorher Kontakt gepflegt, und durchaus kam da auch mal ein Feedback.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat der Mitarbeiter der DIA Hilfsmittel benutzen können bei den Befragungen, Aufzeichnungsgeräte, Laptops, Kartenmaterial oder Ähnliches?

Zeuge R. C.: Wenn er das für förderlich gehalten hat, konnte er das verwenden, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): War das der Fall? Wurde Kartenmaterial vorgelegt?

Zeuge R. C.: Ich war bei den entsprechenden Befragungen nicht dabei. Insofern weiß ich nicht, ob er es getan hat; aber grundsätzlich die Möglichkeit war natürlich gegeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den Befragungen, bei denen Sie dabei waren und ein Mitarbeiter der DIA, wurde dort Kartenmaterial vorgelegt? Auch in Form zum Beispiel von Google Maps, also auch in Form von - -

Zeuge R. C.: Es ist gängige Praxis, wenn Sie speziell, ich sage mal, auf Einrichtungen gehen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, also, es wäre eine Ja/Nein-Frage.

Zeuge R. C.: Nein, nein, also natürlich, es werden solche Dinge eingesetzt.

(Der Zeuge wendet sich an
RD Philipp Wolff (BK))

- Ja?

RD Philipp Wolff (BK): Ganz grundsätzlich ist die Antwort, glaube ich, gegeben. Wenn wir zu Details kommen, in welcher Form, dann bitte ich, das wirklich als Methodik in eingestufte Sitzung zu behandeln.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Grundsätzlich würde jetzt nur noch mal die Nachfrage kommen: Hat es sich dabei nur um papierene Karten gehandelt oder auch Karten, die auf einem Laptop vorgezeigt wurden?

Zeuge R. C.: Laptop war Hilfsmittel.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Was wurde neben Karten dort noch möglicherweise gezeigt, auch Fotos von Personen oder Fotos von Einrichtungen?

Zeuge R. C.: Nicht dass ich wüsste.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Es waren überwiegend Karten?

Zeuge R. C.: Wenn mit Laptop gearbeitet wurde, dann eigentlich zur Identifizierung von Objekten.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Objekte, mit denen was passieren sollte?

Zeuge R. C.: Die lokalisiert werden sollten.

Martina Renner (DIE LINKE): Für was? Was macht ein militärischer Geheimdienst mit Objekten, die er lokalisiert?

Zeuge R. C.: Wir haben das an die Auswertung weitergegeben; die Verwendung entsprechend war dort.

Martina Renner (DIE LINKE): Was waren das für Objekte? Also welches Interesse hat die DIA an diesen Objekten?

Zeuge R. C.: In nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie ausschließen, dass diese Informationen auch im Rahmen des sogenannten geheimen Krieges, also des bewaffneten Drohneneinsatzes, genutzt wurden?

Zeuge R. C.: Ausschließen kann ich gar nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass diese Informationen genutzt wurden für den bewaffneten Drohnenkrieg?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass diese Angaben genutzt wurden für andere militärische Operationen?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist nie im Nachgang mal bekannt geworden, dass es in dieser Region zu militärischen Operationen seitens der Amerikaner gekommen ist?

Zeuge R. C.: Das ist schwierig zu sagen. Ich sage mal, speziell in Afghanistan - - Ich weiß nicht, wo die Amerikaner überall Operationen am Laufen hatten und ob das in irgendeinem Zusammenhang mit möglicherweise einer unserer Befragungen stand. Also, das ist mir unmöglich, das nachzuvollziehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Objekte, Karten, die vorgezeigt wurden, das wurde auch protokolliert, wenn so etwas seitens der Amerikaner dem Flüchtling gezeigt wurde? Also alles, was auf dem Laptop sich abspielte, wie wurde das protokolliert?

Zeuge R. C.: Nein, das war nicht protokolliert, sondern das was Teil der Meldung, die weitergegeben wird.

Martina Renner (DIE LINKE): An wen genau?

Zeuge R. C.: In nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch an die Amerikaner? An andere Stellen als die DIA oder nur an die DIA?

Zeuge R. C.: Entzieht sich meiner Kenntnis, was die DIA mit der Information, die sie von uns bekommen hat, dann gemacht hat und wie sie die weiterverteilt oder verwendet hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber diese Informationen, die die Amerikaner gewonnen haben, zum Beispiel durch den Vorhalt von Karten oder durch das Zeigen von Karten im Internet, gingen immer vollständig auch an die Auswertung des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge R. C.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen zu den Fragen der Fraktion der SPD. Der Kollege Dr. Zimmermann, der vor kurzem erst Geburtstag hatte, zu dem wir nachträglich gratulieren, beginnt mit seinen Fragen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herr Zeuge, wie konnten Sie - - Vielleicht um die Frage da ganz kurz anzuschließen: Warum sind Sie sich da so sicher, dass das alles dann auch bei Ihnen angekommen ist?

Zeuge R. C.: Es war ein Teil der Vereinbarung, dass alles Material, was durch die Partnerbefrager gesammelt wurde, auch zur Verfügung gestellt werden muss. Und somit habe ich ja - zumindest in meiner Tätigkeit als Befragerführer - auch das Ergebnis der Befragung gesehen. Das heißt, als Befragerführer entsende ich diesen Partnerbefrager an eine bestimmte Person, und dann erwarte ich auch von ihm ein Ergebnis. Und er kommt dann zurück und sagt: Jawohl, ich habe die Person getroffen, habe mich eine Stunde mit ihr unterhalten, das sind die Ergebnisse. - Und die Ergebnisse wurden dann entsprechend an uns gegeben, und von unserer Seite aus wurden die auch dann erst wieder an die entsprechende Gegenseite des AND geliefert. Das heißt, auch da ist nicht die direkte Verbindung gewesen des Befragers vor Ort mit seinem Hauptquartier, sondern auch das lief über den Kanal HBW.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber der Befrager des AND, den Sie entsandt haben, der war alleine dann unterwegs?

Zeuge R. C.: Solche Situationen gab es, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wenn der, sage ich mal, Ihnen jetzt - - Der hat Ihnen einen Bericht geliefert. Und wenn der Ihnen da aber einige Informationen vielleicht nicht geliefert hätte, das hätten Sie am Ende nicht nachvollziehen können.

Zeuge R. C.: Manchmal ja, manchmal nein. Wir sind eigentlich davon ausgegangen, wir mussten davon ausgehen, dass diejenigen AND-Befrager, die bei uns im System sind, ich sage mal, handverlesen sind, überprüft sind. Die wurden auch

entsprechend belehrt, was sie tun dürfen, was sie nicht tun dürfen. Es gab gewisse Spielregeln. Wir gingen davon aus, dass da entsprechend auch danach gehandelt wurde. Und wir hatten natürlich auch eine gewisse Überprüfungsmöglichkeit, da wir ja entsprechend den Kontakt hergestellt haben, letztendlich auch wussten vom Protokoll her: Was kann ich von einer Person erwarten, was liefert die mir? Und ich konnte ja das Ergebnis, das dann tatsächlich reinkam, mit dem vergleichen, was ich entsprechend erwarte von der Person, ob das schlüssig ist. Möglicherweise hätte es auch zu Nachfragen kommen können seitens, ich sage mal, der Leitung einer solchen Erstaufnahmeeinrichtung, die dann mich anruft und sagt: Ja, es war ein Kollege von Ihnen da. Könnten wir das das nächste Mal nicht ein bisschen kürzer machen? Nicht dass der wieder sechs Stunden hier unsere Asylbewerber belästigt. - Sehen Sie, die laufen also auch Gefahr, wenn sie nicht nach den Spielregeln spielen, enttarnt zu werden. Das heißt, die halten sich daran, die sagen: „Jawohl, ich war dort, ich war dort eine Stunde oder zwei“, protokollieren das entsprechend und bringen das Ergebnis mit. Und wenn das so nicht der Tatsache entspricht, laufen sie immer Gefahr, dass das auch entsprechend aufgedeckt wird. Von daher - - Das war aber nie der Fall. Insofern haben wir auch eine gewisse Kontrollmöglichkeit und sagen: Jawohl, das ist schlüssig, das stimmt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber wenn ich es jetzt als Ja/Nein-Frage stellen würde, Sie könnten es nicht vollkommen ausschließen, nicht? Klar.

Zeuge R. C.: Nein, ausschließen kann ich es nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. - Vielleicht noch mal, damit ich es verstehe, weil wir ja da auch in vorherigen Befragungen - - immer davon hatten. Also, es gab quasi unterschiedliche Varianten: Es gab die Variante nur quasi ein deutscher Befrager, es gab die Variante auch nur ein ausländischer Befrager, und es gab die Variante ausländischer Befrager in Begleitung oder auch deutscher Befrager.

Zeuge R. C.: Ja. Gemischt, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Wie, würden Sie sagen, war da so - - Was war die präferierte oder die am meisten vorkommende Variante? Weil Sie haben eben gesagt gehabt, glaube ich, dass das schon mal vorkam, dass einer alleine rausgefahren ist von den Amerikanern.

Zeuge R. C.: Ja, das lässt sich in Fallzahlen jetzt schlecht irgendwo darstellen. Aber es kam vor. Ich möchte nicht sagen, dass es die Regel war; aber es kam häufig vor.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und Sie hatten eben gesagt, der wäre sonst Gefahr gelaufen, wenn der zu lange da gewesen wäre, enttarnt zu werden.

Zeuge R. C.: Nein. Ich nehme jetzt mal Ihr Beispiel an, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja.

Zeuge R. C.: - dass er im Prinzip irgendwelche Daten erhebt und die dann am BND vorbeischleust und an die DIA meldet. So. Da sage ich eben, das hätte man irgendwo mitbekommen, weil das kann er ja nur, wenn das Ergebnis, das er mir vorlegt, nicht mit dem, was ich erwarte, übereinstimmt und wenn er mehr im Prinzip erfragt, als was er dann letztendlich abliefert. Das wäre irgendwann mal auffällig, oder es hätte auffällig werden können, sage ich. Und von daher war es bezogen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber „enttarnt“ ist ja trotzdem ein ganz gutes Stichwort. Ist das vorgekommen, dass Flüchtlinge oder Asylbewerber, die Sie befragt haben, gesagt haben: „Nein, mit Geheimdiensten rede ich nicht, und mit amerikanischen schon mal gar nicht“?

Zeuge R. C.: Für die war es ja nicht ersichtlich, dass es ein Amerikaner ist. Für die war es auch nicht ersichtlich, dass es ein Geheimdienst ist. Schließlich waren wir die HBW.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Da ist Ihnen kein Fall bekannt, dass das mal - -

Zeuge R. C.: Da ist nie davon abgewichen worden. Es ist eine deutsche Behörde, es ist die HBW, als die treten wir auf, und die sammelt Informationen für die Bundesregierung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und das hat bei der - - Ich meine, wie - - Man versucht sich ja, da reinzusetzen. Wenn da jetzt ein amerikanischer Befrager kommt - ich meine, ich habe das sehr wohl verstanden mit den Sprachkenntnissen - - Und diese Legende hat gehalten?

Zeuge R. C.: Ja. Die war durchgängig während der ganzen 50 Jahre.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Die ganzen 50 Jahre? - Den US-Partnern, lagen denen dann auch vorher quasi alle Akten vor? Oder haben die dann nur diese Meldungen gehabt? Um das noch mal - -

Zeuge R. C.: Was meinen Sie mit „alle Akten“?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, was vorher ausgesucht wurde. Also, haben die immer Zugang quasi zu dem gesamten Vorgang gehabt?

Zeuge R. C.: Die kriegen dann das Anhörungsprotokoll, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. - Was mich noch mal interessieren würde: Bei den Flüchtlingen oder bei den Asylbewerbern, die Sie befragt haben - das haben Sie, glaube ich, auch schon gesagt -, da gab es welche, die waren ergiebiger in dem, was sie Ihnen mitteilen konnten als andere. Sie haben dann auch - - Dann gab es diese Avisierung, diese Vorauswahl. Bis zu wie viele weitere Gespräche haben sich denn da so anschließen können?

Zeuge R. C.: Wir waren in der Anzahl der Gespräche nicht begrenzt. Wir haben diese Personen dann entsprechend so oft aufgesucht, bis das vorhandene Wissen abgeschöpft war - fünfmal, sechsmal, wenn notwendig, zehnmal.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie dann, sage ich mal, auch - - Ich meine, wenn Sie sagen, bis zu zehnmal - das heißt, da lernt man sich ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

kennen; da interessiert man sich dann vielleicht auch für den weiteren Werdegang dessen, den man da befragt hat -, haben Sie das dann auch weiter vielleicht verfolgt?

Zeuge R. C.: Nein. Das ist auch eine Prämisse, dass, wenn eine entsprechende Person oder die Befragung einer entsprechenden Person beendet ist, kein weiterer Kontakt mehr stattfindet.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wäre es möglich, dass vielleicht dann die - -

Zeuge R. C.: Alles andere wäre disziplinarwürdigungswert.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, jetzt wissen wir, dass das vielleicht - - Wir haben das ja durchaus schon gesehen, dass Partner an anderer Stelle das vielleicht auch ein bisschen weiter ausgelegt haben. Wäre es dann aber vielleicht möglich, dass die amerikanischen Kollegen nach Hause gefunkt haben: „Also hier, da haben wir einen, mit dem haben wir uns jetzt zehnmal unterhalten. Das ist eine ergiebige Quelle. Der hat vielleicht auch noch Kontakt in die Heimat oder so. Schaut mal nach dem!“?

Zeuge R. C.: Ich kenne jetzt keinen Fall, wo das so gewesen wäre. Möglichkeit? - Ausschließen kann ich es nicht. Ich halte es für sehr unwahrscheinlich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge R. C.: Ich kann es auch begründen, warum ich es für unwahrscheinlich halte. Denn nach wie vor war ja hauptsächlich die HBW der Ansprechpartner dieser Person. Wenn es dort also zu irgendwelchen Unregelmäßigkeiten, sage ich jetzt, gekommen wäre oder irgendwelchen Dingen außerhalb der HBW, hätte sich diese Person ja durchaus auch an die HBW wenden können und sagen: Moment mal, euer Mitarbeiter ABC, ich möchte das nicht mehr, dass der jetzt weiterhin zu mir kommt. - Also, es birgt natürlich, wenn man solche Praktiken anwendet, entsprechende Gefahren, sage ich mal. Insofern: Ich halte es für unwahrscheinlich, ich glaube nicht daran, und ich kenne auch keinen einzigen Fall.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie sah die Koordinierung von der amerikanischen Seite her aus? Also, die haben Ihnen regelmäßig dann auch neue Mitarbeiter zugewiesen, oder wie ist das abgelaufen?

Zeuge R. C.: Natürlich gab es auch entsprechenden Personalwechsel seitens der US-Befrager, ja. Dann wurde ein entsprechender neuer Mitarbeiter vorgestellt, der dann in das Team aufgenommen wurde.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Die waren am Ende aber einzig Ihnen oder der HBW unterstellt.

Zeuge R. C.: Unterstellt, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielleicht noch mal bei den Befragungen selbst - mal eine ganz einfache Frage -: Wie viele Befragungen haben Sie so in Ihrer Karriere durchgeführt, nur eine Größenordnung?

Zeuge R. C.: Ich persönlich?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge R. C.: Mittlere dreistellige Anzahl.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, größer null also, ja. Nein.

Zeuge R. C.: Ja, ja, natürlich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und bei diesen Befragungen - - Es ging ja eben schon ein bisschen auch darum, wofür sich auch die Amerikaner interessiert haben. Können Sie da vielleicht noch mal ein bisschen konkreter, wenn es möglich ist, eingehen: Für was hat man sich da so interessiert? Also, haben Sie Kontaktdaten, auch E-Mail-Adressen, was weiß ich - - Oder waren es nur irgendwelche Berichte über die Stimmung im Herkunftsland?

Zeuge R. C.: Nein, es waren durchaus auch, ja, ich sage mal, Themen, für die sich typischerweise ein militärischer Dienst interessiert. Aber dazu in nichtöffentlicher Sitzung mehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, ein bisschen - -

Zeuge R. C.: Betrifft die AND-Policy, Methodik mit rein, also wirklich nichtöffentlich, eingestuft. Dann gerne.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. Und wenn Sie da - das sind noch zwei Sachen, die mich interessieren würden - - Sie haben das wahrscheinlich immer relativ schnell gemerkt - also stelle ich mir zumindest vor -, wenn Sie da so ein Gespräch geführt haben, ob das jemand ist, wo was vielleicht Interessantes aus dem Gespräch herauskommen könnte und wo vielleicht nicht. Und gab es da vielleicht auch irgendwo Anreize, die man gesetzt hat, um zu sagen, wenn jemand dann sich vielleicht auch, weiß ich nicht - -

Zeuge R. C.: Nein; denn gleich zu Beginn des Gesprächs hat man demjenigen erläutert, wo man herkommt, was das Ziel ist, und man hat ihn auf die Freiwilligkeit hingewiesen. Und dann hat er für sich entschieden: „Jawohl, ich unterhalte mit einem Vertreter der HBW“, oder: „Ich tue es nicht“. Das heißt, in einem Stadium, bevor ich noch überhaupt wissen konnte: „Trifft das zu, was im Anhörungsprotokoll steht? Welche Erkenntnisse hat er?“, war die Bereitschaft zur Zusammenarbeit da, oder sie war nicht da.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und das ist ja auch noch die, sagen wir mal, Frage, die sich stellt dann: Sind Sie dann auch vielleicht mal von den Befragten zurückgefragt worden: „Hilft mir das denn was, wenn ich jetzt mit Ihnen spreche? Erhöht das meine Chancen, einen positiven Bescheid zu bekommen?“?

Zeuge R. C.: Natürlich waren die Fragen da, selbstverständlich. Die Antwort war: Nein, es hilft Ihnen nichts; wir sind auf Ihre Freiwilligkeit und Ihre Mithilfe angewiesen, sind sehr dankbar, aber es hat keinen Einfluss auf Ihr Verfahren.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und das hat man im Zweifelsfall dann auch zehn Gespräche durchgehalten, also auch nach dem zehnten - -

Zeuge R. C.: Man muss dazusagen: Die Masse derjenigen, mit denen wir uns über einen längeren Zeitraum unterhalten haben, war ja auch entsprechend anerkannt. Das heißt, da war dann das gar kein Thema mehr.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wie war das mit diesen Interventionsfällen?

Zeuge R. C.: Ja, ich hatte ja schon entsprechend gesagt, wir haben zu Beginn dem Bundesamt eine Rückkopplung gegeben: Jawohl, wir haben Interesse an einer bestimmten Person, die wird von uns befragt. - Wenn sich herauskristallisiert hat, dass Wissen vorhanden ist, das in einem längeren Stadium abgeschöpft werden muss, dann haben wir das entsprechend dem Bundesamt signalisiert. Und das haben wir auch getan, vor allem wenn wir möglicherweise aufgrund einer verlängerten Vorprüfung - -

Normalerweise muss man sich das so vorstellen: Innerhalb einer halben Stunde bis Stunde kann man erkennen: Kann eine Person zu einem bestimmten Themenkomplex etwas aussagen oder nicht? Wenn ich erkenne, sie kann es nicht, dann beende ich das Ganze, und damit habe ich auch keinen Nachfluchtgrund geschaffen.

Wenn ich aber sehe: Aha, das ist eine interessante Person, ich unterhalte mich entsprechend mit dieser Person über einen Zeitraum von mehreren Stunden, treffe sie vielleicht sogar noch ein zweites Mal, dann haben wir dem Bundesamt signalisiert: Wir haben uns mit dieser Person intensiver auseinandergesetzt, diese Person hat uns Informationen geliefert, die entsprechend nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollten, und aufgrund dieser entsprechenden Informationen unterliegt diese Person nach möglicher Rückkehr in ihr Heimatland entsprechenden Gefährdungen. - Das war diese sogenannte Mitteilung an das Bundesamt, von vielen auch als Intervention bezeichnet. Und das Bundesamt hat dann gesagt: Gut, wir nehmen das mit zur Akte. - Und wir hatten eben entsprechende Sonderfälle, über die man sprechen musste. Wäre die Prognose von dem Entscheider negativ gewesen, dann hätten wir sagen müssen, wie verfährt man eben weiter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wenn Sie diese Rückmeldung dann mit dem - - wenn Sie das mit dem BAMF geklärt haben, dann ist das ja dann auch ein durchaus wertvoller Anreiz gewesen, das möglicherweise dem Befragten dann auch mal mitzuteilen, wenn sich dadurch seine Situation verbessern würde.

Zeuge R. C.: Der Befragte kriegt ja, wenn er entsprechend positiv entschieden wird, sowieso seinen Bescheid; dann weiß er das ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja gut, dann weiß er es. Ja, das ist klar. - Okay, ich würde an der Stelle für die Runde erst mal Schluss machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und der Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr R. C., gab es eigentlich für diese Belehrung und diese Antworten, dass man auf keinen Fall irgendwie helfen kann, ein Verfahren, so ein Formblatt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Zeuge R. C.: Quasi ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Quasi“?

Zeuge R. C.: Das heißt, zu jedem Treffen wurde ein Bericht geschrieben. Dieser ist formell aufgebaut, wie eine Art Formblatt. Und es war verpflichtend, die Personen entsprechend darauf hinzuweisen, und es war auch verpflichtend, das in diesen Bericht aufzunehmen und festzuhalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es hat in keinem Fall in all den Jahren, in denen Sie das verfolgt haben, eine Begünstigung, Vergünstigung, Beschleunigung für einen der Befragten gegeben.

Zeuge R. C.: So würde ich das nicht sagen. Wir hatten ja schon diese Sonderfälle entsprechend angesprochen. Es gab - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Sonderfälle?

Zeuge R. C.: Nein, Sonderfall dann, wenn das Bundesamt sagt: „Ich würde diesen Fall negativ entscheiden, ich würde dem im Prinzip keinen Aufenthaltsstatus gewähren, ich würde dem kein Asylrecht gewähren, sondern das wäre eigentlich eine Person, die wieder zurückzuschicken wäre in ihr Heimatland“, und wir aber gesagt haben: Moment, diese Person hat Wissen, das ist interessant für die Regierung; wir wollen trotzdem, dass die hier entsprechend bleibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viele Sonderfälle hat es so gegeben?

Zeuge R. C.: Drei oder vier Stück.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Zeitraum - -

Zeuge R. C.: In meinem Zeitraum.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Ihrem Zeitraum, okay.

Zeuge R. C.: Insbesondere im Zeitraum 2009 bis 2013. Vorher hatte ich keine Kenntnis davon.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dadurch, dass Sie das ja mit so einem Tarnmittel gemacht haben, diese Befragungen, also verhält es sich rechtlich nach unserer Auffassung - - um eine verdeckte Datenerhebung. War das mal Thema irgendwie? Sie haben ja gesagt, Sie sind kein Jurist. Aber war das mal irgendwie Thema, was eigentlich die Rechtsgrundlage ist und wie das rechtlich zu bewerten ist, dass Sie den Leuten - -

Zeuge R. C.: Gut, dass Sie es ansprechen, dass ich kein Jurist bin, ja. - Grundsätzlich, sage ich jetzt mal, hat man das BND-Gesetz herangezogen zur Legitimierung unseres Handelns.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: Und das war für mich auch Grundlage. Und im Detail, sage ich mal, haben sich eigentlich andere Ebenen drum gekümmert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, aber jetzt sind Sie ja ein Auslandsgeheimdienst, und irgendwie waren Sie im Inland aktiv mit Auslandsbezug. Also, woher nimmt man dann die ganzen Dinge, die man darf und nicht darf?

(RA Johannes Eisenberg
berät sich mit dem Zeugen)

- Also, der Herr Eisenberg kann Ihnen das gar nicht sagen, ja.

Zeuge R. C.: Der sagt aber genau das Richtige.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber ich bin ja Jurist!)

- Ja, eben. Er sagt, dass ich kein Jurist bin, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind einer.

Zeuge R. C.: - und damit hat er im Prinzip auch recht.

(RA Johannes Eisenberg:
Er ist kein Jurist!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie befragen wir später, Herr Eisenberg.

Zeuge R. C.: Nein, wir haben grundsätzlich § 2 BND-Gesetz rangenommen als Legitimation all unseres Handelns.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das hat dann immer gepasst bei den Dingen, die Sie gemacht haben.

Zeuge R. C.: Davon gehe ich doch aus.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): § 2 passt immer!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, genau. - Wie viele britische und US-Befrager waren denn so dabei in den Mannschaften, die befragt haben?

Zeuge R. C.: Zu Briten kann ich nichts sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu Briten können Sie nichts sagen, weil das nicht in Ihrer Abteilung war.

Zeuge R. C.: Weil es nicht Untersuchungsgegenstand ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, das ist - - Wir untersuchen die Five Eyes, Herr C. Das kann Ihnen Herr Eisenberg kurz erzählen, dann unterbrechen wir kurz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht - - Dann müssten kurz unterbrechen. - Herr Wolff meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Wir haben da schon drüber gesprochen. An der Stelle untersuchen wir laut Untersuchungsauftrag nicht die Five Eyes. Da steht ausdrücklich „Amerikaner“ drin. Das können wir auch - - haben wir ja schon, ich glaube, zweimal durchdiskutiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollen wir weitermachen und wir klären es gleich?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dann müssen wir halt noch mal erweitern, wenn jetzt solche Fragen - - ja.

RD Philipp Wolff (BK): Wir haben es ja schon vor der Erweiterung zweimal durchdiskutiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja. Aber wir machen das einfach, wenn das sozusagen das Problem ist. - Na gut. Also: Wie viele Amerikaner denn?

Zeuge R. C.: Bei uns in der Dienststelle, in der Zeit, in der ich Befragerführer war, hatten wir zwei US-Befrager.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten die eine bestimmte Begrifflichkeit, mit „P“?

Zeuge R. C.: Ja, natürlich. Partner-III-Befrager.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm?

Zeuge R. C.: Partner-III-Befrager.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Partner-III, römisch drei, ja?

Zeuge R. C.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das waren zwei.

Zeuge R. C.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte dann zu den Details, das nur in eingestufter Sitzung zu behandeln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Details - - Würden Sie noch mal die Zeit anhalten?

RD Philipp Wolff (BK): Details zu den entsprechenden Befragungen mit - was er gerade gesagt hat - den Partnern unterfallen möglicherweise auch einem Vorbehalt, der ausländische Interessen betreffen kann. Deswegen bitte ich, das entsprechend auch nur in eingestufter Sitzung zu behandeln, weil das ansonsten erhebliche negative Auswirkungen auf die nachrichtendienstliche Kooperation haben könnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich das ganz kurz anmerken darf - es ist noch keine Frage -: Das ist eben das, was passiert, wenn man mit amerikanischen Diensten in Deutschland kooperiert, dass man sich auch einem deutschen Abgeordneten dann gegenüber erklären muss, ja? Das ist - -

RD Philipp Wolff (BK): In eingestufter Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt haben Sie gesagt, Laptop war ein übliches Hilfsmittel. Sollten denn die Befragten auch ab und zu mal Laptops und Handys mitbringen und solche Dinge?

Zeuge R. C.: Nein, das war nie Thema.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War nie Thema.

Zeuge R. C.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn man so - - Ich meine, das ist ja hochinteressant: Wenn Sie da jemanden haben, der interessantes Wissen hat, der hat vielleicht ein Handy mitgebracht aus - ich fantasiiere jetzt - Syrien, und da sind eineinhalbtausend Telefonnummern drauf - die hat er ja nicht alle im Kopf -, wie kommen Sie denn da ran dann?

Zeuge R. C.: Ja, zunächst interessieren die mich ja gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Zunächst“; die Betonung liegt auf „zunächst“. Und dann?

Zeuge R. C.: Ja. Kommt drauf an, in welchem Zusammenhang.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann bringt er sein Handy zum zweiten Treffen mit oder - -

Zeuge R. C.: Dann interessiert mich sein Handy eigentlich auch noch nicht. Mich interessiert - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur das Adressbuch.

Zeuge R. C.: Nein, auch nicht. Mich interessiert das Wissen, das er hat, zu Einrichtungen entsprechend dem Kriterienkatalog, warum ich ihn befrage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr C., ich frage Sie mal ganz geradeheraus: Sind in diesen Befragungen auch Handynummern, IMEI-Nummern, irgendwie solche Dinge erfragt worden?

Zeuge R. C.: In nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil eben haben Sie völlig vorbehaltlos es so dargestellt, als sei das kein Thema gewesen.

Zeuge R. C.: Ich sage ja nicht, dass es nicht Thema war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, genau, das sagen Sie in öffentlicher Sitzung. Aber wenn ich dann konkret frage, dann sagen Sie: In nichtöffentlicher Sitzung würde ich es gern dann doch anders darstellen.

Zeuge R. C.: Was konkret und in welchem Zusammenhang an Daten gesammelt wurde, erzähle ich Ihnen gerne, aber nichtöffentlich, bitte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es geht auch um Telefonnummern.

Zeuge R. C.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Diese Fälle - - Wie ist das eigentlich mit der HBW? Ist die HBW eine eigenständig agierende Behörde gewesen, oder war man Dienstleister für Leute, die einem Aufträge erteilt haben, und dann hat man danach sich verhalten? Oder hatte man Ermessen? Sozusagen, hat man selbst die Dinge bestimmt, oder - - Wer war der Auftraggeber für das, was die HBW gemacht hat?

Zeuge R. C.: Ja, also grundsätzlich hatten wir eine übergeordnete Stelle, entsprechend EAC, wie Sie wissen. EAC hat die Interessen der Auswertung gesammelt, kanalisiert, an uns weitergegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben Ihre Sachen von EAC bekommen.

Zeuge R. C.: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ob daran US-amerikanische Dienste mitgewirkt haben, das können Sie nicht sagen.

Zeuge R. C.: Ich kann es vermuten, aber ich kann es nicht behaupten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für welche Länder haben sich denn andere Dienste interessiert? Wo hätte man es denn dran erkennen können? Oder interessieren sich alle für dieselben Länder?

Zeuge R. C.: Es ist eigentlich - - Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da würde ich fast sagen, dass das Methoden ist. Sorry, das muss ich jetzt mal sagen.

Zeuge R. C.: Ja, es ist auch Spekulation.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ich könnte mir vorstellen, dass diese Länder immer noch interessant sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss nicht so sein und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Muss nicht so sein, kann aber so sein. Also, das würde ich lieber in eingestufteter Sitzung fragen wollen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt wirklich albern, wenn - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber wir beantworten es



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht! Nur in eingestufter
Sitzung!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es auch Länder in Europa, die von Interesse gewesen sein können?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß Herr Wolff, ob das der Fall ist oder nicht.

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte tatsächlich, unabhängig davon, ob es so war oder ob es nicht so war, das dann in eingestufter Sitzung zu behandeln. Das ist einfach eine kategorische Entscheidung, was die Aufklärung angeht.

(RA Johannes Eisenberg:
Gibt's immer noch!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wollen lieber nicht das klären, dass also Europa kein Thema gewesen ist.

RD Philipp Wolff (BK): Wir haben hier in der Vergangenheit - kann ich mich auch daran erinnern - schon in öffentlicher Sitzung gesagt, dass es um Krisenregionen geht. Es gab über Jahre hinweg auch in Europa Krisenregionen. Deswegen: Jetzt wäre auch eine solche Antwort durchaus verfälschend. Insofern bitte ich, das dann konkret und ohne dass ein falscher Eindruck auch in der öffentlichen Sitzung entsteht, was ja unsere gemeinsame Sorge, glaube ich, immer ist, das in eingestufter Sitzung zu behandeln.

(RA Johannes Eisenberg: Ja,
das will Herr Dr. von Notz
auch!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob bei diesen Befragungen auch Interessen eine Rolle gespielt haben, die vielleicht das deutsche Inland betroffen haben?

Zeuge R. C.: Nein. Nein, also Inland war nie Thema.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Inland war nie Thema.

Zeuge R. C.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es denn Hinweise von Ihrer Behörde gegeben, wenn Sie auf Sachen gestoßen sind, die für das Inland interessant sind, dass Sie dem Dienst Bescheid gegeben haben, der für inländische Informationen zuständig ist?

Zeuge R. C.: Wenn, dann aber auf anderer Ebene, nicht von der HBW als Außenstelle als solches.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber haben Sie solche Informationen gesammelt und dann weitergegeben?

Zeuge R. C.: Wir waren an solchen Informationen zunächst mal gar nicht interessiert; lag auch nicht unbedingt in dem Wissensspektrum der Personen, die wir angesprochen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir gleich wechseln. - Okay, danke schön. - Wir kommen jetzt zur zweiten Runde. Es beginnt die Fraktion von CDU/CSU. Ich habe zu Anfang nur ein kleines Einstiegsthema, bevor ich an die Kolleginnen und Kollegen weitergebe. Sie sagten, von amerikanischer Seite war welche Einrichtung Ihr Partner? Dass Sie es noch mal wiederholen.

Zeuge R. C.: Die DIA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ausschließlich?

Zeuge R. C.: Ausschließlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein militärischer Dienst.

Zeuge R. C.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wurde ja schon spekuliert: Wie kann das sein? Das Wort „geheimer Krieg“ ist gefallen. Welche Interessen



Nur zur dienstlichen Verwendung

könnten die gehabt haben? Könnte es zum Beispiel auch um den Bereich Force Protection gegangen sein, dass die Fragen stellen zum Schutz ihrer Soldaten in Einsatzländern?

Zeuge R. C.: Auch das spekulativ; aber ich nehme es an. Das ist ja bei uns nicht anders.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnten Sie sich vorstellen, dass Fragen gestellt werden, um zum Beispiel rauszukriegen, ob Anschläge verübt werden, dass nach konkreten Personen gefragt wird? Macht das Sinn aus Ihrer Sicht?

Zeuge R. C.: Das ist die Frage, ob das Klientel, mit dem wir es zu tun haben, über solches Wissen verfügt. Das ist immer eher unwahrscheinlich. Mir persönlich kam auch - - Ja, kam mir überhaupt ein Fall entsprechend vor? Ich wüsste jetzt keinen konkreten, wo es wirklich um Anschlagvorbereitungen oder Anschlagswarnungen ging.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie die Fragen eher als allgemeiner -Sicherheitslage in Regionen etc. - einstufen oder eher konkreter, und die Erkenntnisse, die daraus gewonnen werden konnten?

Zeuge R. C.: Nein, die Sicherheitslage in bestimmten Regionen war natürlich Thema, ganz klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren Ihre Fragen da genauso konkret wie die Fragen der Kolleginnen von der DIA, oder - -

Zeuge R. C.: Ja, natürlich. Das heißt, wenn wir entsprechend zu einer Region zum Thema Informationen gesammelt haben, sind natürlich auch wir sehr konkret geworden, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also man kann nicht sagen, dass die unheimlich konkrete Fragen fast zu bestimmten Örtlichkeiten hatten und Sie, sagen wir mal, allgemein: Wie ist die Lage auf dem Brotmarkt? - Das war schon ähnlich gelagert. Also, ist nicht so, dass die vorbeikamen und sagten: „Mensch, wohnt da der X

oder Y in dem Dorf? Kennen Sie den? Wohnt der da immer noch?“?

Zeuge R. C.: Wir haben zu dem - - Also wirklich, es war jeweils einzelfallbezogen. Man muss das einzelfallbezogen sehen. Keine Befragung ist wie die andere, jeder verfügt über ein bisschen anderes Wissen, geht in eine andere Thematik, sind andere Länder. Wir haben dort angeknüpft, wo wir das Hauptinteresse gesehen haben aufgrund des Protokolls. Wir sind aber dann auf dieses Thema, wenn wir gesehen haben, jawohl die entsprechende Person verfügt über dieses Wissen, über tiefgehendes Wissen - - bis ins kleinste Detail abgeschöpft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren Sie mal dabei, als die Kollegen des amerikanischen Partnerdienstes nach konkreten Aufenthaltsorten gefragt haben von Personen?

Zeuge R. C.: Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen das mal vorgekommen?

Zeuge R. C.: Nein, wie gesagt, ich war nicht dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie mal nach konkreten Aufenthaltsorten von irgendwelchen Personen gefragt?

Zeuge R. C.: Konkret? - Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „Wo ist der X oder Y, der im Gespräch erwähnt worden ist? Wo wohnt der jetzt?“

Zeuge R. C.: Ja, ja, ja, ist mal vorgekommen, ja, ist mal vorgekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte es auch vorgekommen sein, dass auch der amerikanische Partnerbefrager solche Fragen gestellt hat?

Zeuge R. C.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was kann der Sinn gewesen sein?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: In nichtöffentlicher Sitzung sage ich Ihnen, warum solche Fragen gestellt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Dann wäre ich mit meinen Fragen durch, und Frau Kollegin Warken macht weiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, ich kann da zunächst anknüpfen: Können Sie sich denn an Fälle erinnern, bei denen gezielt nach Handynummern gefragt wurde, nach Koordinaten für bestimmte militärische Ziele?

Zeuge R. C.: Auch das bitte in nichtöffentlicher Sitzung. Ich kann, aber nichtöffentlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ich würde noch mal gerne auf die Befragerteams zurückkommen. Gab es da feste Teams, also hat immer derselbe deutsche HBW-Mitarbeiter mit dem ausländischen Kollegen zusammengearbeitet? Wechselte das? Wer hat da entschieden? Waren das zufällige, sage ich mal, Zusammenstellungen, oder - -

Zeuge R. C.: Sehr unterschiedlich. Ich weiß ja, dass Sie - - Nein, andersrum: Es gibt ja auch noch andere Außenstellen der HBW, oder es gab sie. Es gab sie. Jede dieser Außenstellen hatte ein bisschen eine andere Arbeitsweise aufgrund bestimmter Gepflogenheiten oder aber Gegebenheiten vor Ort. Ich möchte nicht ausschließen, dass es feste Teams gab in anderen Außenstellen; dort war das vielleicht gehende Praxis. Die Außenstelle, die ich entsprechend bediente, die hat entsprechend reagiert immer fallweise: Wer ist der beste Befrager? Wer ist verfügbar? Wer kann zu dem Thema das meiste Grundwissen mitbringen? Das heißt, es wurde also immer auf den Einzelfall bezogen ein entsprechender Befrager ausgesucht und entsandt - oder auch Team.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es denn die Möglichkeiten auch, dass Sie oder Ihr Vorgesetzter oder der Dienststellenleiter auch AND-Personal ablehnen konnte oder von einzelnen Befragungen ausschließen konnte? Ist das mal passiert?

Zeuge R. C.: Ja, ist passiert. Grundsätzlich: Die Befrager, die uns angeboten wurden von US-Seite

konnte allerdings nur die Führungsstelle, sprich EAC, ausschließen. Das war nicht unser Aufgabenbereich. Das erfolgte ja schon im Vorfeld. Das heißt, wir wussten gar nicht, ob solche Dinge im Vorfeld passiert sind; denn wir haben ja nur das Endergebnis letztendlich gesehen, wenn ein neuer Befrager uns zugewiesen wurde.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat das oft gewechselt? Also, hat das ausländische Personal oft gewechselt?

Zeuge R. C.: Nein, es war eigentlich ein relativ langer Zeitraum, den die entsprechenden Befrager bei uns verbracht haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Voraussetzung der Befrager - Sie haben vorhin mal was von handverlesen auch gesagt -, das war wahrscheinlich zum einen die deutsche Sprache. Gab es andere Voraussetzungen, die gestellt wurden?

Zeuge R. C.: Ja, zum Teil natürlich auch sprachliche Befähigungen, auch mit entsprechenden Fremdsprachen, aber in erster Linie natürlich die deutsche Sprache; denn die sollten ja grundsätzlich als Behördenvertreter tätig sein und natürlich auch entsprechend, ich sage mal, Kenntnis haben dann oder es erlangen über das Befragungswesen, das sie dann entsprechend vertreten. In die Richtung.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn Sie sagen, Fremdsprachenkenntnisse: Ist es denn mal vorgekommen, dass der ausländische Kollege in einer Sprache mit der befragten Person gesprochen hat, die Sie oder Ihre Kollegen dann nicht verstanden haben?

Zeuge R. C.: Natürlich. Speziell haben wir ihn wegen seiner Sprachkenntnis ja auch dorthin entsandt, -

Nina Warken (CDU/CSU): Also, dann wusste man nicht - -

Zeuge R. C.: - um den Sprachmittler einzusparen, manchmal. Denn normalerweise haben Sie immer einen entsprechenden Sprachmittler dabei; denn Sie können ja nicht alle Sprachen, die hier



Nur zur dienstlichen Verwendung

bedient werden müssen, irgendwo selber abdecken.

Nina Warken (CDU/CSU): Und dann hat der Ihnen das übersetzt, oder wie war das? Oder dann hat der das halt - -

Zeuge R. C.: Auch das ist passiert, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie wollten ja wahrscheinlich wissen, was die besprochen haben, gehe ich mal davon aus.

Zeuge R. C.: Es gab auch die Konstellation, dass ich als deutscher Befrager eine Befragung durchgeführt habe in leitender Funktion und von einem entsprechenden Partnerbefrager begleitet wurde, dessen einzige Aufgabe darin bestand, als Sprachmittler tätig zu sein. Aber es kann natürlich auch sein, dass er aufgrund des Mangels an anderen Befragern mal allein mit einer entsprechenden Person sprach. Wir hatten jetzt - - Nur ein Beispiel: Wenn ich jetzt einen arabisch sprechenden Partnerbefrager hätte und ich hätte ein entsprechendes Klientel, sehe ich natürlich auch die Chance, dass ich den dorthin schicke, wenn ich keinen Sprachmittler zur Verfügung habe.

Nina Warken (CDU/CSU): Nach welchen Kriterien wurde denn festgelegt und von wem wurde es festgelegt, ob jetzt zu der Person nur jemand von der HBW geht, ob man gemeinsam hingehet oder ob nur ein AND-Mitarbeiter da hingehet? Ich weiß nicht, wir haben auch - da können Sie vielleicht auch was dazu sagen - zum Beispiel auch mal gehört, dass es irgendwie aus Spargründen dann irgendwie mal so war, dass die alleine dann, der AND da alleine befragt hat oder dass irgendwie nur der Praktikant mitgeschickt worden ist. Vielleicht können Sie dann im Zweiten auch darauf eingehen.

Zeuge R. C.: Grundsätzlich vom Befragerführer; liegt ja schon in der Begrifflichkeit. Der Befragerführer teilt quasi die Befrager ein zu den entsprechenden Befragungen oder Vorprüfungen, und der entscheidet, wer an welchen Fall rangeht, ob im Team, ob alleine oder in welcher Konstellation. Er würde auch entscheiden, sage ich mal,

wenn mal ein Praktikant an der Dienststelle ist, ob er zu entsprechenden Befragungen mitgeht.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielleicht können Sie uns das ein bisschen beispielhaft mal erläutern? Was wäre denn ein Fall, wo jetzt nur die HBW hingehet, oder wo würde man gemeinsam hingehen? Welche Hintergründe hat das?

Zeuge R. C.: Schwierig, denn, wie gesagt, das ist wirklich immer eine Einzelfallprüfung gewesen. Verfügbarkeit von Befragern: Nicht immer waren alle vor Ort, abwesenheitsbedingte Ausfälle gab es immer, Krankheit, Urlaub, Sonstiges. Wenn ich zu einem entsprechenden Zeitraum nur zwei Befrager vor Ort habe, dann kann ich natürlich auch nur die beiden einsetzen. Und wenn ich dann acht Termine entsprechend vergeben muss und bedienen muss, kann ich es mir nicht leisten, die irgendwo im Team hinzuschicken. Dann sage ich: So, der Befrager A nimmt vier Fälle, und Befrager B nimmt vier Fälle. - Das mal beispielhaft.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, und die Aussage, die wir hier schon gehört haben, dass dann eben auch aus Mangel an Befragern, Spargründen - oder was weiß ich -, dann auch bei gemischten Befragungen auch auf deutscher Seite einfach nur der Praktikant mitgeschickt wurde, wo man eigentlich gesagt hat: „Okay, das wäre jetzt eigentlich eine gemeinsame Befragung, wir haben aber niemanden, deswegen schicken wir irgendwie jemanden mit, der jetzt vielleicht noch nicht ganz die Ausbildung dazu hätte - - Das ist so, oder? Haben Sie das auch erlebt?

Zeuge R. C.: Nein, ein Praktikant hat nie eine Aufsichtsfunktion oder irgendwas in die Richtung. Wenn wir einen Praktikanten mitschicken, sage ich mal, dann eigentlich, damit er entsprechend Erfahrung sammelt. Es liegt ja auch in der Natur seiner Aufgabe. Entsprechend soll er Erfahrung sammeln, soll bei erfahrenen Kollegen dort mitgehen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie ja oder haben Sie ja zu den befragten Personen Daten, Informationen bekommen vom BAMF. Zu diesen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Daten, zu diesen Informationen, hatten da auch die AND-Mitarbeiter Zugriff?

Zeuge R. C.: Eingeschränkt, wie ich ja schon erwähnt hatte. Das heißt, der Befragter wählt zu befragende Personen aus, und da besteht dann die Möglichkeit für den Partner, dass er auch da Einsicht nimmt und da mit reinschaut.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann beim Ablauf der Befragung würde mich noch interessieren - kann auch sein, dass Sie es schon vorhin gesagt hatten -: Wie lief das ab? Hat man sich, wenn es jetzt eine gemeinsame Befragung war oder auch wenn der AND-Mitarbeiter das alleine gemacht hat - - Hat man da vorher den Ablauf festgelegt? Hat man die Fragen festgelegt? Hat sich es dann erst ergeben? Mussten die Fragen, die die AND-Mitarbeiter gestellt haben, vorher genehmigt werden? Oder war man da ganz frei, sind die da frei reingegangen und jeder hat so gefragt, was er gemeint hat?

Zeuge R. C.: Grundsätzlich: Aufgrund des Anhörungsprotokolls weiß ich ja, was ich zu erwarten habe, welches Thema. Das ist ja auch der Grund, warum ich an die zu befragende Person rangehe. Und dann hat man sich quasi erst mal überraschen lassen: Ist dieses Wissen tatsächlich vorhanden, und wenn ja, in welcher Tiefe? Man geht also da, ich sage mal, nicht schon mit vorgefertigten Fragen rein. Man geht natürlich mit einer entsprechenden Zielrichtung rein - das ist ganz klar -, auch mit einer entsprechenden Erwartungshaltung. Es gab aber auch viele Fälle, da wurde die Erwartungshaltung nicht erfüllt. Wir sprachen dann immer von einer sogenannten negativen Vorprüfung. Negative Vorprüfung ist immer dann, wenn ich mich mit der entsprechenden Person mal eine halbe Stunde unterhalte, komme aber mit negativem Ergebnis zurück, weil ich es nicht verwerten kann, umsetzen kann in eine Meldung, was er mir erzählt. Das heißt, das sind dann auch die Fälle, die an das Bundesamt gemeldet werden: Wir haben die Person AB aufgesucht, es ist negativ verlaufen für uns; bitte, kann entschieden werden.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber der AND-Mitarbeiter war insofern frei und musste das nicht vorher genehmigen lassen, was er fragt.

Zeuge R. C.: Nein, die Zielrichtung oder das Wissen, das wir erwartet haben, das war ja klar, und das sollte auch entsprechend abgeschöpft werden.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es da mal Meinungsverschiedenheiten, dass jetzt Sie vielleicht dem Kollegen gesagt haben: „Das geht jetzt hier zu weit“, oder: „Das ist eine andere Richtung“, oder: „Was fragst du da?“?

Zeuge R. C.: Nein, nein, nein, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurden die befragten Personen dann irgendwann - - Gab es da Fälle, bei denen die misstrauisch wurden, weil vielleicht der Kollege des AND doch einen Akzent hatte oder andere vielleicht drauf hingewiesen hat, dass er kein Deutscher war?

Zeuge R. C.: Nicht an meiner Dienststelle.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber es gab es.

Zeuge R. C.: Grundsätzlich ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie ist man damit umgegangen?

Zeuge R. C.: Das sind in erster Linie die Fälle, in denen gerade der AND-Befragter eben nicht alleine rausging, sondern immer von einem deutschen Befragter begleitet wurde.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann wurden die Personen misstrauisch, und dann hat man das abgebrochen, und das nächste Mal sind Sie alleine hingegangen.

Zeuge R. C.: Na ja, die Person, die befragt wird, sage ich mal, ist eigentlich nicht in der Lage, zu unterscheiden, wo kommt der her. Die sitzt einer entsprechenden Person einer Behörde gegenüber und kann, auch wenn die sich auf Deutsch irgendwie unterhält, wenn sie der Sprache nicht mächtig ist, vermutlich nicht unterscheiden: Ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

das jetzt einer, der aus Bayern kommt, aus Sachsen, irgendwo anders, oder hat der nur einen entsprechenden Akzent, weil er ausländischer Herkunft ist? Beziehungsweise es hätte auch die Möglichkeit gegeben, dass wir uns entsprechenden Personals bedienen, das von vornherein, obwohl deutscher Staatsbürger und Angehöriger dieser Behörde, einen ausländischen Akzent hat, weil er ausländische Wurzeln hat. Das wäre nicht ausgeschlossen. Also, die befragte Person wusste nie, welcher Herkunft der entsprechende Befragter ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Und dann die Fälle, wo Sie sagen, die befragte Person war misstrauisch, das haben Sie dann eher darauf bezogen, dass die Person grundsätzlich misstrauisch war, wer sie da befragt, oder ... (akustisch unverständlich)

Zeuge R. C.: Ich gehe mal davon aus, dass ein gewisses Misstrauen zu Beginn dieses Gesprächs immer da ist. Man muss sich natürlich auch in diese Situation eines Asylbewerbers reinversetzen. Der kommt hier an, durchläuft viele Stationen, bevor er irgendwo aufgenommen wird; er wird erkennungsdienstlich behandelt; er muss Gesundheitsuntersuchungen über sich ergehen lassen; der wird möglicherweise irgendwo aufgegriffen, wird durch die Bundespolizei befragt; er wird dann wieder befragt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; dann kommt die nächste Behörde. Das heißt, für ihn ist es ein Teil seines Alltags, zum einen Teil. Zum anderen fragt er natürlich: „Oh, jetzt kommt schon wieder eine Behörde. Was wollen die jetzt wieder von mir?“, und ein gewisses Misstrauen ist da immer da. Es ist eine fremde Umgebung, es ist ein fremdes Land. Und wir versuchen natürlich auch, diese Angst, die jeder Asylbewerber irgendwo hat, dementsprechend zu nehmen. Darum eigentlich auch am Anfang dieses Gespräch, ihn hinzuweisen auf die Freiwilligkeit, dass ihm eben nichts passieren kann, auch wenn er sich nicht mit uns unterhält, und dass es eben nichts mit seinem Asylverfahren zu tun hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Was war denn dann der konkrete Mehrwert für den BND, die Form

der Zusammenarbeit zu wählen? Hätten die deutschen Befragter nicht alleine auch vielleicht dieselben Ergebnisse erzielen können? Jetzt haben Sie vorhin gesagt: Sprachmittlung. Vielleicht können Sie auch was dazu sagen, wie viele Meldungen denn die HBW während Ihrer Dienstzeit so durchschnittlich im Monat oder im Jahr produziert hat und wie da vielleicht auch der Anteil der ausländischen Mitarbeiter oder der Partnerbefragter war.

Zeuge R. C.: Gut. Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Dienste, die geht ja schon lange. Das integrierte Befragungswesen - ich sagte es ja -, das gibt es ja schon seit 1958. Entsprechend der Mehrwert natürlich in einer entsprechenden Kooperation, Kostenteilung. Es gibt da mehrere Dinge, die man nennen kann. Man hat das einfach mal begonnen und so weitergeführt. Zu dem Zeitpunkt, als ich in dieses System mit integriert wurde, hatte das schon, ich sage mal, fast Tradition. Die Anzahl der Befragungen -,

Nina Warken (CDU/CSU): Meldungen, der Meldungen.

Zeuge R. C.: - ja, die Anzahl der Meldungen wie auch die Anzahl der Befragungen - das ist ziemlich parallel zu sehen - ging in den letzten Jahren - - oder war sehr rückläufig, ging also tendenziell nach unten. Es waren aber durchaus pro Jahr - - Also, in den guten Jahren hatte unsere Dienststelle, ich sage mal, so 1 500 Meldungen pro Jahr. Zum Schluss waren es noch ein paar Hundert. Auch ein Grund, warum man entsprechend immer wieder umorganisiert hat, die Anzahl der Befragter reduziert hat und natürlich auch die Dienststelle, in der ich tätig war, dann zum September 2013 aufgelöst hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Partnerbefragter waren da ähnlich.

Zeuge R. C.: Die waren anteilmäßig natürlich an dieser Anzahl Meldungen beteiligt, mal mit mehr, mit weniger Meldungen. Ich nenne jetzt einfach mal so eine Zahl: 15 bis 20 Prozent der Meldungen waren anteilig deren Produkt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, dann würde ich jetzt mal kurz an den Kollegen abgeben.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Haben Sie Informationen, die Sie generiert haben, aus dem Interview, aus dem Gespräch, besser gesagt, auch an das BAMF zurückgegeben? Weil das BAMF hat ja zum Beispiel - - Also, Sie wissen ja, das BAMF hat ja ein Interesse, die Wahrheit herauszufinden, ob ein Geflüchteter wirklich aus diesem Gebiet kommt, „Oder hat er uns vielleicht in diesem Interview auch gewisse Tatsachen angegeben, die nicht stimmen und deswegen ein Asylgrund vielleicht nicht vorliegt?“, was aber sich erst vielleicht bei vertieften Nachfragen durch Sie ergeben hat.

Zeuge R. C.: Nein, also zumindest durch uns gab es da keine direkte Schnittstelle, die Informationen in diese Richtung geleitet hat. Was ich natürlich nicht ausschließen kann oder sogar für sehr wahrscheinlich halte: dass sich auch das Bundesamt entsprechend unserer Länderberichte bedient. Und in solche Berichte sind natürlich auch unsere Informationen mit eingeflossen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Das macht ja auch Sinn, dass man dem nachgeht.

Zeuge R. C.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Wenn wir zurückerrinnern, woher die HBW ja kam: Sie kam ja ursprünglich, 1956 [sic!] gegründet - - und sollte ja vordergründlich zum Ziel haben sicherlich, ostdeutsche oder auch osteuropäische Übersiedler, Aussiedler, wie Sie die nennen, Volksdeutsche entsprechend zu befragen und Hintergründe im Feindesgebiet auf gut Deutsch herauszufinden. Richtig? Oder wie ist aus Ihrer Sicht diese - - Was wurde da noch getan?

Zeuge R. C.: Sagen wir es mal so: Die Aufgabenschwerpunkte der HBW haben sich mehrfach verschoben. Ein Interessensgebiet in der Vergangenheit war natürlich die ehemalige DDR, ganz klar.

Marian Wendt (CDU/CSU): Und mit welcher Begründung - - Gab es noch weitere Begründungen

außer den sprachlichen Fragen? Dass sicherlich zu Zeiten des Kalten Krieges eine verstärkte Kooperation mit den Amerikanern eingegangen wurde, war selbstverständlich. Das hing sicherlich auch mit verschiedenen Statuten zusammen, die vor dem 3. Oktober galten. Dann gab es ja die Wiedervereinigung. Und mit welcher Begründung hat man dann noch die weitere Kooperation für notwendig erachtet? Weil die Ziele, der Fokus sich ja vielleicht vom Osten Europas vor allen Dingen auf den Nahen und Mittleren Osten vielleicht - - fokussiert haben? Was war dann notwendig, dass Deutschland diese Aufgaben nicht alleine bewältigen konnte? Dieser Vorwurf wird uns ja oft gemacht: Wieso sind wir da nicht selber souverän, dass wir diese Kooperation brauchen?

Zeuge R. C.: Gut, man hat die mal ins Leben gerufen. Sie hat über Jahrzehnte, behaupte ich jetzt einfach mal - - Ob gut oder wie auch immer, sie hat funktioniert, -

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja.

Zeuge R. C.: - und man hat sie einfach beibehalten. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Gut. - Und noch mal zu dem Nutzen: Sie hatten ja gesagt, es gab 1 500 Meldungen in Spitzenzeiten. Das war in welchem Bereich ungefähr? Also, war das zu Ihrer Zeit, oder war das vor Ihrer Zeit?

Zeuge R. C.: Nein, das war zu meiner Zeit, so 2003 bis 2006 in etwa.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Und wie waren die Zahlen davor? Damit man das ungefähr mal einordnen kann.

Zeuge R. C.: Kann ich nichts dazu sagen. Da habe ich auch keine Informationen darüber.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay, gut. - Und was würden Sie persönlich sagen von dem Nutzen der Arbeit? Ich meine, wenn die Meldungen weniger werden - Sie haben beschrieben, es gab weniger Befragungen, man hat es zurückgefahren - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber würden Sie sagen, ganz qualitativ, die Befragungen waren wirklich notwendig für das Sicherheitsgefühl, sie haben zu einem besseren Lagebild geführt, sie haben zu Ergebnissen geführt der Gefahrenabwehr, die wir ohne die Stelle nicht hätten?

Zeuge R. C.: Wollen Sie jetzt von mir ein Statement als Zeuge oder ein persönliches Statement haben dazu?

Marian Wendt (CDU/CSU): Also gerne auch ein persönliches Statement, weil Sie sind ja derjenige, der auch dort gearbeitet hat und der direkten Kontakt hatte auch, und wir ja auch daran arbeiten sicherlich, einzuschätzen: War diese Stelle notwendig? Welche Ziele hat sie verfolgt? Und lohnt es vielleicht, solch eine Kooperation auch künftig wieder aufzunehmen, zum Beispiel? Das darf man nicht außer Blick lassen.

Zeuge R. C.: Also, als Zeuge kann ich sagen, wir haben entsprechend Feedback bekommen von der Auswertung, von unseren Abnehmern, dass die Informationen, die wir liefern, interessant sind und auch qualitativ hochwertig. Meine persönliche Meinung ist - hat nichts mit der Tätigkeit oder meinem Auftritt als Zeuge hier zu tun -: Ich finde es schade, dass man dieses Instrument der Befragung jetzt nicht mehr hat. Uns entgehen Informationen, die vorhanden sind, die wir liegen lassen, die wir nicht aufgreifen, die wir nicht sammeln - ob mit oder ohne Konsequenzen, vermag ich nicht zu sagen; aber wir haben derzeit kein Mittel, an die Informationen zu gelangen, die hier nach Deutschland mitgebracht werden. - Ich hoffe, ich konnte Ihre Frage damit beantworten.

Marian Wendt (CDU/CSU): Das war genau in die Richtung, natürlich. Und Sie würden es also begrüßen, wenn es solch eine Stelle gerade im Bereich der unkontrollierten Zuwanderung gegeben hätte? Oder, nicht unkontroll- - Oder sagen wir so: dass Asylbewerber stärker auch nachrichtendienstlich geprüft werden könnten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das geht jetzt ein bisschen außerhalb des Untersuchungsgegenstandes. Ich kann mir zwar die Antwort denken,

der eine oder andere mag sie teilen; aber trotzdem sehe ich jetzt noch nicht, dass sie im Untersuchungsgegenstand ist.

Marian Wendt (CDU/CSU): Aber vielen Dank für Ihre Antworten.

Zeuge R. C.: Gut, bitte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Frau Kollegin Warken hat noch zwei Minuten.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, dann würde ich noch mal kurz fortfahren. - Herr C., die Bundesregierung hat auch unter anderem auf Anfragen von Abgeordneten Auskunft gegeben über die HBW und die Zusammenarbeit mit den AND - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Ich war es!)

- Nein, der Kollege Korte, der Kollege Korte - - mit AND-Befragern. Unter anderem war eine Antwort:

Die an die Partner weiterzugebenden Meldungen werden bei Bedarf bereinigt (im Hinblick auf Datenschutzgründe, Nichtweitergabe möglicher militärisch nutzbarer Daten).

Und vor dem Hintergrund dieser Auskunft der Bundesregierung zur Nichtweitergabe von Daten, die militärisch genutzt werden könnten, will ich Ihnen gerne ein Dokument vorlegen lassen. Das ist MAT-A BND-2/5c, Ordner 413, Blatt 129, VS-NfD. Dort heißt es in einer E-Mail vom 15. November 2013 - ich zitiere -:

EAC wird vor dem Hintergrund der aktuellen Presseberichterstattung gebeten, bis auf weiteres keine Daten bzw. Informationen mit Relevanz für mögliche Angriffsziele an die AND weiterzugeben.

Zitat Ende. - Können Sie mir das erläutern? Das klingt ja schon so danach, als seien bis zu diesem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeitpunkt eben doch militärisch nutzbare Daten von der HBW weitergegeben worden.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Zeuge R. C.: Ja, zum einen: Der Zeitpunkt dieser Mail liegt natürlich außerhalb meiner Tätigkeit für die HBW. Ich kenne die Geschichte hier auch nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber wie es vorher war.

Zeuge R. C.: Ja, ja, natürlich. Zu der Zeit vorher: Das ist eine Frage, wie man „militärisch relevant“ definiert.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Was ist militärisch relevant? Militärisch relevant ist für mich auch schon die Lage und die Ausstattung einer entsprechenden medizinischen Einrichtung, wenn ich sie nämlich, weil mir ein Feldlazarett abhandenkommt, nutzen muss, vor Ort. Das ist aber mit Sicherheit nicht die Information, die Sie haben wollen und die hier genannt ist. Insofern ist es schwierig. Man müsste jetzt sagen: Wo ist die linke, die rechte Grenze? Was ist nicht als militärisch relevant, als militärisch wichtig? Das ist schwierig zu beurteilen. Es wurde hier auf nichts Konkretes eingegangen; insofern kann ich es Ihnen leider auch nicht konkret beantworten.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber ist aus Ihrer Sicht - - Bestand da jetzt ein Unterschied zwischen der Zeit vor dieser Weisung oder dann danach? Also, wie hat man es vorher gemacht, wie hat man es danach gemacht? Oder sagen Sie, das kann man nur daran festgemachen, wie man es definiert?

Zeuge R. C.: Ich kann Ihnen sagen, wie es vorher passiert ist, zu meiner Zeit.

Nina Warken (CDU/CSU): Das wäre doch schon mal was.

Zeuge R. C.: Ja, eben. - Wir haben die Informationen entsprechend eins zu eins entgegengenommen und eins zu eins auch gemeldet. Und dort die militärische Relevanz oder den Nutzen rauszuziehen, sage ich mal, war eigentlich Aufgabe der abnehmenden Stelle. Die musste prüfen.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Ihre Auswertung war oder die auch von der AND war.

Zeuge R. C.: Richtig, richtig. Ja, ja, natürlich. Denen obliegt es, zu sagen: „Jawohl, ist das militärisch“, ich sage jetzt mal, „im weitesten Sinn nutzbar?“

Nina Warken (CDU/CSU): Dann müssten wir nachher da noch mal weitermachen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Es geht jetzt weiter in der Runde bei der Fraktion Die Linke. Und Frau Kollegin Renner beginnt.

Martina Renner (DIE LINKE): Die von Ihnen Befragten, haben die auch Geld bekommen gelegentlich für ihre Informationen?

Zeuge R. C.: Ja, gelegentlich ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hat man das erklärt, dass man Geld gibt?

Zeuge R. C.: Als Aufwandsentschädigung. Das heißt, speziell bei länger andauernden Befragungen wurden Personen, die uns zur Verfügung gestanden haben, dafür entschädigt, dass sie sich eben mit uns zusammengesetzt haben und dort - -

Martina Renner (DIE LINKE): Was war da so eine übliche Summe?

Zeuge R. C.: Ein Stundensatz von 10 bis 20 Euro.

Martina Renner (DIE LINKE): Akten sprechen auch von Summen von 300 Euro.

Zeuge R. C.: Es gab die Möglichkeit, am Ende einer solchen Befragung, wenn man gesagt hat:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„So, die entsprechende Person ist abgeschöpft“, ihm einen entsprechenden Bonus zukommen zu lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich Herr Wolff.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber bitte die Uhr anhalten bei meinen mageren acht Minuten, ja?

RD Philipp Wolff (BK): Zu konkreten Summen bitte in eingestufter Sitzung, auch wenn vorher schon - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wurden Befragte auch als Quellen geworben?

Zeuge R. C.: Befragte waren Quellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, Sie meinen verpflichtete Quellen. Die waren ja unverpflichtet, ja? Die haben ja keine Verpflichtungserklärung unterschrieben. Ich meine, ob sie auch als verpflichtete Quellen geworben wurden.

RD Philipp Wolff (BK): Also nur: Zu einer möglichen operativen Nutzung, wenn Sie da Kenntnis haben, bitte auch in eingestufter Sitzung.

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden Befragte auch an das - zum Beispiel - Bundesamt für Verfassungsschutz weitervermittelt, wenn sie Quelleneigenschaften hatten oder interessant waren für eine F-und-B-Maßnahme?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dort dann weiter als Quelle geführt, -

Zeuge R. C.: Entzieht sich meiner Kenntnis; aber ich schließe es nicht aus.

Martina Renner (DIE LINKE): - versucht, als Quelle zu führen.

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Frauen Männer befragt und Männer Frauen?

Zeuge R. C.: Kann ich nicht sagen. Wir waren eine rein männliche Dienststelle.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein! - Heiterkeit)

- Ja, die Chefin war noch da, ja; aber die war nicht in der Außenstelle.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die Befragter waren alle männlich -

Zeuge R. C.: Männlich, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und haben entsprechend auch Frauen befragt.

Zeuge R. C.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ja hier gerade auch so ungefähr.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt eine Beschaffungsrichtlinie im BfV, dass so was ausgeschlossen wird. Also, nur mal zur Information. - Waren bei diesen Befragungen auch die Anwälte/Anwältinnen, die im Asylverfahren gegebenenfalls von den Befragten beauftragt waren, an den Gesprächen zugegen?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hat man sichergestellt, dass sie nicht dabei sind?

Zeuge R. C.: Das musste nicht sichergestellt werden, sondern es war ja ein Gespräch mit der entsprechenden Person. Das heißt, wenn die ihren Anwalt mitgebracht hätte, hätte der daneben sitzen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Man hat also auch Gespräche unter Beisein von Anwälten und Anwältinnen geführt.

Zeuge R. C.: Ich kann mich an einen einzigen Fall erinnern, den ich selber befragt habe. Dort



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat mir die befragte Person nach meinem Eingangsstatement das Mobiltelefon entgegengehalten, den Anwalt angerufen und hat gesagt: Bitte erklären Sie, was Sie von mir möchten, meinem Anwalt, und er gibt mir dann den Rat, ob ich mit mich Ihnen unterhalte oder nicht. - Dann habe ich mich mit dem Anwalt unterhalten, der hat gesagt: „Jawohl, ist in Ordnung“, hat seinem Mandanten das signalisiert, und das Gespräch wurde fortgeführt.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie dem denn gesagt? Haben Sie gesagt: „Hier BND“?)

Martina Renner (DIE LINKE): - Nein. „Hier Hauptstelle Befragungswesen“.

Zeuge R. C.: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, Ihnen sind eine Handvoll Fälle von sogenannten Interventionen bekannt. Ihnen persönlich oder insgesamt in Ihrer Dienststelle?

Zeuge R. C.: Insgesamt im Befragungswesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Da möchte ich Ihnen die Zahlen für das Jahr 2004 und 2005 vorhalten: Es waren 2004 117 Interventionsfälle im BND allein - es gibt ja noch welche im BfV und bei Landesbehörden - und 2005 115. Das ist nicht eine Handvoll, außer man hat Riesenhände.

Zeuge R. C.: Wir müssen unterscheiden. Ich habe nicht von Interventionsfällen gesprochen bei einer Handvoll, sondern von Sonderfällen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, gut.

Zeuge R. C.: Das sind diese Fälle, in denen abgeklärt werden muss: Schafft man einen Asylfall mit der Befragung oder nicht? Interventionsfällen waren es definitiv mehr. Ja, das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Interventionsfälle, haben wir bisher immer so verstanden, sind sol-

che, wo man dem BAMF anempfiehlt, da Nachfluchtgründe generiert wurden, dass man dort einen Titel erteilen könnte.

Zeuge R. C.: Nein, das belegt nur, dass wir im Prinzip an dieser Person dran waren. Das haben wir auch dann gemacht, wenn diese Person positiv entschieden wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn dort Informationen, sagten Sie vorhin, zu Liegenschaften, Gebäuden erhoben wurden: Waren darunter auch militärische Einrichtungen? Also, ich meine jetzt auch paramilitärische wie Ausbildungslager.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Details dann bitte in eingestufte Sitzung, um was es sich dann konkret bei so was handelt.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann ausgeschlossen werden, dass zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser dabei waren?

Zeuge R. C.: Ganz im Gegenteil, wir haben gezielt nach Krankenhäusern - -

RD Philipp Wolff (BK): Zu Details bitte in eingestufte Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso fragt man gezielt nach Krankenhäusern?

Zeuge R. C.: In nichtöffentlicher und eingestufte Sitzung, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Die DIA gilt ja insgesamt als ein wenig zimperlicher Geheimdienst. Es gibt, nachzulesen in internationalen Dokumenten, Folttervorwürfe auch gegen die DIA. Sind Ihnen mal von Befragten Beschwerden zu Ohren gekommen, dass man die Art des Gesprächs nicht sehr angenehm empfunden hat?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Inwieweit können Sie ausschließen, dass Gesprächsinhalte Ihnen



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht bekannt geworden sind, weil sie nicht protokolliert wurden?

Zeuge R. C.: Ausschließen kann ich es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie können nicht ausschließen, dass es Gesprächsinhalte gibt, die Sie als BND nicht gekannt haben.

Zeuge R. C.: Ich kann es nicht ausschließen.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war denn die Dienstsprache eigentlich in der HBW, wenn man sich so auf dem Flur begegnet ist?

Zeuge R. C.: Deutsch.

Martina Renner (DIE LINKE): Und alle DIA-Beamten/-Beamtinnen sprachen fließend Deutsch.

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir dürfen ja nur zu den US-amerikanischen Diensten fragen, nicht zu den zwei anderen. Wer war denn neben der DIA dort noch zugange? NSA, CIA, FBI?

Zeuge R. C.: Nein, nein, nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nix? Immer nur der - -

Zeuge R. C.: Ja, ausschließlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ausschließlich. - Verfügten diese Mitarbeiter auch über Zugang zu dem, ich sage mal, Aktenvorhalt in Ihrer Dienststelle, zu den Dienstrechnern, zu den Telefonen?

Zeuge R. C.: Nein. Internettelefone ja; das heißt, wirklich nur innerhalb der Dienststelle; auch nicht, ich sage mal, zur BND-Zentrale, sondern nur intern. Extern natürlich, das heißt, sie konnten auch raustelefonieren ins öffentliche Netz. Aber sie hatten keinen Zugriff auf irgendwelche BND-Rechner.

Martina Renner (DIE LINKE): Die hatten also eine vollkommen von Ihnen getrennte Aktenhaltung auf ihren eigenen Dienstrechnern.

Zeuge R. C.: Ja und nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge R. C.: Insofern nicht getrennt, als dass im Prinzip alles, was sie in ihrer Tätigkeit gemacht haben, an uns übergeben werden musste. Das heißt, grundsätzlich lagerten eigentlich alle Unterlagen bei uns. Natürlich, sage ich mal, die waren elektronisch vorhanden, lagerten die entsprechend auch auf ihrem Rechner.

Martina Renner (DIE LINKE): Und, ich sage mal so: Wenn ich beim BND reingehe oder beim BfV, ist ja da ein großes Schild an der Tür, ich darf keinen Laptop mit reinbringen und irgendwie keinen Stick und kein Telefon usw. Die sind also mit ihren Geräten in der HBW ein- und ausgegangen.

Zeuge R. C.: Mit entsprechenden genehmigten Geräten, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und inwieweit konnte ausgeschlossen werden, dass diese Geräte genutzt werden dafür, dass man dort auch sozusagen an die Daten von Ihnen kommt? Also, war immer jemand Zweites im Raum, hat man die nie allein gelassen? Mussten die sich abmelden, wenn die auf Toilette gegangen sind, oder wie lief das?

Zeuge R. C.: Nein, ich bin kein Techniker, ich bin auch kein IT-Spezialist. Insofern kann ich die Frage nicht beantworten, welche Maßnahmen konkret bei uns in der Dienststelle getroffen wurden, damit solche Versuche, dort in die Systeme reinzukommen, unterbunden werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten die Rechner, die Sie benutzt haben, Schnittstellen für externe Speichermedien wie Sticks oder damals wahrscheinlich noch CDs?

Zeuge R. C.: Einer.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und war der besonders gesichert, dass man da nicht rankann?

Zeuge R. C.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wie?

Zeuge R. C.: Entsprechende Zugangskontrolle zu dem Raum.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in den Raum kamen keine Amerikaner.

Zeuge R. C.: Grundsätzlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ausnahmsweise doch?

Zeuge R. C.: Wenn jemand dabei war von uns, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht letzte Frage: Hatten die Mitarbeiter zu anderen Liegeschäften des BNDs auch Zutritt über ihren Ausweis der HBW?

Zeuge R. C.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Herzlichen Dank. - Und wir kommen zur nächsten Fraktion, nämlich der Fraktion der SPD. Frau Kollegin Mittag stellt die Fragen.

Susanne Mittag (SPD): Sie hatten vorhin gesagt: Grundlage der Befragung war das Protokoll. - Richtig so?

Zeuge R. C.: Richtig.

Susanne Mittag (SPD): Haben Sie sich dann die fortlaufenden Fragen dann ja erst mal alleine ausgedacht, oder gab es dann jetzt, sagen wir mal, auch ein bisschen Vorgabe: „Das ist jetzt politisch wichtig oder sicherheitspolitisch wichtig, in die und die Richtung brauchen wir jetzt detailliertere Angaben“? Das große Ganze schwebte ja immer da ein bisschen drüber.

Zeuge R. C.: Letztendlich aufgrund der eigenen Erfahrung wissen Sie, welche Personen für Sie interessant sind und welche nicht interessant sind. Grundsätzlich, sage ich mal - ich hatte es

mal beispielhaft erwähnt -: Wenn ich einen Regierungsvertreter aus einem bestimmten Land habe aufgrund des Anhörungsprotokolls, dann gehe ich da natürlich mit einer entsprechenden vorgefertigten Erwartungshaltung rein und sage: So, der muss ja irgendwas wissen über den Bereich, in dem er tätig war. - Und dazu stelle ich ihm entsprechend Fragen allgemeiner Art, bei denen ich jetzt schon aufgrund meiner bisherigen Erfahrungen weiß: In welche Richtung soll das gehen? Fühle ich mich da unsicher? Kann ich auch Rücksprache nehmen mit der Auswertung, kann sagen: „So, ich habe eine Person aus dem und dem Bereich, wo muss ich ansetzen, um rauszukriegen, ob der tatsächlich Wissen mitbringt, das für uns von Interesse ist?“? Und wenn ich dann da eine entsprechende Vorgabe bekomme, marschiere ich los, sage: „Jetzt gehe ich da hin“, stelle bestimmte Fragen und warte, wie das Feedback ist.

Susanne Mittag (SPD): Aber die Fragen richten sich dann am Ende, sagen wir mal, beim zweiten, dritten, vierten Gespräch - die Quelle oder die Person ist ganz ergiebig - ja auch so ein kleines bisschen nach Erfahrungswerten, die man im Laufe der Zeit erlangt hat, nicht nur Ihren, sondern auch politischer Entwicklungen oder sonstiger Sachen.

Zeuge R. C.: Natürlich.

Susanne Mittag (SPD): Also werden Sie ja nicht die Fragen nur ganz alleine ausdenken, -

Zeuge R. C.: Nein.

Susanne Mittag (SPD): - sondern wenn die Auswertung kommt, dann kommt mal eine Ansage von links, rechts oder oben - keine Ahnung -: In die und die Richtung soll jetzt auch mal befragt werden, das ist jetzt unser Interesse.

Zeuge R. C.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Gab es da dann mal Fragen, wo Sie sagen: „Nein, das geht ja nun gar nicht, also, ich halte das für schwierig“? Also, es kollidierte. Gab es so was?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: Womit kollidieren?

Susanne Mittag (SPD): Mit der Art der Fragestellung, mit den Inhalten oder sonst irgendwas. Also, Sie haben sich ja nicht alle Fragen immer alleine ausgedacht aufgrund der Erfahrungswerte, sondern es gab ja Entwicklungen, worauf man dann spezifizierte Fragen stellte.

Zeuge R. C.: Ja, das ist richtig. Aber das ist nie in einen Bereich gegangen, wo ich sage: Es wird für den Befragten peinlich, oder es geht irgendwo in die Illegalität oder wie auch immer. - Von daher, nein, ist nie was untergekommen, wo ich gesagt habe: Also, die Fragen, die ich bekomme, gebe ich so nicht weiter.

Susanne Mittag (SPD): Es kann ja bei der Frage - - Also, wer liest denn dann auch die Protokolle? Sie erstellen dann ja auch Berichte über die Befragungen nach dem ersten Mal, nach dem zweiten Mal. Das wird ja nicht alles im Kopf behalten. Wer liest denn diese Berichte?

Zeuge R. C.: Die Meldungen, die ich erstelle?

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge R. C.: Die bekommt der jeweilige Bedarfsträger in der Auswertung. Betrifft es, ich sage mal, ein wirtschaftliches Thema, bekommt es die Auswertung Wirtschaft; ist es ein politisches Thema, bekommt es die Auswertung Politik, ist es ein militärisches Thema, bekommt es die Auswertung Militär. Und es setzt sich so fort: Proliferation, OK, Migration.

Susanne Mittag (SPD): Der AND auch?

Zeuge R. C.: Die Meldungen, die er kriegt, natürlich. Da passiert ja der gleiche Prozess.

Susanne Mittag (SPD): Der AND dürfte ja auch Interesse an Wirtschaft oder an - - egal, die ganze Bandbreite. Weil die ja meist in dem Land auch unterwegs sind.

Zeuge R. C.: Ja, natürlich. Es kam auch vor, dass die auf Meldungen, die wir erstellt hatten, eine Rückkopplung gaben und Fragen einsteuerten.

Susanne Mittag (SPD): Und anhand dieser Fragen konnten Sie dann wahrscheinlich aus Ihrem Erfahrungswert - Sie haben ja allerhand Befragungen gemacht - schon feststellen, aus welcher Ecke denn die Frage kam, ob das jetzt sozusagen von den eigenen Leuten kam oder vom AND?

Zeuge R. C.: Das habe ich nicht anhand der Fragestellungen gesehen, sondern vom Absender her.

Susanne Mittag (SPD): Ach so, das war dann ganz deutlich, wer hier die Fragen stellt.

Zeuge R. C.: Ja, ja.

Susanne Mittag (SPD): Wurden auch Minderjährige befragt?

Zeuge R. C.: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Da genau drauf geguckt?

Zeuge R. C.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Wie oft haben Sie denn mit AND-Personen die Befragungen durchgeführt so? Sie haben gesagt, in einem mittleren dreistelligen Bereich sind die Zahlen, die Sie insgesamt gemacht haben. In welchem Bereich liegt das denn, wie oft Amerikaner dabei waren? So ungefähr.

Zeuge R. C.: Ich würde sagen: knapp unter 100.

Susanne Mittag (SPD): Also, es waren nicht gerade wenig. Also, man hat öfter mit Personen dann zu tun gehabt. Waren das einige Wenige, die immer wiederkamen, oder war das dann am Ende doch sehr wechselndes Personal von AND?

Zeuge R. C.: Nein, nein, ich hatte ja auf eine Frage bereits geantwortet, dass das Personal eine relativ lange Stehzeit hatte.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge R. C.: Das heißt, ich habe ja auch gesagt, wir hatten zwei AND-Befrager, die entsprechend,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich sage mal, langjährig bei uns an der Dienststelle waren, und natürlich waren das die Personen, mit denen man immer wieder entsprechend mal zusammen irgendwelche Personen besucht hatte.

Susanne Mittag (SPD): Also, das waren die Wenigen, mit denen Sie langjährig - weil Sie sind ja noch langjähriger da, nicht - - also, dass Sie wirklich langjährig mit denen zu tun hatten.

Zeuge R. C.: Ja, ja.

Susanne Mittag (SPD): Dann entwickelt sich dann ja auch so ein bisschen ein persönliches Verhältnis schon, nicht? Man kennt sich dann ja.

Zeuge R. C.: Man kennt sich, natürlich, ja.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Haben Sie jemals den Ein- - Also, war das dann auch mal so, dass dann der vom AND sozusagen der Sprachmittler war?

Zeuge R. C.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Hatten Sie da mal den Eindruck, dass das irgendwie locker übersetzt war oder das ein oder andere fehlt? Man kann ja auch so einen Gesichtsausdruck von seinem Gegenüber ein bisschen einschätzen.

Zeuge R. C.: Nein, nein.

Susanne Mittag (SPD): Sind vielleicht nicht alle Mitteilungen - -

Zeuge R. C.: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Hatten Sie nicht den Eindruck?

Zeuge R. C.: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Haben Sie das mal von anderen gehört?

Zeuge R. C.: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Haben Sie sich denn überhaupt mit anderen darüber unterhalten?

Zeuge R. C.: War keine Veranlassung.

Susanne Mittag (SPD): Man hat sich doch untereinander in der Dienststelle, wenn man so den gleichen Arbeitsbereich hat, mal unterhalten. Können ja nicht überall nur alle einsam vor sich hinarbeiten.

Zeuge R. C.: Ja, natürlich unterhält man sich; aber wir haben den Partnerbefragern nie unterstellt, dass sie außerhalb der von mir bereits erwähnten Spielregeln agieren, und es gab auch keine Anhaltspunkte dafür; sagen wir es so.

Susanne Mittag (SPD): Unterstellen muss man ja auch nicht; aber wenn man sich mal so untereinander unterhält unter Kollegen, dann kann dem einen oder anderen schon mal was komisch vorkommen. Das ist jetzt nicht so unrealistisch.

Zeuge R. C.: Ist aber in dem Fall nicht passiert.

Susanne Mittag (SPD): Da gab es keinen.

Zeuge R. C.: Also, ich kenne von meinem - - In meinem Kollegenkreis war da kein Beispiel dafür.

Susanne Mittag (SPD): Und der AND hatte dann auf diese Art und Weise auch immer den Einblick in die fortlaufenden Berichte, wenn Sie jetzt, sagen wir mal, eine Person immer wieder getroffen haben, ins Fortlaufende? Oder wurde jedes Mal neu entschieden, ob die auch die Berichte kriegen?

Zeuge R. C.: Nein, die Meldungen, die wir erstellt haben, die wurden in die Führungsstelle geschickt mit einer Empfehlung, ob sie für den AND freizugeben sind oder zu sperren sind. Es gab auch Fälle, über die ich in nichtöffentlicher Sitzung berichte, die im nationalen Interesse waren und die nicht an den Partner weitergegeben wurden. Die letztendliche Entscheidung, ob dem Vorschlag der Außenstelle so entsprochen wurde, fiel in der Führungsstelle, die fiel bei EAC. Aber eine Meldung, die weitergegeben wird und die der Partner auch entsprechend erhält, da kann er sich drauf beziehen, da hat er Zugang dazu, natürlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Susanne Mittag (SPD): Sind Sie davon ausgegangen, dass das auch - - dann sozusagen dem gefolgt wurde, Ihren Empfehlungen?

Zeuge R. C.: Ja. Beziehungsweise wurde dem nicht stattgegeben, bin ich drüber informiert worden bzw. wurden Fälle auch manchmal diskutiert.

Susanne Mittag (SPD): Ja, hätten Sie also auch rekonstruieren können, wenn Sie sagen: „Das geht gar nicht“ und die sagen: „Och, stellen Sie sich mal nicht so an, das ist schon okay“?

Zeuge R. C.: Man hat manche Fälle diskutiert, ja.

Susanne Mittag (SPD): Ah, diskutiert. Und dann ging das unterschiedlich aus oder immer gleich aus?

Zeuge R. C.: Man hat meistens einen Konsens gefunden.

Susanne Mittag (SPD): Ja, das geht ja nur: geben oder nicht geben. Also, wer hat gewonnen?

Zeuge R. C.: Nein. Sagen wir mal so: Es kommt immer auf die Argumentation drauf an: Warum gebe ich was weiter und warum nicht? - Es fallen einem Kollegen oder auch einem Vorgesetzten Argumente ein, an die man selber gar nicht dachte, warum eine Meldung möglicherweise freizugeben wäre für AND oder möglicherweise zu sperren wäre für AND. Dann tauscht man sich aus und kommt zu irgendeinem Ergebnis.

Susanne Mittag (SPD): War das ab und zu, selten oder sehr selten?

Zeuge R. C.: Sehr selten.

Susanne Mittag (SPD): Sehr selten.

Zeuge R. C.: Einzelfälle.

Susanne Mittag (SPD): Ah, ja. - Wenn Sie jetzt Befragungen bei der ersten, zweiten, dritten hatten oder so, und dann haben Sie Kenntnisse zum Beispiel von Verbrechen bekommen - da geht das ja nicht nett zu, wo die Menschen herkommen -,

wie sind Sie denn damit umgegangen? Verbrechen, die gesehen worden sind, oder Verbrechen, die auch, zum Beispiel bei den Frauen oder anderen Personen, an ihnen selbst begangen wurden.

Zeuge R. C.: Schwierig zu sagen. Natürlich haben Sie Kontakt zu Personen, die in irgendeiner Art und Weise ein entsprechendes Schicksal erlitten haben. Sie konnten in der zwischenmenschlichen Abarbeitung eines solchen Falles eigentlich nur, ich sage mal, auf die Person entsprechend eingehen, darauf reagieren, dieser Person auch Ihr Mitgefühl ausdrücken, ganz klar. Inwieweit das dort umzusetzen ist, das dann wieder meldungsrelevant ist, muss man entscheiden. Aber solche Fälle: Konkret kann ich mich jetzt in meiner eigenen Karriere an keinen einzigen erinnern, wo wirklich jemand von Verbrechen an seiner Person oder an anderen irgendwas geschildert hat. War ja auch nicht unser Ziel: Verbrechenserkennung, -aufklärung; wir hatten ja eine andere Zielrichtung.

Susanne Mittag (SPD): Ja gut, aber wenn so einem was auf die Füße fällt, dann muss man sich ja eigentlich drum kümmern. Und ich denke, das müsste doch auch eigentlich in den Vorbesprechungen mal - es sind ja Kriegsgebiete, wo viele Menschen herkommen - - und dass das Problem eventuell anstehen kann, das ist ja nicht so unwahrscheinlich. Da muss doch vorher drüber gesprochen worden sein, wie man denn damit umgeht. Und ich denke mal, eine deutsche staatliche Behörde hat irgendwie schon den Auftrag, zu sagen: „Ich habe Kenntnis von einem Verbrechen, dann gehe ich auch irgendwie damit um“, sei es für eine Sicherung der Angaben für spätere Verfahren bzw. für Angaben, um denjenigen in irgendeiner Weise ein Verfahren, wenn es auch später ist, zu sichern. Also, auch Ermittlungen laufen manchmal über Jahre. Zu sagen, also nur mein Herzgefühl, das ist jetzt für denjenigen aber auch nicht wirklich hilfreich.

Zeuge R. C.: Ist trotzdem schwierig.

Susanne Mittag (SPD): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: Wenn Sie eine Person aus einem Krisengebiet haben, die Ihnen erklärt, sie ist Opfer eines entsprechenden -

Susanne Mittag (SPD): Gewaltverbrechens.

Zeuge R. C.: - Luftangriffs -

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge R. C.: - geworden, so, Familienmitglieder kamen dabei ums Leben oder so: Ja, was machen Sie mit der Information? Wie gesagt, die Information als solche - - Möglicherweise ist Ihnen die Tatsache, dass es an dem oder jenem Tag auf eine bestimmte Stadt, ein bestimmtes Gebiet einen Angriff gegeben hat, bekannt. Nur, die Information allein, dass die Person, mit der Sie da sprechen, jetzt auch persönlich davon betroffen war, ist ja nicht unbedingt geeignet, an der Situation etwas zu ändern oder da irgendwas aufzuklären.

Susanne Mittag (SPD): Ich meine eigentlich eine direktere Betroffenheit, nicht einen Luftangriff; das ist auch ganz tragisch. Aber es gibt ja auch Konstellationen, dass jemand vergewaltigt worden ist, dass jemand wirklich schwere körperliche Schäden von einer Einzelperson erlitten hat, dass es die Person also ganz persönlich betrifft. So, und dann kommt das erst im Rahmen dieses Gesprächs - das ist ja eine gewisse Vertrauensstellung; so was erzählt man nicht sofort beim Eingang ins Asylverfahren, was da alles passiert ist - - Das kann doch sich dann da entwickeln. Und das ist die Frage: Wie gehen Sie mit diesen an der Person, zu der Sie ein gewisses Vertrauensverhältnis aufgebaut haben - - neben allen anderen Informationen um, wenn dann Kenntnis erlangt wird, dass die Person ganz persönlich an ihrer eigenen Person von einem nicht Vergehen, sondern Verbrechen betroffen ist?

Zeuge R. C.: Gut, den Fall hatte ich jetzt nicht.

Susanne Mittag (SPD): Aber da müsste es doch Vorgaben für geben. Das kann irgendeinem anderen ja auch mal - - Man kann drüber weghören - was nicht schön ist -, aber man kann auch sagen:

Oh, da ist das hinter, da muss ich mich kümmern. - Da muss es doch eine Vorgabe oder Ansage geben, wie man damit umgeht.

Zeuge R. C.: Da gab es keine Vorgaben, nein, nein, nein. Also, ich weiß von keiner Vorgabe oder irgendeiner Richtlinie. Wie gesagt, mir ist es in meiner zehnjährigen Karriere auch nicht untergekommen.

Susanne Mittag (SPD): Gut. - Dann habe ich noch eine - - Habe ich noch eine Minute?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Susanne Mittag (SPD): Dann habe ich noch eine weitere Frage - das ist dann auch die letzte -: Sie hatten eben noch was gesagt von Rechner des AND, der bei Ihnen in der Stelle auch steht, in der Behörde. Ist er in einem eigenen Netzwerk, oder ist er irgendwie so allgemein angeschlossen?

Zeuge R. C.: Natürlich hatten auch die AND-Befrager entsprechende EDV-Technik.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge R. C.: Aber Einzeltechnik. Die war mit dem BND nicht vernetzt.

Susanne Mittag (SPD): Aber nach draußen angeschlossen? Oder gar nicht angeschlossen? Stand der solo rum?

Zeuge R. C.: Sie hatten Internetanschluss.

Susanne Mittag (SPD): Internetanschluss in der Stelle nach draußen -

Zeuge R. C.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): - das, was wir alles nicht kriegen -, und nicht im BND-eigenen geschlossenen Netzwerk.

Zeuge R. C.: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Und die Rechner waren natürlich auch vom AND gesichert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Also, Sie hätten da nicht reingucken können.

Zeuge R. C.: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Und die sind da immer geblieben, oder haben die die immer mitgenommen?

Zeuge R. C.: Die sind da geblieben. Ich hätte auch Zugang dazu gehabt. Also, die standen in den Räumen. Wir hatten auch Zugang zu den Räumen.

Susanne Mittag (SPD): Ja gut, Sie kommen ja aber nicht ran, wenn die gesichert sind. Die stehen da nur so rum.

Zeuge R. C.: Ja, gut.

Susanne Mittag (SPD): Und die haben die bei den Befragungen genutzt.

Zeuge R. C.: Nein, nicht bei den Befragungen, sondern um anschließend ihre Meldungen zu erstellen.

Susanne Mittag (SPD): Na ja, und wie - -

Zeuge R. C.: Die hatten richtige Desktop-Geräte mit Monitor, mit allem. Das nimmt man ja nicht unter den Arm, wenn man rausgeht.

Susanne Mittag (SPD): Na ja, die neuen Techniken, da kann man da schon einiges unter den Arm nehmen, nicht? Das wird ja immer besser.

Zeuge R. C.: Mhm.

Susanne Mittag (SPD): Haben Sie die Berichte gesehen, die die schicken, -

Zeuge R. C.: Die Berichte?

Susanne Mittag (SPD): - oder was sie schicken?

Zeuge R. C.: Wir reden von Meldungen.

Susanne Mittag (SPD): Meldungen.

Zeuge R. C.: Ja, die bekomme ja ich als Befragterführer, als Dienststelle, als deutscher Partner; die bekomme ja ich.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge R. C.: Natürlich sehe ich die dann.

Susanne Mittag (SPD): Und Sie geben die dem AND.

Zeuge R. C.: Nein. Er gibt sie mir. Wenn er befragt, erstellt er eine Meldung.

Susanne Mittag (SPD): Und wenn Sie befragen, schreiben Sie ja wohl die Meldung.

Zeuge R. C.: Ja, aber ich gebe sie nicht dem AND, sondern der kriegt sie über die Schnittstelle.

Susanne Mittag (SPD): Über die Schnittstelle.

(Der Zeuge nickt)

Und wenn er befragt, dann - -

Zeuge R. C.: Dann kriege es ich.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge R. C.: Dann gibt er sie mir, und wir geben es ins deutsche System.

Susanne Mittag (SPD): Das ist zum Beispiel auch, wenn er der Sprachmittler ist.

Zeuge R. C.: Nein. Wenn er nur der Sprachmittler ist - - In einer gemischten Befragung, -

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge R. C.: - ein deutscher Befrager, ausländischer Befrager, ausländischer Befrager fungiert als Sprachmittler, deutscher Befrager ist, sage ich jetzt mal, derjenige, der die Meldung erstellt, -

Susanne Mittag (SPD): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: - dann erstellt er die und gibt sie ins System. Er lässt sie, sage ich mal, den entsprechenden AND-Befrager möglicherweise noch mal Korrektur lesen: „War das das, was aus dieser Befragung herauskam? Stimmt das alles so, was der gesagt hat, oder habe ich irgendwas missinterpretiert aufgrund der Übersetzung?“ oder sonstiges, dann hat er es abgestimmt, und wenn er gesagt hat: „Jawohl, das war die Aussage, so passt das“, dann ging die ins System. Er hat es nicht bekommen.

Susanne Mittag (SPD): Okay, danke schön.

Zeuge R. C.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Und es beginnt Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke. - Herr C. B. [sic!], nun haben wir von Ihnen gehört - das wussten wir auch schon -, dass der Bundesnachrichtendienst, sprich HBW, Informationen von Asylbewerbern abgeschöpft hat und der US-Geheimdienst CIA

(RA Johannes Eisenberg:
DIA!)

auch und dass der US-Geheimdienst von den Informationen, die Sie abgeschöpft haben, auch was abbekommen hat - nicht immer, aber immer wieder. Sie haben gesagt, Sie haben keine Kenntnis darüber, was die CIA nun mit diesen Informationen macht. Haben Sie da nicht mal gefragt: „Was macht ihr damit?“?

Zeuge R. C.: Also, zum einen: Inwieweit die CIA partizipiert hat, weiß ich nicht. Wir haben immer nur an die DIA geliefert. Das war unser Ansprechpartner. Das war auch derjenige, der von uns die Meldungen gekriegt hat. Von dort, und nur von dort, nicht von CIA oder irgendwelchen anderen US-Diensten, haben wir natürlich Rückkopplungen bekommen, nicht was damit gemacht wurde oder an wen es verteilt wurde, aber

ob die Information wertvoll war, ob möglicherweise noch Fragen offen sind und entsprechend noch nachbefragt werden soll.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gesagt, wo die jeweils die Informationen weitergegeben haben an andere amerikanische Geheimdienste, das wissen Sie nicht. ... (akustisch unverständlich) Nehmen wir wahr.

Zeuge R. C.: Nein, das weiß ich nicht. Entzieht sich meiner Kenntnis, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist ja auch wahrscheinlich weltfremd, wenn man sagt: Das haben die für sich behalten. - Sie haben dann auch gesagt, Sie hätten keine Anhaltspunkte dafür, dass mit diesen Informationen jemals Angriffe von Drohnen beispielsweise auf Zielobjekte wie Menschen oder Gebäude durchgeführt worden sind oder dass diese Informationen dazu benutzt wurden. Stimmt das?

Zeuge R. C.: Das ist richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. C.: Ich habe auch gesagt: Ich kann es nicht ausschließen.- Aber ich habe keine Kenntnis davon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mal Anhaltspunkte dafür bekommen, dass die USA auf der Grundlage der Informationen, die Sie und der amerikanische Geheimdienst abgeschöpft haben bei Asylbewerbern, einen Angriffskrieg durchgeführt haben, der mit Zehntausenden von Toten geendet hat und noch nicht zu Ende ist?

Zeuge R. C.: Aufgrund unserer Informationen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. C.: Das ist mir so nicht bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Informationen waren der Grund dafür. Wissen Sie - - Irakkrieg.

Zeuge R. C.: Ich weiß jetzt, worauf Sie hinauswollen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. C.: Das ist aber nicht Untersuchungsgegenstand. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich darauf nicht eingehe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, das ist Untersuchungsgegenstand. Der war 2003.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte erst mal die Zeit an. - So, jetzt Herr Wolff dazu.

RD Philipp Wolff (BK): Ist nicht Untersuchungsgegenstand. Das werden Sie auch daran merken, dass wir dazu keine Akten vorgelegt haben. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei der in Rede stehenden Person - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bisschen lauter, bitte.

RD Philipp Wolff (BK): Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei der in Rede stehenden Person - ich glaube, wir reden von derselben Person - zu dem entsprechenden Zeitpunkt nicht um einen Asylbewerber gehandelt hat. Und ich glaube, darauf beschränkt sich auch der Untersuchungsauftrag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war ein Asylbe- - Ich frage das ja deshalb, ob der Krieg, ein mörderischer Angriffskrieg - - warum der Krieg nicht ein Anlass gewesen ist, mit diesen Informationen, die dort von dem amerikanischen Geheimdienst und vom

BND abgeschöpft worden sind, etwas zurückhaltend zu sein. Schließlich ist das weltweit, Herr Wolff, weltweit ausgestrahlt worden, als Herr Powell das in der UNO zelebriert hat. Und was er da zelebriert hat, waren alles Informationen, die Sie abgeschöpft haben von Herrn Curveball.

Zeuge R. C.: Ja, aber die nicht ich abgeschöpft habe, und das war auch nicht zu meiner Zeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der BND, der BND!

Zeuge R. C.: Ja, dann müssen Sie aber die richtigen Personen fragen. Da bin ich definitiv der falsche Ansprechpartner.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie davon nie gehört, nie was erfahren?

(RA Johannes Eisenberg:
War nicht zu seiner Zeit!)

Zeuge R. C.: Gehört habe ich davon, aber von Hörensagen - - Auf Hörensagen begründe ich jetzt keine Zeugenaussage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie diesen Vortrag mal gesehen von Herrn Powell in der UNO?

(RA Johannes Eisenberg:
Das war doch im
Fernsehen!)

Zeuge R. C.: Den habe ich live mitverfolgt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie live mitverfolgt und haben Sie gedacht „Haha,“ - jetzt müssen Sie lachen oder grinsen - „ist ja toll, was sie mit unseren Informationen machen“?

(RA Johannes Eisenberg: Da
war er doch da noch gar
nicht!)

Zeuge R. C.: Ich weiß jetzt noch nicht ganz, worauf die Frage abzielen soll.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dass Sie gedacht haben: „Guck mal hier, unsere Informationen führen dazu, dass die einen Angriffskrieg durchführen“ und dass dieser Angriffskrieg viele Zehntausende Tote, wie wir inzwischen wissen, gehabt hat und dass diese Information, die Sie abgeschöpft haben, falsch war.

Zeuge R. C.: Ich habe hierzu mit Sicherheit auch eine eigene Meinung; aber die ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung, und insofern tue ich sie hier auch nicht kund.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mussten Sie danach nicht misstrauisch sein und anlässlich der vielen Berichte, die Sie auch den Medien entnehmen konnten, mit welchen Methoden die Amerikaner, zum Beispiel die Geheimdienste, Befragungen durchführen, nicht nur von Verdächtigen, sondern auch von Unverdächtigen - - dass Sie die mit den Asylbewerbern alleine lassen?

Zeuge R. C.: Mir kam nie etwas zu Ohren, dass irgendwo - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon mal was von Rendition gehört und Folter und Guantanamo?

Zeuge R. C.: Es wäre mir neu, dass die Personen, die wir entsprechen befragt oder überhaupt kontaktiert haben, ja, ich sage mal, mit solchen Methoden entsprechend konfrontiert worden sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die Leute, mit denen Sie zusammengearbeitet haben, die Teil Ihrer Dienststelle gewesen sind, diese Personen oder jedenfalls diese Institutionen, die Geheimdienste, waren an solchen Methoden beteiligt.

Zeuge R. C.: Die Personen, mit denen ich es zu tun hatte, nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie genau. - Bitte?

Zeuge R. C.: Nicht in dem Zeitraum, in dem ich mit ihnen zusammen war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das soll von 2002 bis 2008/09 oder so was gewesen sein.

Zeuge R. C.: 2003 bis 2013.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein - - meine ich diese Rendition-Flüge und die Befragung unter Folter und Drohungen und - -

Zeuge R. C.: Die Befragter waren zu dem Zeitpunkt bei uns in der Dienststelle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, haben Sie da nicht mal nachgefragt „Macht ihr auch mal so was?“

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

Zeuge R. C.: Nein, habe ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht? Keinen Anlass gehabt?

Zeuge R. C.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass die Informationen, die Sie helfen zu generieren, missbraucht werden?

Zeuge R. C.: Nein, auch da hatte ich keinen Anlass.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch keinen Anlass. All das, all diese Berichte sind an Ihrem Ohr vorbeigegangen.

Zeuge R. C.: Es gab keine Anhaltspunkte dafür.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge R. C.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso denn? Wem unterstanden eigentlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Mitarbeiter dienstrechtlich, diese AND-Mitarbeiter? Ihnen oder dem Bundesnachrichtendienst?

Zeuge R. C.: Juristisch kann ich hier keine Auskunft geben. Sie waren Teil des Teams. In fachdienstlicher Hinsicht unterstanden sie dem Dienst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem Dienst?

Zeuge R. C.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben auch Anweisungen entgegengenommen.

Zeuge R. C.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel?

Zeuge R. C.: Die Anweisungen, entsprechende Person aufzusuchen und zu befragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und war das irgendwo schriftlich geregelt?

Zeuge R. C.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kam das häufiger vor, oder kennen Sie andere Fälle, dass der BND Mitarbeiter ausländischer Dienste praktisch einstellt, in Teams gemeinsam mit Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Natürlich!)

Zeuge R. C.: Ich sage mal, eine Kooperation besteht auf vielen Ebenen. Das ist ganz natürlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, also jetzt werde ich langsam ungeduldig, Herr - - Sie - - Das war doch - - Gibt es einen anderen Fall, dass in einer Organisation

des Bundesnachrichtendienstes Mitarbeiter ausländischer Dienste mitarbeiten, die dienstrechtlich da eingepasst sind, also nicht, dass Sie mal Informationen weitergeben oder auch irgendeine Aktion gemeinsam machen, sondern dass Sie dienstrechtlich denen - - die ausländischen Dienste eingegliedert haben?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu die Bundesregierung. Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Sofern es so was geben würde, was ich jetzt nicht sage hier, wäre es nicht untersuchungsgegenständlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Wir reden jetzt über die Asylbefragungen mit den Amerikanern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre aber auch die Zeit mit dieser nicht untersuchungsgegenständlichen Frage rum. - Und wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, nämlich der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich wollte auf das Thema zurückkommen, was ich am Ende der letzten Befragung mit Ihnen besprochen hatte. Es ging um die militärischen Ziele und die Weitergabe von Informationen, die militärische Ziele enthalten. Und dann sagten Sie, es käme auf die Definition an „Was ist ein militärisches Ziel?“, und Sie sagten, Sie geben, was Sie haben, an die auswertende Stelle, und die gebe es dann weiter oder würde es weiterleiten und dann eben auch entscheiden: Was ist ein militärisches Ziel oder nicht? - Jetzt nur noch mal zum Verständnis: Die auswertende Stelle ist dann Ihre Abteilung Auswertung innerhalb des BND und noch kein AND oder eine sonstige Stelle. Ist das richtig?

Zeuge R. C.: Richtig, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Die Kollegin Mittag hatte Sie auch danach gefragt, wie das



Nur zur dienstlichen Verwendung

denn sei auch mit Zugriffsmöglichkeiten auf die Akten bzw. wie das dann auch ist mit der Weiterleitung der Befragungsergebnisse an den AND. Und mich würde da noch mal konkret interessieren, wenn Sie jetzt gemeinsame Befragungen machen, aber besonders wenn der AND die Befragungen alleine macht, wie dann das, sage ich mal, gerade in der Praxis abläuft. Sie haben gesagt, Sie haben keinen Zweifel daran, dass Sie auch die Ergebnisse mitgeteilt bekommen haben. Aber wie muss ich mir das vorstellen? Schreiben Sie sich das auf? Tippen Sie das in einen Laptop ein? Machen Sie da irgendwie ein Wortprotokoll? Oder haben Sie da irgendwie ein Notizbuch? Gibt es da eine Akte? Hat jeder eine eigene Akte? Wie machen Sie das? Kriegen Sie dann von dem Kollegen irgendwie die Akte, oder macht der Ihnen da eine Abschrift? Oder wie ist das gelaufen?

Zeuge R. C.: Nein, dazu muss ich wieder auf die Befragungspraxis eingehen. Das klassische Arbeitsmittel des Befragers ist Bleistift und Papier. Das heißt, Sie gehen raus, sitzen dieser Person gegenüber, in aller Regel, und in der Masse der Fälle haben Sie auch kein technisches Equipment dabei, sondern Sie stellen fest, was bringt diese Person mit, machen sich dazu entsprechend Notizen, stellen Fragen, schreiben die Antworten mit. Mit diesen handgefertigten Notizen gehen Sie zurück an Ihre Außenstelle und setzen das um entweder in eine fertige Meldung, wenn es tatsächlich zu einem Informationsgewinn kam, oder aber in ein sogenanntes Aviso - darüber haben wir auch gesprochen -, das im Prinzip darlegt, über welche Kenntnisse die Person verfügt, wo Sie sagen: Da muss man tiefer eingreifen. - Dann bieten Sie - - Nein, beides bzw. eins davon, je nachdem, was Sie erstellen, aber beides würde im Prinzip an die Auswertung gegeben. Ist es eine Meldung, freut sich die Auswertung, wenn es einen echten Informationsgewinn bedeutet. Wenn sie, ich sage mal, keinen Gewinn draus ziehen kann, kommt auch ein negatives Feedback zurück, so nach dem Motto „Ist uns schon bekannt“ oder „Ist nicht zielgerichtet, kein weiteres Interesse“. Wenn wir ein Aviso schicken, dann wird sie darauf antworten: Jawohl, befragte Person scheint von Interesse zu sein; bitte folgende Fragen beim nächsten Besuch stellen, auf die wir uns eine Antwort erhoffen. - So, das heißt, es ist

immer zielgerichtet. Von Ihren Notizen fertigen Sie eine Meldung in aller Regel, und diese Meldung wird dann EDV-technisch eingestellt, weitergeleitet.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Ihre Notizen bleiben in der Papierakte, die werden dann nicht - -

Zeuge R. C.: Nein, nein, nein, die gehen irgendwann in den Reißwolf.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Also, und die leiten Sie nie, so wie sie sind, auch an die Auswertung oder - -

Zeuge R. C.: Nein, ich liefere immer das Ergebnis. Das, was ich aus dieser Befragung mache, das wird die Meldung, und die wird entsprechend eingespeist und weitergegeben. Meine handschriftlichen Notizen, die außer mir keiner lesen kann und ich selber nach einem Jahr auch nicht mehr, die werden dann vernichtet.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und was bekommen Sie von dem Partnerbefrager? Dessen handschriftlichen Zettel oder das, was der dann auch zusammenfasst?

Zeuge R. C.: Von dem bekomme ich die Meldung, -

Nina Warken (CDU/CSU): Die Meldung.

Zeuge R. C.: - die er aus seinen Notizen dann entsprechend fertigt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wenn Sie es gemeinsam machen, machen Sie sich dann beide Notizen und erstellen dann eine gemeinsame Meldung oder jeder eine eigene?

Zeuge R. C.: Wenn wir gemeinsam befragen, macht sich jeder auch selber Notizen. Und wir fügen dann das zu einer gemeinsamen Meldung zusammen; denn es gibt keine mehreren Meldungen zu einer Befragung, sondern es gibt dann eine gemeinschaftliche, die aus diesen beiden Notizen zusammengefügt wird. Wenn er natürlich nur als Sprachmittler fungiert, dann liest er über das,



Nur zur dienstlichen Verwendung

was der andere Part erstellt, möglicherweise noch mal drüber. Er macht sich selber keine Notizen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ich würde Ihnen gerne noch mal ein Dokument vorlegen lassen. Und zwar ist das ein Tagungsprotokoll der sogenannten BFFÜ-Tagung vom 24. bis 25.10.2007. Da waren Sie wahrscheinlich noch nicht dabei, weil Sie erst später dann in die Position kamen.

Zeuge R. C.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Das ist MAT A BND-2/1d, Ordner 346, Blatt 34 f., VS-NfD. Dort heißt es auf Blatt 38 unter der Überschrift „Sperrung von Quellen aus PAL, LBN und SYR für AND“ wie folgt - ich zitiere -:

Auch auf Nachfrage bei der Leitung gab es keine Veränderung der derzeitigen Regelung. Die Sperrung trifft jedoch nicht grundsätzlich alle Meldungen. Betroffen sind Ortsangaben und -beschreibungen, Koordinaten, sowie militärisch-taktische Informationen. Die Leitung entscheidet im Einzelfall, ob eine gesperrte Meldung weitergegeben wird. Es muss daher unbedingt vermieden werden, dass die integrierten Partner von einer gesperrten Quelle/Meldung Kenntnis erlangen, da dies die Entscheidung der Leitung vorwegnehmen würde. Vorprüfungen und Befragungen von Quellen aus diesen Ländern sind entsprechend ausschließlich durch PI-Befrager durchzuführen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge sowie RD Philipp Wolff (BK) nehmen Einblick)

Können Sie mir sagen, von wann die genannte derzeitige Regelung, die praktisch die Weitergabe von militärisch-taktischen Informationen ausschloss bzw. von einer vorherigen Leitungsentcheidung abhängig machte, stammt?

Zeuge R. C.: So, ich bin noch nicht ganz so weit. Das dauert jetzt noch ein bisschen, bis ich das alles gelesen habe.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, lassen Sie sich nur Zeit.

(Der Zeuge liest weiter in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zeuge R. C.: Ja, also, mir ist zumindest bekannt, dass diese Länder für den AND gesperrt waren. Das ist zu meiner Kenntnis gelangt. Wie das Prozedere vor diesem Zeitraum war, kann ich Ihnen nicht sagen. Als ich Befragerführer war, gab es diese Regelung bereits, und darauf haben wir natürlich auch geachtet, das entsprechend umzusetzen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und was der Auslöser für die Regelung war, wissen Sie nicht, oder - -

Zeuge R. C.: Nein, nein, kann ich Ihnen nicht sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es Fälle, in denen die Informationen den Partnern dann dennoch zur Kenntnis gelangten?

Zeuge R. C.: Ich kenne keinen Fall; sagen wir es mal so. Von anderen Dienststellen kann ich es nicht ausschließen. Ich persönlich kenne keinen Fall.

Nina Warken (CDU/CSU): In einem anderen Dokument, vom 19. Dezember 2008 - das ist MAT A BND-2/3d, Ordner 379, Blatt 48 f., VS-NfD -, heißt es in dem Zusammenhang - also, ich bin jetzt auf Blatt 51; ich zitiere -:

Gem. der Weisung L 12C aus dem Jahre 2006 sollen bei Qubef aus LBN, PAL, JOR, ISR, und SYR keine alleinigen Kontakte durch AND-Befrager erfolgen. Anlass hierzu war der „BND-Untersuchungsausschuss“ im Nachgang des Einmarsches amerikanischer Truppen in den Irak. Seit dieser



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeit können gewonnene Informationen, die nicht einen militärisch-taktischen Inhalt haben, an die integrierten AND weitergegeben werden. Ansonsten bedarf es jeweils der Genehmigung zur Weitergabe an AND durch die Leitung.

Können Sie mir das mal näher erläutern, das Verfahren? Wie sah das aus Befragersicht konkret aus?

Zeuge R. C.: Sie bekommen ja entsprechend Protokolle aus unterschiedlichen Ländern. Sobald ein Protokoll auftauchte, dessen Gegenstand eine Person aus einem dieser genannten Länder war, das wir auch tatsächlich bearbeitet haben, haben wir natürlich in den Außenstellen darauf geachtet, dass der Partner dazu keinen Zugang hatte, einmal zu den Unterlagen, und natürlich haben wir auch keinen der Partner dorthin entsandt, das heißt, wir haben das dann tatsächlich im nationalen Bereich gehalten.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, muss man davon ausgehen, dass zumindest bis 2006 dann militärisch nutzbare Befragungsergebnisse durchaus an die Partner weitergegeben wurden?

Zeuge R. C.: Vermutlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Und auch nach 2006 war, wenn ich es richtig verstehe, zumindest im Einzelfall eine Weitergabe möglich, wenn ich den Wortlaut richtig verstehe. Und nach welchen Kriterien wurde dann entschieden, welche Informationen weitergegeben wurden und welche nicht?

Zeuge R. C.: Ich kann mich jetzt nur an Diskussionen erinnern, die da lauteten: Es dürfen keine exakten Koordinaten weitergegeben werden. - Das ist ja auch schon mal thematisiert worden. Insofern war es durchaus, nicht in den Außenstellen, aber in der Führungsstelle, Praxis, bei Geokoordinaten, genauen Angaben, diese Koordinaten einfach für die Weitergabe an Partner zu entfernen, sodass also - - Wenn ich jetzt sage, die Alte Pinakothek in München - und gebe da die genau Koordinate dazu - stellt neue Bilder aus, dann würden die Meldungen entsprechend,

wenn sie die an den Partner weitergeben, eben lauten, dass die Alte Pinakothek neue Bilder ausstellt. Aber sie geben nicht noch die genaue Koordinate dazu. Das heißt, diese Informationen, die wirklich exakt auf ein Objekt hindeuten, werden nicht weitergegeben. Diese Diskussion gab es.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt sagen: „Diese Diskussion gab es“, wie wird es dann gemacht? Also, Informationen, die eben nicht den militärisch-taktischen Inhalt haben, können weitergegeben werden, und das, was Sie jetzt gesagt haben, kann nicht weitergegeben werden?

Zeuge R. C.: In den Außenstellen wurde natürlich alles weitergegeben, komplett in die Meldung, damit es verfügbar ist erst mal. Die Bereinigung erfolgt ja an anderer Stelle.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber es gab dann die Bereinigung anhand der Kriterien, okay. - Wie oft gab es nach 2006 Weitergabe dann militärisch nutzbarer Befragungsergebnisse? Oder gab es die gar nicht?

Zeuge R. C.: Wie gesagt, das ist ein schwieriges Feld, zu sagen „militärisch nutzbar“. Vielleicht dass wir wirklich auch anhand von verschiedenen Beispielen in nichtöffentlicher Sitzung darauf eingehen. Ich denke, das macht Sinn.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Was wir jetzt besprochen haben, galt ja jetzt für die Länder, die ich vorhin genannt habe: Libanon, Palästina, Jordanien, Israel, Syrien. Aber was ist da jetzt der Unterschied zu anderen Quellen?

Zeuge R. C.: Wie gesagt, ich kenne die Grundlage nicht, aufgrund derer diese Entscheidung gefallen ist. Darum kann ich da auch nichts zu sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): War es in der Praxis anders bei anderen Ländern?

Zeuge R. C.: Ja, natürlich. Sie wissen ja, dass Partnerbefrager auch alleine entsprechend andere Personen befragt haben, aber eben nicht aus diesen genannten Ländern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann hat der Kollege noch Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich habe noch eine Frage, in die ich jetzt erst mal so ein bisschen einleiten muss, damit Sie den Hintergrund verstehen. Sie sind ja eben mal gefragt worden - da konnten Sie natürlich nicht drauf antworten, weil es die jetzige Zeit betrifft -, ob Sie es für sinnvoll halten, dass etwas wie die HBW heute noch stattfinden würde - - was die HBW macht. Wie gesagt, Sie können nicht drauf antworten, ist nicht der Untersuchungsgegenstand. Ich prinzipiell würde das für mehr als sinnvoll halten, wenn aus Ländern, wo jetzt zurzeit Krieg, Bürgerkrieg herrscht, wo Menschen zu uns kommen - so war das ja auch schon damals -, entsprechende Befragungen stattfinden, dass man Erkenntnisse gewinnt, dass man über die Sicherheitslage Erfahrungen gewinnt, dass man die Menschen, die ja einen ganz, ganz breiten Hintergrund haben, Erkenntnisse haben, befragt. Ich würde mir wünschen, fast jeder würde befragt werden - das wäre mein Hintergrund -, und die Erkenntnisse könnten genutzt werden.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hätten sie aber
viel zu tun!)

- Ja, „viel zu tun“ sagt der Kollege von Notz. Das muss ja nicht heißen, dass es umso falscher ist. Also, wie gesagt, ich kann ja nur sagen, dass ich mir so etwas wünschen würde, diese Erkenntnis, die da gewonnen wird, dass man die auch nutzbar macht.

Jetzt frage ich mich, weil wir ja in einem Untersuchungsausschuss sind, der sich beschäftigt mit dem, was ausländische Nachrichtendienste hier machen, über massenhafte Datenerhebung: Hat es aus Ihrer Sicht - Sie haben eben mal so eine Zahl genannt: mittlerer dreistelliger Wert, sagten Sie - hier massenhafte Datenerfassungen bei Asylanten gegeben? Würden Sie das so beschreiben: massenhafte Datenerfassung?

Zeuge R. C.: Nein. Ich glaube, ich hatte es ja auch erwähnt in dem Zusammenhang, dass das, was

wir vom Bundesamt angeboten bekamen, schätzungsweise im einstelligen prozentualen Bereich liegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also das Thema massenhaft können wir hier ausschließen, ist eher individuell.

Zeuge R. C.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei Ihnen war es auch so, dass man oft bei den Erstbefragungen dann schon erkannt hat, das geht nicht viel weiter; aber bei manchen, dann ging es bis zu zwei-, drei-, vier-, Sie sagten, bis zu zehnmal Befragungen weiter. Wie würden Sie das Verhältnis sehen: Erstbefragung, danach hat man gesagt, das bringt nicht mehr, und zu denen, die dann in die Tiefe gegangen sind, bis zu zehn? Wie würden Sie das sagen? Halbe, halbe?

Zeuge R. C.: 90 bis 95 Prozent einmalige Befragungen, der Rest dann länger andauernd.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das spricht aus meiner Sicht jetzt nicht für eine massenhafte Datenerhebung bei Asylbewerbern.

Zeuge R. C.: Die hat auch nicht stattgefunden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. C.: Wie gesagt, die Anzahl der Protokolle, die wir bekommen haben nach meiner Schätzung - wie gesagt, man müsste es ausrechnen -: im einstelligen Prozentbereich. Die Personen, die tatsächlich von uns kontaktiert wurden, die würde ich eher in den Promillebereich einstufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Es stellt sich für mich auf der anderen Seite die Frage: Was hat der ausländische AND hier gemacht? War das alles ganz dramatisch und haben sich daraus, wie der Kollege Ströbele das bewertet, ganz schlimme Folgen ergeben? Wenn ich es richtig sehe, was Sie gesagt haben, hat doch der ausländische Nachrichtendienst Sie als HBW in Kenntnis gesetzt - der hat ja auch unter dem Label HBW firmiert -, was die gemacht haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder würden Sie jetzt sagen: „Gefühlsmäßig wissen wir gar nicht, was die gemacht haben“?

Zeuge R. C.: Nein. Ich gebe Ihnen da sehr gerne eine Antwort drauf. Da kann ich Ihnen auch eine Antwort drauf geben, aber wirklich nur nicht-öffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Dann warten wir das nichtöffentlich ab. - Kann es sein, weil die ja unter ihrem Label firmiert haben - -Die hatten auch so irgendwie irgendwas, womit sie sich als HBW ausgewiesen haben, nicht? Oder sagten die einfach: „Ich bin HBW“? Hätte ich das damals gewusst, hätte ich da auch hingehen können und sagen: „Ich bin auch HBW“, oder hatten die irgendwie einen Hausausweis, Dienstausweis?

Zeuge R. C.: Auch das hatten wir ja schon gesagt, dass wir das in die nichtöffentliche hinten dranhängen bitte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil ich frage mich einfach, ob es einem ausländischen AND gelungen sein könnte, also jetzt hier der DIA, viele Datensätze abzuschöpfen, von denen Sie gar nichts mitgekriegt haben. Sie bewegen sich im Promillebereich und denken: „Ach Gottchen, jetzt haben wir endlich mal wieder einen, wo wir das dritte Mal, vierte Mal hinfahren können“, aber die sind so richtig intensiv ohne die Kenntnis des BND unterwegs und schöpfen endlose Daten ab, Geodaten, Lokalisationsdaten, ganze Waffenproliferationsnetze, Waffenschmuggelwege etc. Das wissen die alles, und Sie denken: Ach Gottchen, ist das eine lahme Angelegenheit hier. - Kann das sein, dass da so Parallelwelten existiert haben zwischen diesen beiden Nachrichtendiensten? Oder wussten Sie, was die machen? Ohne ins Detail zu gehen.

Zeuge R. C.: Grundsätzlich, vom System her, so wie es angelegt war, war es eigentlich ausgeschlossen. Was auf anderem Weg beschafft werden konnte, beschafft worden ist - ich sage mal,

auch bewusst Eindringen in Datennetze oder Sonstiges -, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber von dem System, so wie das integrierte Befragungswesen aufgebaut war, war es eigentlich unmöglich für diese Dienste, an diese Daten zu gelangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Letzte Frage dazu: Wissen Sie, ob nach der Befragung durch die HBW dritte ausländische Nachrichtendienste, vielleicht mit völliger Kenntlichmachung ihrer Herkunft, also mit einem CIA-Ausweis, mit einem NSA-Ausweis, mit einem DIA-Ausweis, zu den Personen gegangen sind und gesagt haben: „Mensch, wir haben noch mal Fragen an euch; wir sind die Guten; sagt uns doch mal, was dort vorliegt und arbeitet doch mit der DIA zusammen“ beispielsweise? Wissen Sie von solchen Gegebenheiten?

Zeuge R. C.: Nein, ich kenne keinen Fall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre das möglich gewesen aus Ihrer Sicht, dass man zu dem Befragten, also von Ihnen befragten Herrn X beispielsweise, nach ein paar Monaten, wenn er sich denn dann in Deutschland aufhält, hinget und - -

Zeuge R. C.: Ich kann es nicht ausschließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, so was könnte theoretisch stattgefunden haben, dass man da hinget und sagt: „Ich bin der Herr Y von der CIA; wir sind doch die Guten; erzählen Sie uns doch mal, was in Ihrem Land abgeht, und legen Sie mal alles auf den Tisch hier“, und der sagt: „Why not“?

Zeuge R. C.: Ausschließen kann ich es nicht; aber, wie gesagt, mir ist kein Fall bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, danke. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich mache weiter. - Waren Sie dienstlich auch mal in den USA? - Ja, das Nicken - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: Ja, nicht im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand, aber im Untersuchungszeitraum.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist dann für uns noch untersuchungsgegenständlich, wie man so schön sagt.

Zeuge R. C.: Nein, weil es den Gegenstand nicht betrifft.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das hatte nichts - -

(RA Johannes Eisenberg: Ist das Untersuchungsgegenstand?)

Zeuge R. C.: Sagen wir mal so: ab dem Zeitpunkt meiner Tätigkeit fürs Befragungswesen nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich verstehe das mal so als mögliche Antwort; wir fragen ja auch nach Berufsqualifikation etc. Da macht das Sinn, wenn man Nähe zum amerikanischen Partner vielleicht deutlich macht. Von daher ist das eine Antwort, die zulässig war, und auch eine Frage, die zulässig war. Also, das Gesamtbild abzurunden, finde ich völlig okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, Sie waren vorher mal in den USA. - Waren Sie hier in Deutschland auch in US-Liegenschaften in Ihrer Zeit bei der HBW?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht in US-Liegenschaften der US-Armee?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch in keinen anderen US-Liegenschaften?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen - - Ach, genau: Sie haben vorhin gesagt, die Mitarbeiter

waren dienstrechtlich dem BND unterstellt. Bezahlte wurden sie aber nicht vom BND, oder?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, Sie waren weisungsbefugt gegenüber den Amerikanern.

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Heißt das auch, die Fach- und Rechtsaufsicht wurde von Ihnen ausgeübt? Wenn man nicht bezahlt wird - - Also, das ist ein bisschen schwierig. Also, ich kann mir kaum vorstellen, dass man von jemand anderem bezahlt wird, der über einen keine Verfügungsgewalt hat, und ein Dritter da die Verfügungsgewalt ausübt.

Zeuge R. C.: Das geht jetzt ein bisschen ins Verwaltungsrecht rein. Ich kann es Ihnen so nicht wirklich nachvollziehbar oder mit entsprechender Rechtssicherheit beantworten. Sie müssen sich das eher vorstellen - ich nenne fast mal das Beispiel - wie Austauschschüler. Wenn Sie Austauschschüler haben und Sie schicken Schüler, ich sage mal, in die USA, die dann dort in die Schule gehen, gehen die dort auch mit in diese Klasse, sind dort mit integriert, und so haben wir auch die Partner bei uns entsprechend integriert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich sage dazu nichts. Also, wer da der Schüler und der Lehrer ist, ist, glaube ich, uns mittlerweile klar. - Diese Meldungen, die Sie bekommen haben von den amerikanischen Mitarbeitern, sind Ihnen ausgedruckt übermittelt worden, oder haben Sie die per E-Mail bekommen oder als Datei? Wie sind die Meldungen zu Ihnen gelangt?

Zeuge R. C.: Die Meldungen, die der Befragte aus der Befragung bringt?

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Protokolle, genau; alles das, was der gemacht hat.

Zeuge R. C.: Die habe ich per Datei bekommen auf einem USB-Stick.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Auf einem USB-Stick. - Und das, was Sie gemacht haben, haben Sie auch auf einem USB-Stick in die andere Richtung weitergegeben?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja vorhin gesagt: Meldungen, die der BND bekommen, erstellt hat, -

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - hat teilweise auch der AND dann bekommen.

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wie?

Zeuge R. C.: Über eine zentrale Stelle, elektronisch übermittelt, aber nicht von mir.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber nicht in der HBW?

Zeuge R. C.: Nicht in der HBW.

Martina Renner (DIE LINKE): Automatisiert?

Zeuge R. C.: Dürfen Sie mich nicht fragen. Soweit ich weiß, war es mit Sicherheit eine bestehende Datenleitung; aber technische Details, da bin ich überfragt.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat der BND Flüchtlinge, Asylsuchende auch außerhalb des Bundesgebiets befragt?

Zeuge R. C.: Ist mir zumindest nicht bekannt, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat die DIA auch Flüchtlinge, Asylsuchende auch außerhalb des Bundesgebiets befragt?

Zeuge R. C.: Ich kann mir jetzt keinen Fall denken. Also, ich denke darüber nach; aber mir ist nichts bekannt. Ich kann mir auch keinen Fall jetzt irgendwie konstruieren.

Martina Renner (DIE LINKE): In den verschiedenen Behörden - aber auch im Bundeskanzleramt -, also BfV und BND, spielte die Tötung eines Staatsbürgers und eines anderen aus Deutschland Stammenden im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet im Oktober 2010 eine große Rolle, die Tötung Bünyamin Erdogans. Haben Sie auch an diesen Diskussionen teilgehabt?

Zeuge R. C.: Nein. Ich kenne diese Geschichte; aber der Fall als solcher kam nie zur Bearbeitung irgendwie zu mir, und ich habe mich da auch nicht beteiligt.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte der Fall denn irgendwelche Konsequenzen für Ihre Arbeit?

Zeuge R. C.: Nicht, dass es so ersichtlich gewesen wäre.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was war - - Ja, gut. Also, was war dann weniger ersichtlich? Was war indirekt die Folge?

Zeuge R. C.: Das ist jetzt eigentlich irgendwie spekulativ. Es ist schwierig, zu sagen, dass sich genau ab dem Zeitpunkt irgendwas geändert hat, das ich jetzt darauf zurückführen würde. Also, ich kann Ihnen da gar keine Antwort geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat sich der Umgang mit Telefonnummern ab da geändert vielleicht? Die letzten Ziffern ge-x-t?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Zielkoordinaten verändert ab da? Wurden GPS-Daten erhoben? Das sind Zielkoordinaten; wir müssen da ja nicht lange drum rumreden.

Zeuge R. C.: Ja, wir hatten schon darüber gesprochen, dass ja ab einem bestimmten Zeitpunkt die Koordinatenangabe weggefallen ist; aber das war ja schon vorher.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das war die Weisung, die die Kollegin Warken zitiert hat. Aber ich frage - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. C.: Ja, aber für mich waren ab 2010 oder 2011 irgendwelche Veränderungen nicht erkennbar.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Ich würde Ihnen gerne eine Akte vorhalten. Ich muss aber ganz kurz noch mal, bevor die Kollegin Ihnen die bringen kann, die Nummer hier sagen. Das ist Tagbuchnummer 233/16, MAT A BND-50/1, und hier die Seite 17; das ist wieder so ein stiller Vorhalt. Da ist so ein Klebezettel angebracht, und zu der Zeile würde ich gern was wissen wollen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick und beraten sich)

Da kann man ja entnehmen - das ist ja jetzt auch kein Geheimnis -, dass der eigene Mitarbeiter dabei war und der des ausländischen Nachrichtendienstes, und dann ist da noch eine dritte Person dabei. Können Sie uns sagen, was das für eine - - also wer noch außer ausländischem Nachrichtendienst und deutschem Nachrichtendienst an Befragungen teilgehabt hat, was das da bedeutet?

Zeuge R. C.: Ja, problematisch, weil es natürlich ein eingestuftes Dokument ist. Insofern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber könnten - - Waren neben ausländischem Nachrichtendienst und deutschem Nachrichtendienst noch dritte Behörden, irgendetwas beteiligt, also jetzt abstrahiert von dieser Zeile?

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Das heißt, was dort in der dritten Spalte steht, das ist auch dem BND oder dem AND zuzuordnen?

Zeuge R. C.: Das betrifft jetzt die Befragungspraxis - das kann ich Ihnen nicht sagen -, und zwar: Wir haben uns entsprechend Personen bedient als Sprachmittler.

Martina Renner (DIE LINKE): Dolmetscher?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die auch dabei waren?

Zeuge R. C.: Ja, und da war ein Sprachmittler dabei. Das steht auch in der Bezeichnung drin, dieses „OpSpm“, „Operativer Sprachmittler“.

Martina Renner (DIE LINKE): „Operativer Sprachmittler“, da muss man ja erst mal drauf kommen. - Dann würde ich noch gerne wissen - es ist auch schon mal gefragt worden -, ob Sie Informationen zum Inland erhoben haben. Da haben Sie gesagt: Nein. - Dann würde ich ganz konkret noch mal nachfragen. Unter den Befragten waren ja auch solche, die in oppositionellen Organisationen in ihren Herkunftsländern tätig waren, die in Deutschland über so etwas wie sogenannte Exilorganisationen verfügen und gegebenenfalls ja hier auch angesprochen werden, tätig werden. Hat man zu solchen Aktivitäten in Deutschland auch Informationen erfragt?

Zeuge R. C.: Nicht, dass ich wüsste. Mir ist kein Fall bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie in Ihrer Zeit in der HBW irgendwelche Fälle von, ich sage mal, disziplinarischen Maßnahmen in Kenntnis bringen können? Also, gab es irgendwelche Vorgänge, wo mal vonseiten der Rechts- und Fachaufsicht auf Befragter eingewirkt wurde, dieses oder jenes zu unterlassen oder - -

Zeuge R. C.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es - das ist jetzt ganz allgemein - bei den Meldungen, die dort seitens der Amerikaner erstellt wurden, auch ein Verfahren, wie diese gegebenenfalls mit Dritten noch geteilt werden?

Zeuge R. C.: Grundsätzlich war es „Freigabe für AND“ oder „Nicht Freigabe“, wie gesagt. Und wenn die DIA, wie ich es schon erzählt hatte, entsprechend die Meldung bekommen hat - - Es hat sich unserer Kenntnis entzogen, was danach passiert ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nun gibt es ja eine Zweckbindung bei Daten - das wäre meine letzte Frage -: Wie wurde kontrolliert seitens der HBW, dass der AND die Daten nur zu den vereinbarten Zwecken benutzt?

Zeuge R. C.: Es waren ja keine Weitergaben von entsprechenden Daten zu den befragten Personen; das war eigentlich immer anonymisiert in der Weitergabe. Das heißt, das waren ja Informationen zu Fachkomplexen. Das war jetzt nicht irgendwo entsprechend einer Restriktion unterlegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine personenbeziehbaren Daten, meinen Sie?

Zeuge R. C.: Nicht auf den Befragten.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber auf andere Personen; die haben auch Rechte.

(Zuruf)

- Ja. - Die Zweckbindung würden wir gerne dann noch mal weiterdiskutieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. Wir haben in öffentlicher Sitzung jetzt nur noch ein paar wenige Fragen. - Herr C., die Leiterin der Stelle, die war ja bei uns auch schon Zeugin gewesen. Wir hatten ihr damals auch schon mal die Frage gestellt, dass die HBW ja insgesamt über vier Außenstellen verfügt hat, knapp 100 Mitarbeiter, etwa die Hälfte davon waren Befragter - etwa die Hälfte -, und dass man dann sozusagen eine Situation hatte, dass pro Jahr 300 Flüchtlinge, Asylbewerber befragt worden sind.

Also, ich war damals schon sehr stutzig, weil ich, wenn ich diese Relation aufgemacht habe, also 100 Mitarbeiter, 50 Befragter, selbst wenn ich jetzt

nur auf die Befragter insgesamt abstelle, dann zu einem Ergebnis komme mit 300 Befragungen. Dann heißt das, wenn ich jetzt mal das ganz banal teile, dass ein Befragter im Jahr sechs Befragungen durchgeführt hätte, was mir irgendwie eher Ausmaße eines Hobbys hat als nach einer Vollzeitbeschäftigung aussieht.

Zeuge R. C.: Nein; dazu muss man natürlich Stellung nehmen. Zum einen: Diese Anzahl bezieht sich, vermute ich mal, eher auf das Ende des Untersuchungszeitraumes, ich sage mal so, die Jahre 2011, 2012, 2013, also die letzten drei Jahre. Da ging das Aufkommen an entsprechend interessanten Personen rapide nach unten. Ich behauptete mal: In den Jahren zuvor dürften es mehrere gewesen sein, also mehr als die 300.

Christian Flisek (SPD): Können Sie da - - Wie viel mehr? 310 oder 3 000?

Zeuge R. C.: Nein, auch keine 3 000. Man muss die Anzahl der befragten Personen, die Anzahl der Befragungen, die durchgeführt werden, und die Anzahl der Meldungen, die daraus resultieren, irgendwo in eine Relation bringen. Wir haben einen Grundstock an befragten Personen, wir haben etwas mehr an Befragungen, weil ja doch verschiedene Personen mehrfach befragt werden, und wir haben, sage ich mal, eine Mehrzahl von Meldungen, weil wir natürlich hoffen, dass aus einer Befragung nicht nur eine Meldung rauskommt, sondern vielleicht sogar zwei, drei, vier, im Glücksfall vielleicht sogar fünf. Dann muss man dazusagen - - Also, das zum einen.

Zum anderen: So eine Befragung vom Beginn bis zum Abschluss ist ein langwieriger, ist ein intensiver Prozess. Das heißt, wenn ein Befragter Kenntnis erhält von der Person, dann versucht er, sich auf die Befragung auch noch entsprechend vorzubereiten, einzustimmen: Wo kommt der her? Was brauche ich eventuell für Unterlagen? Muss ich erst noch Rücksprache halten mit der Auswertung, damit die mich noch mit Hintergrundinformationen zu der Region anfüllt? - Er muss entsprechend seine Anträge stellen, dass er die Person überhaupt kontaktieren darf; die müssen genehmigt werden. Es zieht also auch ein gewisser Zeitraum ins Land, und es passiert viel,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und es wird viel Papier schwarz gemacht, ehe ich eine Person tatsächlich kontaktiere.

Dann muss der Kontakt hergestellt werden. Dann fährt der dorthin, befragt. Wenn er zurückkommt, fängt er an, seine Aufzeichnungen entsprechend zu überarbeiten. Dann sagt er so: Was mache ich da jetzt draus? Kann ich eine Meldung schreiben, kann ich vier, kann ich fünf? - Dann fängt er an, die entsprechend zu erstellen, lässt eventuell noch jemanden mal drüberlesen. Dann schreibt er seinen Bericht dazu. Also, Sie sehen: Es hängt mehr dran.

Dann muss man auch dazusagen, dass die Befragter ja nicht immer präsent sind, zum einen, weil sie eben auch Abwesenheitszeiten haben - ich habe es ja schon mal gesagt -: urlaubsbedingt, krankheitsbedingt. Es ist also nicht unüblich gewesen, dass ich an der Dienststelle mit zwei Befragern vorliebnehmen musste, und entsprechend haben sie auch manchmal noch andere Aufgaben wahrgenommen, die aber nicht, ich sage mal, Untersuchungsgegenstand sind.

Christian Flisek (SPD): Mhm, andere Aufgaben, die nicht Untersuchungsgegenstand sind. - Ich meine, ich hatte ja vorhin gesagt so ein bisschen flapsig: Waren es 3 000 dann in Hochzeiten? - Da haben Sie gesagt: Nein, auf keinen Fall. - Weil ich würde jetzt mal - - Wenn ich jetzt nur mal hergehe und noch mal diese Relation versuche zu bringen, abgesehen jetzt von Urlaub und Krankheitszeiten - - Aber das, was Sie mir da schildern - - Also, ist das völlig, unglaublich vermessenen von mir, zu behaupten, dass man so eine Befragung pro Person in einer Woche durchziehen könnte?

Zeuge R. C.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Vielleicht auch kürzer?

Zeuge R. C.: Nein. Ich sage mal, „eine Befragung pro Person, eine Woche“ ist ein angemessener Ansatz.

Christian Flisek (SPD): Eine Woche? Also, eine Person - - Ein Befragter ist eine Woche beschäftigt

damit, einer Person Fragen zu stellen, wo er nicht weiß, was das am Ende bringen kann.

Zeuge R. C.: Das ist nicht abwegig, ja.

Christian Flisek (SPD): Gab es nie mal irgendwie jemanden, der das, diesen Mitteleinsatz, hinterfragt hat? Also, ich meine, ich habe volles Verständnis dafür - - Also, ich meine, da bin ich in der Wortwahl ein bisschen anders. Aber der Vorsitzende hat ja gesagt, dass es da einen Bedarf gibt, solche Leute zu befragen, und man sich bei uns im Parlament eher die Augen reibt, dass in Zeiten, wo ja jetzt solche Mengen von Flüchtlingen kommen, diese Stelle nicht mehr existiert, wobei ich davon ausgehe, dass es trotzdem entsprechende Schnittstellen zwischen dem BAMF und den Sicherheitsbehörden gibt nach wie vor, aber - -

Zeuge R. C.: Sagen wir mal so: Die organisatorische Aufstellung der HBW oder des Befragungswesens war ja nicht meine Aufgabe, auch nicht meine Verantwortung. Insofern bin ich vielleicht teilweise der falsche Ansprechpartner. Zum anderen - -

Christian Flisek (SPD): Wir reden nicht über Auf- - Noch mal - damit wir auch Klarheit haben -: Wir reden ja nicht über Verantwortungen. Wir reden hier über Sachverhalte, über Ihre Wahrnehmungen, und ich interessiere mich einfach dafür: Haben wir es hier mit einer Stelle zu tun - sehen Sie es mir einfach nach -, wo man im Wesentlichen damit beschäftigt war, Däumchen zu drehen, die da irgendwo im Verborgenen ihren Dienst verrichtete und eben dann vor allen Dingen, sage ich mal, viel Energie investiert hat, um Dienstreiseanträge genehmigt zu bekommen, um irgendwohin zu fahren, oder fand tatsächlich eine Arbeit statt im Sinne von, dass die Menschen befragt worden sind, wo man geguckt hat: „Wie ermittle ich die potenziellen Zielpersonen, und wie kriege ich Ergebnisse, die dann auch entsprechend zu Meldungen führen können?“?

Zeuge R. C.: Sie können sicher sein, dass da Arbeit stattgefunden hat. Dass man natürlich auf entsprechende Zahlen reagiert hat, zeigen ja auch die rückläufige Anzahl an Befragern und auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Dienststellenschließungen, die stattgefunden haben. Das heißt, man hat ja festgestellt: Die Anzahl der Befragungen hat sich reduziert, die Anzahl der Meldungen hat sich reduziert, wir benötigen weniger Befragter dafür, wir benötigen weniger Dienststellen. Darum kam es ja auch entsprechend zu Personaleinsparungen und zu Dienststellenaufösungen. Das ist eine Konsequenz daraus.

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber das ist doch völlig antizyklisch. Ich meine, 2014 ist der Laden zugesperrt worden. Wir haben eine zunehmende terroristische Bedrohungslage. Verstehen Sie, ich kann mir das nicht erklären, wer da die politische Verantwortung dafür übernimmt, in so einer Situation so eine Institution, wenn sie denn jemals irgendwie funktioniert hat und zu brauchbaren Ergebnissen geführt hat, zu schließen. Verstehen Sie? Also, entweder - tatsächlich - das war eine Ansammlung von Low Performern und man hat sie deswegen geschlossen, oder es gab einen anderen Grund, den Sie vielleicht uns hier sagen können, wenn Sie ihn wissen oder Mutmaßungen darüber haben, aber - - Also, noch mal: Die Schließung passt nicht zusammen mit den Entwicklungen politisch, die wir wahrnehmen seitdem, und die Zahlen, die wir haben, passen auch nicht zu einer Aussage, wo ich jetzt sagen würde: Mensch, da ist richtig - -

Zeuge R. C.: Die Aussage hatten wir heute aber schon. Ich sage Ihnen ja: Meine persönliche Meinung ist die, dass wir so ein System bräuchten.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut; aber jetzt rechnen Sie das mal hoch. Bei den Zahlen, die wir zum Beispiel im letzten Jahr hatten, da wären Sie wahrscheinlich die größte Behörde der Bundesrepublik.

Zeuge R. C.: Man muss es natürlich auch so sehen: Nicht jeder, der hier ins Land kommt, verfügt über dezidierte Kenntnisse zu Anschlagplänen, Anschlagsvorbereitungen, zu entsprechenden Extremisten. Die Erkenntnis haben wir ja auch gewonnen, dass die Qualität der Informationen, die wir mit diesem Mittel abschöpfen konnten, abgenommen hat.

Christian Flisek (SPD): Ich weiß nicht, ob die Frage gestellt wurde, weil ich eine Zeitlang nicht da war. Aber was mich noch mal interessieren würde: Gab es konkrete Nachfragen auch in Bezug auf andere in Deutschland anwesende Asylbewerber, also dass man nicht nur gefragt hat über irgendwelche Personen in den jeweiligen Herkunftsländern, sondern dass man auch zum Beispiel jemanden befragt hat in Bezug auf andere Personen, die in derselben Unterkunft gewohnt haben, oder Ähnliches?

Zeuge R. C.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie verstehen, worauf ich hinaus will?

Zeuge R. C.: Ja, ja. - Nein, war auch nicht unser Aufgabengebiet. Als Auslandsna -

Christian Flisek (SPD): Also, ich mache es mal konkreter: dass man jemandem gesagt hat: „Pass mal auf, du wohnst da mit dem so und so zusammen. Ist dir was aufgefallen?“?

Zeuge R. C.: Ich sehe das eher - -

Christian Flisek (SPD): Und wenn der gesagt hat: -

Zeuge R. C.: Ja, ich weiß.

Christian Flisek (SPD): - „Ja, mir ist was aufgefallen; der hat komische Kontakte und so“, -

Zeuge R. C.: Ich weiß, worauf Sie hinauswollen.

Christian Flisek (SPD): - dass man dann gesagt hat: „Wir treffen uns in zwei Wochen noch mal wieder; nimm den mal ein bisschen genauer unter Beobachtung“?

Zeuge R. C.: Ja. - Nein, in diese Richtung ging unsere Fragestellung auch gar nicht. Das sehe ich eher als Aufgabe des BfV und nicht des BND.

(Zuruf)

Christian Flisek (SPD): Ja, gut. - Also, jetzt nochmal, um diese Zahlen abzuschließen: Für Sie als



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeiter - noch mal: verstehen Sie mich jetzt nicht falsch; ich will ja Sie da nicht persönlich angreifen; nur, es sind eben diese Zahlen sehr auffällig - ist das normal, dass Sie sagen: „Also, mit unseren 50 Befragern sind wir auf solche Quoten gekommen, und da waren wir relativ gut mit beschäftigt“?

Zeuge R. C.: 50 Befragter, sage ich mal, anfänglich. Zum Schluss waren es ja deutlich weniger - deutlich. Da waren es noch - - Ich müsste jetzt wirklich ungefähr mal nachrechnen: Was hatten wir zum Schluss vielleicht noch an Befragern? Vielleicht 15, keine 50, und dann sieht die Relation schon wieder anders aus. Ich würde mich auch jetzt nicht auf die 200 bis 300 wirklich so versteifen. Das können auch 400, 500 gewesen sein; ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, wo Sie die Zahlen herhaben, wer sie vorgelegt hat. Sie versuchen ja immer, auch Ihre Zeugen irgendwo mal dazu zu bringen, eine Zahl zu nennen. Dann nennt man auch eine Zahl. Dann sagt man - - Ich habe ja heute auch schon gesagt: „einstelliger Prozentbereich“ oder „geschätzt irgendwo mittlerer dreistelliger Bereich“. Sie sagen dann eine Zahl; die ist aber durch nichts begründet. Das ist auch so eine Art Bauchgefühl. Es ist schwierig, das zu sagen. Wenn man hier wirklich konkret was dazu sagen möchte, müsste man statistische Daten erheben.

Christian Flisek (SPD): Und die Tätigkeit - - Sie haben ja gerade gesagt, Sie sehen das als notwendig an, dass es so was geben müsste. Daraus schließe ich, diese Tätigkeit findet momentan nicht statt in dieser Form, wie Sie sie betrieben haben.

Zeuge R. C.: So ist es. Das hatte ich auch anfangs schon gesagt: Die HBW wurde geschlossen. Es gibt keine Nachfolgeorganisation. Es gibt keine Befragungen von Asylbewerbern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der letzte Teil - - Ich habe das so verstanden: wie die HBW - Punkt. Alles Weitere wäre ja Jetztzeit. Das wollen wir im Zweifel total gerne wissen; aber da müssen wir uns im Zweifel im Innenausschuss die Informationen holen.

Christian Flisek (SPD): Mhm, gut. - Dann haben wir in öffentlicher Sitzung erst mal keine weiteren Fragen an Sie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Fragen haben aber Bündnis 90/Die Grünen, und der Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beim letzten Punkt - ich frage noch mal direkt -, ob eine solche Nachfolgeorganisation jetzt - - Was ist denn los, Herr Wolff? Ich habe doch noch gar nicht gefragt.

(Heiterkeit)

Zeuge R. C.: Aber er soll es wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt warten wir ganz kurz. Ich habe auch die Zeit an- - Nein, ich habe sie nicht angehalten; aber die drei Sekunden kann ich noch mal resetten, bis Herr Wolff quasi sprechfähig ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob eine solche Organisation inzwischen beim Bundesamt für Verfassungsschutz aufgehängt ist, wissen Sie nicht?

Zeuge R. C.: Entzieht sich meiner Kenntnis. Nein, ich weiß es nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Woher soll er das wissen?
Wenn, dann müssten Sie
das wissen! - Zuruf: „Aufgehängt“?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Aufgehängt“ - das habe ich hier gelernt - ist ein Begriff, den man benutzt. - Ich habe ja vorhin schon mal versucht, zu fragen, sozusagen mit welchem Material die Befragter, vor allen Dingen auch die amerikanischen, in diesen Befragungen waren, und Sie hatten gesagt: Hilfsmittel waren Laptops.

Zeuge R. C.: Ja, grundsätzlich, sage ich mal - ich habe es auch erwähnt -, war das Arbeitsmaterial des Befragers Bleistift und Papier. Speziell wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

es bei Folgebefragungen um Details geht, hat man sich auch technischer Hilfsmittel bedient.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. - Nur, auch die US-Amerikaner haben grundsätzlich die Sachen nur mit Bleistift und Papier aufgeschrieben, oder haben die - -

Zeuge R. C.: Grundsätzlich ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber woher weiß man das, wenn man gar nicht dabei ist, wenn die teilweise alleine befragen?

Zeuge R. C.: Das Ergebnis spiegelt es zum einen wieder. Und zum anderen: Die haben keine andere Arbeitsweise. Man tauscht sich ja auch mal aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die interessante Frage ist ja - - Ich habe gelernt - - Ich unterstelle den Amerikanern gar nichts Böses; aber ich habe hier gelernt, es gibt keine Freunde unter Geheimdiensten. Das haben ganz viele Kolleginnen und Kollegen von Ihnen gesagt, Freunde gebe es keine, und deswegen traut man sich irgendwie auch nicht. Und jetzt frage ich mich: Wenn da eben jetzt ein P-III-Kollege mit einem Laptop sitzt oder mit seinem Handy oder wie auch immer, wie bereinigt man eigentlich die Meldung, die der erstellt und vielleicht irgendwohin sendet, von diesen Geodaten?

Zeuge R. C.: Die bereinigen Sie gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Also, der könnte dann eben schon das einfach sozusagen versenden, weil er erhebt sie ja, -

Zeuge R. C.: Natürlich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Sie sind ihm nicht übergeordnet.

Zeuge R. C.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also könnte es sein, dass bei diesen Befragungen eben durch die Amerikaner schon im Hinblick auf die Lokalisation von Leuten problematische Daten rausgegangen sind an die Amerikaner.

Zeuge R. C.: „Lokalisation von Leuten“ kann ich jetzt nicht sagen, aber Lokalisation von Objekten, von Liegenschaften ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Meistens sind ja in Gebäuden und Liegenschaften auch Leute, aber sozusagen - - Haben Sie - - Ich weiß jetzt gar nicht, ob das - ich war nämlich zwischendurch auch mal kurz draußen - hier schon Thema war. Also, haben Sie - - Ab welchem Zeitpunkt haben Sie zum Beispiel postalische Anschriften oder Telefonnummern oder andere Geodaten als problematisch für die Weitergabe angesehen?

Zeuge R. C.: Auch im Rahmen der nichtöffentlichen Sitzung, bitte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab einen Zeitpunkt, ab dem das dann anders gehandhabt wurde als zuvor? Da gab es eine Zäsur, -

Zeuge R. C.: Auch, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann wurde was anders gemacht?

Zeuge R. C.: Ja, auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man - - Gab es so eine Art Regelung „In dubio pro Weitergabe“ oder „In dubio contra Weitergabe“? Also, hat man bei diesem „Wir teilen die Meldungen“ gesagt: „Gott, wenn man es nicht genau weiß, dass das alles okay ist, geben wir es weiter“ oder: „Wenn wir Zweifel haben, ob das okay ist, dass wir weitergeben, geben wir es nicht weiter“?

Zeuge R. C.: Alles, was im nationalen Interesse lag - so möchte ich das mal formulieren; was das bedeutet, auch in nichtöffentlicher Sitzung -,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde nicht weitergegeben, grundsätzlich alles andere ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde weitergegeben?

Zeuge R. C.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt - - Das wird natürlich schwerfallen, aber ich überlege gerade: Wie sähe ein solcher Fall aus? Also, wenn Deutschland bezüglich eines bestimmten Punktes ein ganz eigenes Interesse hat, was von dem des Partners abweicht, dann würde man das nicht teilen. Aber was wäre das für ein Fall eigentlich?

Zeuge R. C.: Ja, also, jetzt hier irgendein Szenario zu kreieren, ist schwierig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. C.: Aber, wie gesagt, ich kann auf Beispiele eingehen, wann nationales Interesse vorliegt, worauf sich das begründet, in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es ein P III gibt, endet das mit „III“, oder gibt es noch viele andere römische Zahlen? Also, es gibt ja auf jeden Fall I und II.

Zeuge R. C.: Auch das hatten wir schon in die nichtöffentliche verschoben; die Frage war ja schon da.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann hätte ich erst mal keine weiteren Fragen. Wir haben ganz viele interessante Dinge in geheimen Akten stehen; die könnten wir jetzt hier mit so einem stillen Vorhalt machen. Das kommt mir aber eher umständlich vor. Deswegen würden wir das dann im Geheimen machen. - Aber vielleicht hat der Kollege Ströbele noch eine kurze Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich musste gerade raus. Deshalb kann es sein, dass ich eine Frage wiederhole;

dann sagen Sie es. Das Erste ist: Diese AND-Mitarbeiter, die wurden aber aus den USA bezahlt oder auch vom BND?

Zeuge R. C.: Ja. - Die Frage hatten wir, aber: Ja. Ich wiederhole es noch mal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke; das ist ja schon geschehen. - Und die zweite Frage: Nationale Interessen, können Sie das definieren? Also, es ist ja bekannt - da brauchen wir Sie gar nicht dazu -, dass es auch gewisse Konkurrenzen unter Nachrichtendiensten, auch unter befreundeten, gibt; manche hören sich oder schöpfen sich sogar gegenseitig ab. Soll das so sein?

Zeuge R. C.: Kann ich konkretisieren in nicht-öffentlicher Sitzung, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, nichtöffentlich. Hier können Sie nicht sagen, -

Zeuge R. C.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was das ist, also welche konkreten - -

Zeuge R. C.: Aber ich sage es gerne.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können Sie sagen: Spielt bei der Frage, was Sie weitergeben oder nicht, auch eine Rolle, dass Sie sagen: „Das ist jetzt eine wichtige Information; die möchten wir doch lieber alleine haben“, so im Konkurrenzdenken?

Zeuge R. C.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibt es auch, okay.

Zeuge R. C.: Gibt es.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann ist die Fragerunde dort beendet. - Dann geht es weiter bei der CDU/CSU.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): In der öffentlichen Sitzung keine Fragen momentan.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann käme jetzt Frau Renner dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe eine letzte Frage, Herr R. C.: Gab es noch Befragungen von anderen Personen als solchen, die in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben, in der Zeit, in der Sie in der HBW waren?

Zeuge R. C.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Herr Wolff?

RD Philipp Wolff (BK): Das ist nicht untersuchungsgegenständlich. Der Untersuchungsauftrag beschränkt sich ausdrücklich auf die Befragungen von Asylbewerbern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ehrlich?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Müssen wir mal nachgucken!)

- Ja. - Können wir mal kurz unterbrechen, damit wir in den Einsetzungsbeschluss mal gucken? Den habe ich nicht im Kopf auswendig gelernt, Entschuldigung.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann halten wir eben an.

(Unterbrechung von
16.38 bis 16.39 Uhr)

Martina Renner (DIE LINKE): Das machen wir alles in der 19. Wahlperiode.

(RA Johannes Eisenberg:
Dann können wir ja jetzt
mal was essen!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Wird also akzeptiert. - Dann geht es weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann habe ich keine weiteren Fragen mehr in öffentlicher Sitzung.

(RA Johannes Eisenberg:
Hat der Dr. Hahn heute
keine Fragen?)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es noch weiter bei der SPD. - Hat keine Fragen weiter mehr. - Und so wie der letzte Sachstand, Bündnis 90/Die Grünen auch nicht mehr, nicht wahr? - Nein, dann nicht; gut.

Wenn es jetzt hier keine Fragen mehr gibt, so wie ich das sehe, dann schließen wir jetzt den öffentlichen - Herr von Notz? - Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, dann machen wir jetzt einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit, die auch leider nur bedingt da war.

Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen R. C. am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer ist dafür? Handzeichen, bitte. - Okay, dann ist das so beschlossen.

An dieser Stelle dürfen wir uns alle von der Öffentlichkeit verabschieden, und ich bitte, die Videoübertragung jetzt zu beenden.

Die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses findet dann am 29. September 2016 statt. Dann verlassen wir jetzt den Raum.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, öffentlich:
16.40 Uhr - Folgt
Sitzungsteil Zeugenvernehmung,
Geheim)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
19.10 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass wir beschlussfähig sind, dass die Bundesregierung hinreichend vertreten ist. Insbesondere ist unser Zeuge da; den sollten wir auch nicht warten lassen.

Damit setzen wir die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort.

Vernehmung des Zeugen U. P.

Begrüßen darf ich an erster Stelle ganz herzlich unseren Zeugen U. P. Ich stelle fest: Der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Herr U. P., Sie haben den Erhalt der Ladung am 19. September bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und dem Untersuchungsausschuss für viele Fragen zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Jetzt auch zu diesem Protokoll: Wir sind ja in einer etwas besonderen Sitzungssituation, dass wir eigentlich öffentlich tagen. Aber aufgrund Ihrer besonderen Situation des Schutzes der Identität sind wir in diesem Raum hier. Die Öffentlichkeit ist nicht zugeschaltet wie bei dem Zeugen vorher, sondern wir befinden uns in öffentlicher Sitzung ohne Öffentlichkeit. Dies wird dadurch - ich sage mal: teilweise zumindest - versucht geheilt zu werden, dass wir das Protokoll dieser Sitzung hinterher zugänglich machen, der öffentlichen Sitzung. Von daher wird dieses Protokoll dann insoweit auch veröffentlicht werden, und die Öffentlichkeit wird hergestellt. Es ist also

nicht zu verwechseln mit einer nichtöffentlichen oder gar eingestuften Sitzung. Das kann im Nachgang kommen; dazu werde ich noch etwas sagen.

Haben Sie hierzu Fragen, bis jetzt hierhin, zum Prozedere? Es kommt noch mehr gleich.

(Der Zeuge schüttelt den
Kopf)

Begleitet sind Sie auch hier durch einen Rechtsbeistand, der sich jetzt nicht vorstellen muss, weil in dieser kleinen Runde kennt Sie nun wirklich jeder, Herr Eisenberg. Von daher erspare ich mir das. Sonst, im großen Kreis, mache ich es immer, weil ja vielleicht einer auf der Tribüne Sie noch nicht kennt, und dann möchte ich Ihnen immer Gelegenheit geben, sich selbst vorzustellen, bevor ich da noch irgendwas falsch mache.

Herr P., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, falls das in Betracht kommen kann.

Des Weiteren bitte ich Sie, auf Fragen, die Sie nicht in öffentlicher Sitzung beantworten kön-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nen - deswegen ist das jetzt so wichtig, zu unterscheiden, wo wir hier sind -, sondern nur in nichtöffentlicher bzw. eben gerade eingestufte Sitzung, also als Geheim oder Streng Geheim, uns ein Zeichen zu geben und dann zu sagen, dass Sie diese Fragen nur eben in zum Beispiel eingestufte Sitzung beantworten können, sodass wir dann einen dementsprechenden Beschluss fassen nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes und demgemäß dann die Sitzung in eingestufte Weise fortführen, sodass wir dann die Fragen stellen können. Dieser Beschluss ist notwendig; dann ist das Format anders, dann sind Handys draußen, dann ist auch dementsprechend die Sitzung als Geheim kenntlich gemacht, und dann würden wir die entsprechenden Fragen dann stellen. Aber das müssen Sie als Antwort auf die jeweilige Frage eben äußern, sonst wissen wir es ja im Zweifel nicht.

Gibt es Ihrerseits hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Herzlichen Dank.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie die Möglichkeit, gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also im Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand vorzutragen, ohne durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Danach wird der Ausschuss, die Ausschussmitglieder, Ihnen ihre Fragen stellen, und das geschieht jeweils nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. So weit alles verstanden, alles okay?

Zeuge U. P.: Jawohl.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann darf ich Sie, wie ich es gerade gesagt habe, kurz bitten, sich dem Ausschuss mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen dabei die Angaben der

Initialen und die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge U. P.: Jawohl. Mein Name ist U. P. Ich bin 51 Jahre alt. Ich bin seit dem April 89 beim BND in verschiedenen, teils operativen Verwendungen, seit 2001, Juni 2001, im Befragungswesen gewesen, bis zum Juni 2014. Die ladungsfähige Adresse ist die bekannte Adresse über den Gardeschützenweg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagen Sie doch ganz kurz Ihren Beruf oder die Qualifikation - jetzt nicht, um Sie persönlich auszufragen. Das ist immer wichtig für uns, wie vertieft wir Fragen stellen können. Zum Beispiel ein Jurist kriegt eine etwas tiefere juristische Frage; einen Nichtjuristen würden wir jetzt nicht die Normen durchsubsumieren lassen mit Mindermeinung.

Zeuge U. P.: Sehr gerne. - 89 in den BND eingetreten, habe dort das Fachhochschulstudium absolviert und bin Diplom-Verwaltungswirt (FH) im gehobenen Dienst, nichttechnischen Dienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gute Ausbildung. - Gut, jetzt gucke ich mal in die Runde. Wir hatten uns eigentlich geeinigt, dass wir erst mal öffentlich beginnen. Richtig? - Gut.

Dann stelle ich Ihnen zuerst die Frage: Möchten Sie ein sogenanntes Eingangsstatement, wie ich es gerade gesagt habe, abgeben, zum Untersuchungsgegenstand erst mal alleine im Zusammenhang vortragen? Oder sagen Sie: „Feuer frei für Fragen“?

Zeuge U. P.: Ein Statement derart nicht. Was ich betonen möchte, ist, dass ich selbstverständlich bereit bin, vollumfänglich alles, was ich weiß, hier offenzulegen, im Rahmen der Aussagegenehmigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nichts anderes erwarten wir von einem Zeugen, so wie ich Sie gerade belehrt habe. Ganz herzlichen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann geht es mit den Fragen los, und wir beginnen mit der ersten Fragerunde. Frau Kollegin Warken von der Fraktion der CDU/CSU beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr P., wir haben ja vorhin schon mit einem anderen Zeugen, der im Befragungswesen tätig war, gesprochen. Ich will jetzt nicht alles noch mal wiederholen. Ich denke, im Wesentlichen ist da vieles gleich. Aber vielleicht können Sie zunächst noch mal zu Ihrer Person sagen, welche Zuständigkeiten Sie in der HBW hatten, ob Ihnen Mitarbeiter unterstellt waren, ob sich das auch geändert hat im Laufe der Zeit.

Zeuge U. P.: Sehr gerne. 2001 im Juni bin ich, wie gesagt, zum Befragungswesen gekommen, war dort eingesetzt als Befrager. September 2012 bis September 2013 war ich kommissarischer Befragerführer. Ab September 2013 bis Juni 2014 war ich dann auch per Verfügung Befragerführer der Dienststelle in Berlin.

Nina Warken (CDU/CSU): Und da waren Ihnen Mitarbeiter auch unterstellt?

Zeuge U. P.: In der Funktion als Befragerführer waren mir Mitarbeiter jetzt nicht disziplinarisch unterstellt, sondern im Rahmen quasi Fachaufsicht, Fachvorgesetzter.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie viele Mitarbeiter hatte Ihre Dienststelle?

Zeuge U. P.: Als ich 2001 zum Befragungswesen kam, waren es acht BND-Befrager; sieben, mit dem Dienststellenleiter, acht Mitarbeiter quasi Innendienst, also Verwaltung usw., und sechs, sieben US-Befrager. Das veränderte sich im Laufe der Zeit. Es wurde weniger insgesamt. Als ich dann 2012, September, kommissarischer Befragerführer war, hatten wir vier bzw. fünf US-Befrager an der Dienststelle. Da waren es fünf deutsche Befrager und fünf Innendienstmitarbeiter einschließlich Dienststellenleiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie ja schon gesagt, Sie waren dann bis Juni 2014 dort. Da wurde ja die HBW aufgelöst. Was war denn der Grund für die Auflösung der HBW?

Zeuge U. P.: Der Grund war meines Wissens nach und auch meiner Erinnerung nach, dass Effizienzüberprüfungen stattgefunden haben, die dann zum Schluss führten, dass das Ganze nicht mehr effizient gewesen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie das nachvollziehen können? Oder teilen Sie die Meinung?

Zeuge U. P.: Meiner persönlichen, explizit persönlichen Meinung nach habe ich das nicht verstanden. Aber die Entscheidung war nun mal gefallen und lag definitiv nicht in meiner Hand.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat die Entscheidung vielleicht auch was mit den Snowden-Enthüllungen zu tun?

Zeuge U. P.: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben ja - das habe ich gesagt - schon einiges jetzt erfahren über den Ablauf von Befragungen. Jetzt scheint es ja in verschiedenen Dienst- oder Außenstellen ein bisschen unterschiedlich gewesen zu sein. Es wäre, glaube ich, für uns ganz interessant, wenn Sie einfach mal den Ablauf bei Ihnen schildern könnten, mit Beginn, also Informationsübermittlung oder Übermittlung Anhörungsprotokoll BAMF. Wie ist es dann bei Ihnen weitergegangen?

Zeuge U. P.: Darf ich kurz Rücksprache halten wegen - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, sehr gerne natürlich. - Der Ablauf war wie folgt: Wir bekamen oder die Außenstelle bekam die Protokollmitschriften der Anhörungen der Asylbewerber im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, nicht alle, sondern ausgewählte Protokolle. Dann fand in der Dienststelle selbst - - Also, ich sage mal, die Verteilung erfolgte nach regionalen Zuständigkeiten der Dienststellen. Jede Außenstelle hatte bestimmte, sage ich mal, Bundesländer zu bearbeiten. Das heißt, in Berlin



Nur zur dienstlichen Verwendung

waren zum Beispiel die neuen Bundesländer einschließlich Hamburg, Schleswig-Holstein das Bearbeitungsgebiet.

Wir bekamen also diese Protokolle, und diese Protokolle wurden dann in der Dienststelle noch mal gesichtet auf Relevanz. Das heißt, wir haben sie uns durchgelesen und haben geguckt: Okay, verspricht diese Asylbewerberin, dieser Asylbewerber, über Informationen zu verfügen, die wir sonst auf anderem Wege nicht bekommen könnten?

Weiteres Kriterium, ob wir einen sogenannten - nennen wir es einfach mal - Tipp aufgreifen oder nicht, war dann auch - und das wurde immer virulenter - die Personalstärke an der Dienststelle. Das heißt, können wir auch tatsächlich in der uns gegebenen Frist, Vierwochenfrist, vom Bundesamt diesen Fall tatsächlich aufgreifen und in Bearbeitung nehmen?

Wenn jetzt die Entscheidung gefallen war: „Ja also, das Anhörungsprotokoll scheint vielversprechend zu sein, respektive der Asylbewerber scheint vielversprechend zu sein“¹, wurde ein Team festgelegt, auch da nach Verfügbarkeit, also nach zeitlicher Kapazität. Und es wurde begonnen, eine sogenannte Vorprüfung vorzubereiten. Dafür musste dann festgestellt werden: „Wohin ist die betreffende Person zwischenzeitlich möglicherweise verteilt worden?“, um dann dort in dem Heim einen Termin zu vereinbaren mit der Person, zumeist über die dort zuständige Heimleitung.

Dann wurde dieser Termin wahrgenommen durch das Team. Es fand dort ein Gespräch statt mit der betreffenden Asylbewerberin, dem betreffenden Asylbewerber, um festzustellen, ob das, was wir jetzt aus der sogenannten Papierlage heraus angenommen haben, was für Gesprächsthemen dort im Raum stehen könnten, auch zutrifft oder nicht. Das verhielt sich in aller Regel so - - Ja, wie soll ich sagen? Da kann man sich - - Das ist so wie bei „Forrest Gump“, was das Leben

zu bieten hat: Das Leben ist eine Pralinenschachtel. Man weiß nie, was drin ist. - Das war dort auch. Teilweise war es komplett gegenläufig zu dem, was in dem Papier dort stand. Teilweise ging es aber auch tatsächlich darüber hinaus, was jetzt unsere Interessen anbelangte.

Die Vorprüfung diente dazu, eben festzustellen: Über was für ein Wissen verfügt tatsächlich diese Person? Was für ein Wissen hat sie mitgebracht? Die Vorprüfung ist ein Gespräch oder war ein Gespräch, was in der Regel in etwa einer halben, einer Dreiviertelstunde Gespräch entspricht. Das sage ich deswegen so deutlich, weil sehr häufig mit Dolmetschern oder auch Sprachmittlern eben gearbeitet wurde, und das verlängerte die Gesprächszeit im Zweifel, allein durch die Hin- und Herübersetzerei.

Nach erfolgter Vorprüfung setzte man sich dann in der Dienststelle wieder zusammen und überlegte, ob es Sinn macht, weiterzumachen oder auch nicht.

Was jetzt die Vorprüfung speziell anbelangt, also das Gespräch mit der Asylbewerberin, mit dem Asylbewerber, war es dergestalt, dass wir uns als Allererstes selbstverständlich vorgestellt haben, uns ausgewiesen haben. Wir haben uns vorgestellt als Mitarbeiter der HBW, Hauptstelle für Befragungswesen, haben kurz erklärt, was die HBW ist: eine obere Bundesbehörde im Zuständigkeitsbereich des Kanzleramtes, haben explizit auf die Freiwilligkeit hingewiesen, haben das auch noch weiter erklärt, dass diese Freiwilligkeit sich jetzt nicht nur auf diesen Moment bezieht, sondern dass auch mitten im Gespräch jederzeit einzelne Fragen nicht beantwortet werden müssen oder wenn die Person zu bestimmten Themen nichts sagen wollte. Das wurde, wie gesagt, explizit erwähnt.

Es wurde ebenso explizit gesagt, dass dieses Gespräch nichts, aber auch rein gar nichts mit dem laufenden Asylverfahren zu tun hat, weder im positiven noch im negativen Sinne. Das wurde auch noch dadurch belegt der Person gegenüber,

¹ Klarstellung des Zeugen: „Ich meinte damit die Informationen, über die der Asylbewerber verfügen könnte, dass diese vielversprechend sein könnten.“, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass wir gesagt haben, wenn sie sich jetzt zu dem Gespräch bereit erklären sollte, es also zu diesem Gespräch kommt, dass sie sich nicht darüber verwundert zeigt, dass möglicherweise Fragen ihr noch mal gestellt werden oder in ähnlicher Weise gestellt werden, wie sie sie schon mal im Rahmen der Anhörung beantwortet hat.²

Am Ende des Gespräches, also der Vorprüfung, der sogenannten, wurde auch gefragt, ob die Person im Zweifel, also die Asylbewerberin, der Asylbewerber, einverstanden wäre, wenn man noch einmal wiederkäme, um eben nicht gegen den Willen der Person dann zu handeln. Und auch zum Ende des Gespräches hat zumindest die Berliner Dienststelle und zumindest auch ich als Befrager noch mal auf die Freiwilligkeit explizit hingewiesen und dass es auch überhaupt nichts macht, wenn jetzt die Asylbewerberin, der Asylbewerber sagt: Nein, ich möchte das nicht. - Dann ist man, auf Deutsch gesagt, einfach wieder „abgedackelt“. Das hat keinerlei Einfluss gehabt.³

So. Jetzt sind wir also wieder in der Dienststelle. Mit den Ergebnissen, die wir dann aus der Vorprüfung gesammelt haben, hat man sich zusammengesetzt. Das heißt, das Befragerteam und der Befragerführer und der Dienststellenleiter haben dann überlegt: Okay, macht es Sinn weiterzumachen oder nicht? - Wenn wir der Meinung waren, es hat Sinn, weiterzumachen, es sind also Informationen zu erwarten, dann wurde dieser Tipp avisiert. Das heißt, es wurde rumgefragt per Verfahren - „rumgefragt“ klingt jetzt so nonchalant; es gab da ein klares Verfahren -, wurde in den auswertenden Bereichen gefragt: „Okay, wir haben hier eine Person mit diesem und jenem Wissen“, ob das tatsächlich interessiert, und bekamen dann Rückläufer in Form von Fragen aus den auswertenden Bereichen.

Parallel dazu gab es dann eine Prognose, haben wir eine Prognose eingeholt beim Bundesamt, wie es aussieht, wohin die Entscheidung - - ob eine positive oder eine negative Entscheidung zu erwarten ist. Wenn eine negative Entscheidung zu erwarten war, haben wir in aller Regel - und

² Klarstellung des Zeugen: „Hiermit ist die Anhörung im Asylverfahren gemeint.“, siehe Anlage 1.

das möchte ich betonen: in aller Regel - gesagt: Okay, dann machen wir da nicht weiter. - Es gab Ausnahmen. In meiner Zeit als Befragerführer, also auch als kommissarischer Befragerführer, also von September 2012 bis Juni 2014, meine ich, gab es einen Fall, wo es eine Ausnahmeregelung gab. Ansonsten haben wir gesagt: Nein, wir wollen da auch in keine Kollision geraten mit dem Bundesamt respektive mit der Entscheidung.

Wenn also die Prognose positiv war oder möglicherweise auch schon eine positive Entscheidung durch das Bundesamt gefällt war, ein positiver Bescheid erstellt wurde, die Rückäußerungen aus den auswertenden Bereichen da waren und die Person sich auch bereit erklärt hat, weiter mit uns Gespräche zu führen, dann ging es weiter. Dann wurde also ein Termin ausgemacht.

In aller Regel haben wir in der Vorprüfung, wenn die Person sich dort bereit erklärt hat, mit uns weiter noch ein weiteres Gespräch zu führen, auch nach einer Erreichbarkeit dieser Person gefragt, um einfach die Termingestaltung und die Örtlichkeiten, wo man sich dann treffen mag, zusammenkommen mag, einfacher zu gestalten. Das war nicht immer ganz einfach über die Heimleitung, Heimbetreuung, alldieweil es auch Asylbewerberheime gibt, wo die Heimleitung gar nicht den ganzen Tag da ist, sondern die sind dann nur stundenweise da, haben natürlich auch jede Menge zu tun auf dem Gelände usw. Da waren teilweise die Erreichbarkeiten sehr schwer. Deswegen waren wir tatsächlich bestrebt, da eine direkte Kommunikation herzustellen mit der Asylbewerberin, dem Asylbewerber.

Dann wurde eben, wie gesagt, der nächste Termin ausgemacht. Der fand dann in aller Regel nicht mehr im Asylbewerberheim statt, sondern wir haben versucht, innerhalb der Umgebung dann zum Beispiel einen Besprechungsraum anzumieten oder auch in einem Nebenzimmer, Hinterzimmer eines Restaurants. Es kann auch

³ Klarstellung des Zeugen: „Hiermit ist gemeint, dass es keinerlei Einfluss auf das Asylverfahren hatte.“, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal eine Bundeskegelbahn gewesen sein, je nachdem, wo es halt so was gab, wo man sich eben in Ruhe, wirklich in Ruhe unterhalten konnte.

Auch da wurde jeweils zu Beginn des Gespräches noch mal explizit auf die Freiwilligkeit hingewiesen. Wenn noch kein Bescheid da war, also noch keine Entscheidung hinsichtlich des Aufenthaltsstatus Asyl usw. usf. - - auch da noch mal drauf hingewiesen, dass es nichts mit dem Verfahren zu tun hat, dass da in Deutschland eine strikte Trennung besteht. Wenn dann die Person gesagt hat, ja, sie erklärt sich bereit, ein Gespräch zu führen, wurde das eben entsprechend geführt.

Wenn das Gespräch dann zu Ende war - das kann sich auch über Stunden hingezogen haben, in Abhängigkeit von den Themen, in Abhängigkeit auch von der Belastbarkeit des Gesprächspartners; das differenzierte⁴ sehr -, ist das Befragerteam wieder zurückgefahren an die Dienststelle. Dann hat man sich wieder besprochen, hat Resümee gezogen, hat das Ganze dokumentiert in Form von Berichten, hat im Zweifel Meldungen erstellt, die dann eben an die auswertenden Bereiche gegangen sind.

Wenn die Quelle dann ausbefragt war, war die Beziehung der HBW zu der Asylbewerberin, dem Asylbewerber beendet.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank schon mal für die interessante Schilderung. An einer Stelle wollte ich noch mal nachfragen. Sie hatten gesagt, man fragt oder koppelt ja auch dann rück beim BAMF und sagt: Wir haben da Interesse an der Person. Oder: Es war tatsächlich interessant. Wie weit seid ihr denn mit dem Verfahren?

Da haben Sie gesagt, es gab - - Also, in der Regel, wenn die sagen: „Es gibt eine negative Entscheidung“ oder „Eine negative Entscheidung ist zu erwarten“, haben Sie aufgehört, in aller Regel. Aber es gab Ausnahmen. Was bedeutet dann die Ausnahme? Dass man dann - - Dass das BAMF gesagt hat: „Okay, wir ziehen die Entscheidung raus; macht mal weiter“? Oder haben die dann

einen Aufenthaltstitel gewährt? Oder was war dann die Ausnahme?

Zeuge U. P.: Sonderfall oder Sonderregelung bedeutete nicht automatisch ein „OVERRULE“, sage ich mal, der HBW, sondern da setzte sich dann das Referat mit der entsprechenden Stelle - ich glaube, es hieß auch Sicherheitsreferat - im Bundesamt zusammen und haben dann darüber beratschlagt, wie da zu verfahren ist. Da wurde dann abgewogen.

Wie das jetzt in diesem einen Fall war, von September 2012 bis Juni 2014, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Das weiß ich leider nicht mehr, wie das ausgegangen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, okay. - Wie haben Sie denn die Gespräche dokumentiert? Also, wir haben hier jetzt schon gehört, dass da das Mittel der Wahl Bleistift und Block ist. War das bei Ihrer Dienststelle auch so, dass Sie das alles mal mitnotiert haben? Haben Sie da Wortprotokolle geführt? Haben Sie Stichpunkte sich notiert? Was ist damit dann weiter geschehen? Sie haben vorherhin gesagt, Sie haben das dann dokumentiert, Berichte geschrieben, vielleicht eine Meldung. Wurde das dann irgendwie elektronisch archiviert? Oder haben Sie das weggeworfen? Wie sind Sie damit vorgegangen?

Zeuge U. P.: Okay. Also, es gab keine Gesprächsaufzeichnung elektronischer Art. Es ist tatsächlich so: Das Handwerkszeug - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz fragen. Wir sind ja noch in öffentlicher Sitzung. Das ist klar, ja? Das ist okay vonseiten der Bundesregierung, wenn wir das - -

RD Philipp Wolff (BK): Wir hatten vorher allerdings auch darüber gesprochen, dass Stift und Block - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte es nur mal hinterfragen; ist ja schön. Nicht, dass wir hinterher diskutieren, ob Protokolle geschwärzt

⁴ Klarstellung des Zeugen: „streiche ‚differenzierte‘, setze ‚variierte‘“, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden. Also, das geht dann so raus hier, nicht? - Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Ich interveniere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar.

Zeuge U. P.: Also, wie gesagt: Es gab keine elektronischen Aufzeichnungen von Gesprächen, weder Audio noch Video noch sonst irgendetwas. Das Handwerkszeug einer Befragerin, eines Befragers und somit auch meines ist tatsächlich Papier; ich bevorzuge Kugelschreiber.

(RA Johannes Eisenberg:
Keinen Montblanc-
Füllhalter!)

- Nein. Gehobener Dienst. - Von daher erfolgte tatsächlich die, sage ich mal, direkte Gesprächsdokumentation mit Stift und Papier.

An der Dienststelle zurück, wenn es dann an die Berichte ging, an die Gesprächsberichte ging und auch dann im Zweifel eben an die Meldung: Die wurden in elektronischer Form erstellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Elektronische Akte dann bei Ihnen auch. Oder haben Sie dann eine Mail an die Auswertung geschrieben?

Zeuge U. P.: Wir sind noch nicht beim papierlosen Büro und bei der elektronischen Akte vollumfänglich, wenn ich das sagen darf.

(Burkhard Lischka (SPD):
Das überrascht uns auch
nicht wirklich!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir aber auch nicht.

Zeuge U. P.: Das ist ein ganz mieser Trick der Papierindustrie mit dem papierlosen Büro. - Nein. Also, sie wurden am Computer erstellt und dann ausgedruckt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie haben das die Kollegen des AND denn gehandhabt? Haben die dann - - Also, ich gehe ja mal davon aus, dass es bei Ihnen auch gemischte Befragerteams gab. War das dann gleichermaßen so, dass der Kollege das mitgeschrieben hat? Und haben Sie dann gemeinsam Ihre Meldung, Ihren Bericht geschrieben? Oder hat da jeder was anderes geschrieben?

Zeuge U. P.: Also, gemischte Teams ja, und zwar grundsätzlich.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK)
sowie mit seinem
Rechtsbeistand)

Gemischte Teams grundsätzlich, und zwar „grundsätzlich“ fett, kursiv und unterstrichen geschrieben, was die Berliner Dienststelle angeht.

Nina Warken (CDU/CSU): Also immer ein BND-Mitarbeiter, ein AND-Mitarbeiter. Keine Befragung allein durch Sie und keine Befragung allein durch den AND.

Zeuge U. P.: Also, grundsätzlich gemischte Teams dahin gehend, dass, wenn ein US-Befragter unterwegs war, grundsätzlich ein PI, also ein BND-, HBW-, DOJ⁵-Mitarbeiter, mit dabei war.

Es gab äußerst vereinzelt Ausnahmen dahin gehend, dass zum Beispiel Termine vereinbart waren, lang vereinbart waren, Dolmetscher unterwegs war, Räumlichkeiten angemietet waren, alles wunderbar, und justament an dem Tag, wo sich das Team auf den Weg machen sollte, ist der deutsche Befragter erkrankt. Das ist vorgekommen. Da wurde dann versucht, Ersatz zu beschaffen von deutscher Seite. Wenn es nicht anders ging, dann hat - ich weiß jetzt aber nicht, in wie viel Fällen das tatsächlich der Fall war - der Dienststellenleiter entschieden: Okay, jetzt macht es dann ausnahmsweise ein US-Befragter alleine. Ein Kriterium, wenn es dann darum ging, dass er

⁵ Klarstellung des Zeugen: „streiche ‚DOJ‘, setze ‚DEU‘“, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

es alleine macht, war, dass er ad 1 der deutschen Sprache extrem gut mächtig ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Grundsätzlich zu den gemeinsamen Befragungen: Ja. Wenn es jetzt wirklich in die Details geht im Einzelfall „Hat der Dienststellenleiter ...“, dann bitte ich, das in eingestufte Sitzung zu schildern. Grundsätzlich: Dass die gemeinschaftlichen Befragungen stattgefunden haben, dass es Ausnahmen gegeben hat: Ja. Aber jetzt Detailinformationen bitte in eingestufte Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, genau. - Aber nehmen wir jetzt mal an, Sie haben eine gemeinsame Befragung gemacht: Wie war es dann da? Da hat der Kollege sich mitnotiert, Sie haben mitnotiert.

Zeuge U. P.: Richtig.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie sich da vorher abgestimmt über die Fragen? Hat da jeder das gefragt, was er für interessant empfunden hat? Wie war es dann mit dem Bericht oder der Meldung? Wurde die dann gemeinsam erstellt?

Zeuge U. P.: Also, es hat im Vorfeld Abstimmungen gegeben, dass man halt sich überlegt hat, wie man das Gespräch aufzieht. Bei mir war es zum Beispiel so, dass ich immer den Lead hatte. Das heißt, ich habe das Gespräch zu 90 bis 95 Prozent geführt. Der Kollege schrieb dann mit. Und wenn mir dann was - in Anführungsstrichen - „durch die Lappen gegangen ist“ oder ein Thema mir entfallen war - wie auch immer -, dann gab es da den Hinweis von der Seite von wegen: Hak da doch noch mal nach, hak da doch noch mal nach. - So war das in den gemischten Teams.

In den rein deutschen Teams, die es auch gab, war es so, dass wir das dann je nach Thema aufgeteilt haben und auch über das Gespräch hinweg fifty-fifty aufgeteilt haben, abwechselnd, dass jeder mal die Möglichkeit hatte, sich kurz zurückzunehmen, zu sammeln und auch dann

mehr, sage ich mal, Energie darauf verwenden konnte, direkt die Notizen mit zu machen. Denn es ist tatsächlich nicht ganz einfach, die Frage zu stellen, zu gucken: „Wie reagiert die Gesprächsperson auf diese Frage?“, zu gucken: „Wie reagiert dann der Dolmetscher auf diese Frage?“, gleichzeitig dann bei der Antwort das gleiche Spielchen rückwärts, mitzuschreiben, sich schon die nächste Frage zu überlegen. Von daher hat man da so ein bisschen changiert.

Was jetzt praktisch die Bearbeitung, weitere Bearbeitung in der Dienststelle anbelangt, hat man sich dann nach dem Gespräch zusammengesetzt, die gemachten Notizen verglichen - mal hatte der eine etwas ausführlicher an einer Stelle; an einer anderen war es dann wieder andersherum -, hat sich also gegenseitig auf den Stand gebracht, hat dann überlegt, wie man diese Erkenntnisse vernünftig thematisch aufteilt, und hat sich dann an die Meldungserstellung gemacht.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt ist der AND-Kollege ja nicht einfach so dabei, sondern der AND verspricht sich da natürlich auch Meldungen aus der ganzen Befragungstätigkeit. Wie war es denn damit? Sie haben dann Ihre Meldung, Ihren Bericht an Ihre Auswertung geschickt. Was hat denn der amerikanische Kollege gemacht? Bestand da die Möglichkeit, dass der, sage ich mal, da selbst tätig wird? Oder war aus Ihrer Sicht sichergestellt, dass die Weitergabe an den AND, also in die USA, an den Dienst, dann tatsächlich nur über Ihre Auswertung und eben, ja, auch eine Vorentscheidung - oder eine, ja, sage ich mal, eine Freigabe auch getätigt wurde?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge U. P.: Die Meldung, die die deutsche Seite, also die deutsche Befragerteamseite, erstellt hat, ging über die Führungsstelle, also über das Referat, dann an die auswertenden Bereiche. Genauso wurde mit den Meldungen verfahren, die die Amerikaner erstellt haben. Die gingen auch über die Führungsstelle, das Referat, an die auswertenden Bereiche und von dort auch dann an die entsprechenden US-Bereiche, nachgeordneten Dienststellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Und das war immer der Weg. Und da gab es keinen Extraweg, den der Kollege begehen konnte.

Zeuge U. P.: Die Meldungen, die die Partner erstellt haben, gingen logischerweise auch an den Partner. So. Aber - -

Nina Warken (CDU/CSU): Aber nicht direkt von dem Kollegen, der mit Ihnen befragt hat, -

Zeuge U. P.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - sondern immer über die Auswertung.

Zeuge U. P.: Richtig. - Nicht über die Auswertung, über das Referat.

Nina Warken (CDU/CSU): Über das Referat.

Zeuge U. P.: Aber nicht alle Meldungen, die in der Dienststelle erstellt worden sind, gingen auch automatisch an den Partner, sondern es gab durchaus Bereiche - - Also, wenn deutsche Interessen berührt waren, die hat der Partner dann nicht bekommen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sei denn, er war schon bei der Vernehmung dabei!)

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es Einschränkungen? Also, haben Sie da auch die Person nach Handynummern gefragt, nach Geodaten gefragt? Oder gab es da Einschränkungen?

Zeuge U. P.: Wir haben die Person in der Vorprüfung nach ihrer Mobilfunknummer, Erreichbarkeit gefragt, eben um die Kommunikation zu vereinfachen. Explizit nach - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff dazu.

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es jetzt ganz konkret um Details geht, was erfragt wurde, dann bitte ich, das in eingestufte Sitzung zu schildern.

Ganz allgemeine Aussagen, wie Sie sie hier jetzt getätigt haben, sind okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann ist meine Zeit, glaube ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion. Jetzt stellt Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke die Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Guten Tag, Herr U. P.!

Zeuge U. P.: Guten Abend!

Martina Renner (DIE LINKE): Meine erste Frage wäre, ob Sie im Vorfeld der heutigen Befragung mit dem Zeugen R. C. gesprochen haben.

Zeuge U. P.: Wir haben miteinander telefoniert, dass wir am gleichen Tage einen Termin haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Und haben Sie sich da auch noch mal über Ihre ehemalige Arbeit in der HBW unterhalten?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn mit anderen Mitarbeitern des BNDs im Vorfeld der heutigen Befragung gesprochen?

Zeuge U. P.: Ich habe mit dem Kollegen dort hinten kurz gesprochen, etwa eine halbe Stunde, über das Prozedere, aber nicht inhaltlich, weil ich noch nie vor einem Untersuchungsausschuss oder dergleichen gesessen habe, und hatte halt - -

(RA Johannes Eisenberg:
Keine Akten eingesehen!)

Ich habe auch keine Akten eingesehen.

(RA Johannes Eisenberg:
Also ein jungfräulicher
Zeuge!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Der Kollege R. C. war für Sie auch erreichbar, weil Sie in derselben Dienststelle sind? Oder gibt es da noch Kontakt?

Zeuge U. P.: Nein. Wir sind in derselben Behörde.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind in derselben Behörde. Aber Sie wussten, Sie konnten ihn dann erreichen.

Zeuge U. P.: Ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Telefon!)

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wir haben ja so ein paar Informationen im Vorfeld bekommen, dass Sie ja doch jetzt mittlerweile in verschiedenen Bereichen tätig sind. Deswegen ist die Frage berechtigt, Herr Eisenberg, falls Ihr Gegrummel irgendein Missmut sein soll.

(RA Johannes Eisenberg:
„Telefon“ habe ich gesagt!)

Zeuge U. P.: Das hat er so nicht. Er hat nur „Telefon“ gesagt, und genauso war es auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

(RA Johannes Eisenberg:
Gibt es auch beim BND!)

Und der Anlass, mit Herrn R. C. zu reden, war zu sagen: „Hallo, Sie sind auch geladen, ich auch“? Oder was war der Anlass, mit Herrn R. C. Kontakt aufzunehmen?

Zeuge U. P.: Ja, dass wir halt tatsächlich beide geladen sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Das - - Na ja.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
War ein kurzes Gespräch!)

Zeuge U. P.: Lang war es nicht, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Kollegen der amerikanischen Seite kamen alle vom DIA? Oder waren das auch Kollegen von NSA, CIA oder FBI oder anderen amerikanischen Diensten? Da gibt es ja unzählige.

Zeuge U. P.: In der Tat unzählige. Aber meines Wissens nach waren das alles DIA-Angehörige, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): DIA ist ein militärischer Geheimdienst?

Zeuge U. P.: Defense Intelligence Agency, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist dem Pentagon angegliedert. Haben Sie sich mal darüber Gedanken gemacht, warum die Kooperation mit einem militärischen Geheimdienst stattfindet?

Zeuge U. P.: Da, denke ich, muss man auch auf die Geschichte und die Besonderheiten dieser HBW schauen, woraus sie erwachsen ist, und da ist halt DIA übergeblieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Vom Kalten Krieg.

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Mich würde interessieren: Wenn die Kollegen der DIA unterwegs waren, hatten sie einen Dienstausweis der HBW?

(RD Philipp Wolff (BK): In
eingestufte Sitzung!
Hatten wir vorhin auch in
eingestufte Sitzung!)

- Okay. - Die wurden auch - - Vielleicht kann man das ja beantworten, wer sie bezahlt hat. Der BND nicht?

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht. Wem waren die denn dienstrechtlich unterstellt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge U. P.: Ich bin kein Jurist. Das kann ich Ihnen so nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war weisungsbefugt gegenüber den Kollegen?

Zeuge U. P.: Na, also - - Der Dienststellenleiter hat ihnen gesagt, was zu machen ist, ja. Aber ob das jetzt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und die haben auch ihre Stundenabrechnungen dann dem Dienststellenleiter gegeben, ihre Reisekostenabrechnungen und was man da so macht als Mitarbeiter.

Zeuge U. P.: Also, wo sie ihre Stundenzettel abgerechnet haben, das weiß ich nicht. Reisekosten? Nein, haben sie nicht bei uns abgerechnet, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren sie eigentlich nicht dem BND unterstellt, oder?

Zeuge U. P.: Na ja, also, wie jetzt das genaue formaljuristische Unterstellungsverhältnis ist, mit Verlaub, das weiß ich nicht. Das waren Kollegen, die mit uns zusammengearbeitet haben, ja. Aber, wie gesagt, wie das da jetzt formaljuristisch war: Tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich sage mal so: Wenn eine deutsche Behörde, die der BND ja noch ist - also auf jeden Fall in unserem Verständnis, vielleicht nicht in seinem -, Mitarbeiter eines ausländischen Nachrichtendienstes mit Dienstaussweis und Befugnissen ausstattet, die Befugnisse auch in die Grundrechte von Menschen eingreifen - es geht ja um ND-Maßnahmen hier, und unser Grundrechtsbegriff endet wenigstens nicht beim deutschen Pass -, müsste man wenigstens so eine Konstruktion zugrunde legen, dass diese Mitarbeiter, ich sage mal, in irgendeiner Form den Eid auf die Verfassung und Ähnliches dieses Staates geleistet haben und - -

Zeuge U. P.: Ich bin kein Jurist, das tut mir leid. Auf die Diskussion kann ich mich definitiv nicht einlassen.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil der Grundrechtseingriff ist ja nun - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine einmalige Konstruktion!)

- Ja, wirklich. - Also, der Grundrechtseingriff ist ja nun klar. Es ist eine ND-Maßnahme, bei der personenbezogene Daten erhoben werden und geteilt werden mit anderen Dienststellen, also nicht nur zu der Zielperson selbst, sondern auch zu anderen Personen, über die die Zielperson berichtet.

Zeuge U. P.: Ich bin kein Jurist. Ich kann mir da kein Urteil drüber erlauben, tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Wenn man da so anfängt und man sagt: „Okay, wir arbeiten hier in Teams“, und da sind auch die Amerikaner, und die kommen mit ihrem eigenen Laptop, und die befragen auch die Flüchtlinge, und die erstellen Protokolle, fragt man sich dann nicht irgendwann mal: „Auf welcher Grundlage arbeiten wir denn mit denen zusammen?“

Zeuge U. P.: Also, dass Amerikaner mit ihren Laptops in Befragungen saßen, kann ich hier nicht bestätigen, zumindest was die Berliner Dienststelle anbelangt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, die hatten immer Zettel und Stift dabei.

Zeuge U. P.: Ja, manchmal auch Stadtpläne.

Martina Renner (DIE LINKE): Die sie dem zu Befragenden vorgelegt haben.

Zeuge U. P.: Die wir den zu Befragenden, wenn die Notwendigkeit bestand, vorgelegt haben, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren das Satellitenbilder?

Zeuge U. P.: Karten, also Stadtpläne.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Waren das Satellitenbilder auch?

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort - RA
Johannes Eisenberg: Das ge-
hört alles in die nicht-
öffentliche Sitzung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte, Herr Eisenberg?

RD Philipp Wolff (BK): Wiederum: Zu den genau - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das gehört in die nicht-
öffentliche Sitzung! Das
wissen Sie doch! Das ist
doch vorhin schon mal in
die nichtöffentliche Sit-
zung verwiesen worden!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, der Zeuge hat jetzt selbst von Stadtplänen gesprochen, und dann habe ich nachgefragt, ob es sich um Stadtpläne handelt in dem Sinne, wie wir uns vielleicht einen Stadtplan vorstellen, so wie früher gefaltet irgendwie usw., oder ob es sich um Satellitenbilder handelt.

(RA Johannes Eisenberg:
Daraufhin habe ich gesagt:
Zu den Einzelheiten kann
er nur in nichtöffentlicher
Sitzung etwas sagen!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben hier eigentlich gar nichts zu sagen, Herr Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg:
Stimmt!)

Das ist halt das Traurige.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber ich darf ja doch auch
sagen, wenn der Zeuge
seine Aussagegenehmigung

überschreiten würde bei
einer Beantwortung!)

Martina Renner (DIE LINKE): Sie können den Zeugen beraten; das wissen Sie, seit wie vielen Sitzungen wir hier zusammensitzen. Aber das - -

(RA Johannes Eisenberg:
Sie wissen doch ganz
genau, dass Sie ihn nach
was fragen, was er in
öffentlicher Sitzung nicht
beantworten darf!)

- Was ich hier mache, ist mein Bier, und das haben Sie nicht zu kommentieren, ja?

(RA Johannes Eisenberg:
Doch!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich überlege mal, wann ich einschreite. Auf jeden Fall wird es jetzt wieder lebendiger. Eben war es so ein bisschen ruhig geworden. Jetzt sind alle wieder wach. - So, jetzt hat Frau Kollegin Renner noch gut anderthalb Minuten für die letzten Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Befragungen fanden zum Teil jetzt in Ihrem Bereich auch in einer Form statt, dass nur die amerikanischen Befragter zugegen waren, oder war immer ein BND-Mitarbeiter auch dabei?

Zeuge U. P.: Wie ich vorhin schon gesagt habe, gab es tatsächlich die extreme Ausnahme, dass auch in sehr, sehr seltenen Fällen ein US-Befragter alleine eine Befragung, einen Termin wahrgenommen hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Und im Nachgang wurde Ihnen das Protokoll ausgehändigt?

Zeuge U. P.: Im Nachgang setzte man sich zusammen. Dann wurde Bericht erstattet. Das heißt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Schriftlich oder mündlich?

Zeuge U. P.: Zunächst mal in mündlicher Form. Anhand der handschriftlichen Notizen wurde



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Gespräch also durchgegangen, was da stattgefunden hat. Und dann erfolgte durch den Partner, also US-Befrager, die entsprechende Verschriftlichung des Ganzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde Ihnen jetzt - das ganz kurz noch - wegen dem Laptop einen kurzen Vorhalt machen, und zwar aus MAT A BND-50/3. Das ist die Tagebuchnummer 247/16. Da geht es um den Treffbericht zu einer Quelle, und dort finden Sie unter 3.2 - -

RD Philipp Wolff (BK): Ist das ein eingestuftes Material? Dann bitte ich auch, das entsprechend nicht zu zitieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das - - Wir können doch immer noch - -

RD Philipp Wolff (BK): Einen stillen Vorhalt machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ich habe doch noch gar nicht gesagt, um was es hier geht.

RD Philipp Wolff (BK): Doch, natürlich haben Sie das. Unter Ziffer 3.2 finden wir wahrscheinlich jetzt etwas, was Sie schon zuvor gesagt hatten.

(RA Johannes Eisenberg:
Laptop!)

Aber genau das ist nicht Sinn des stillen Vorhalts.

Martina Renner (DIE LINKE): Unter 3.2 finden Sie etwas, was Sie sich gerne durchlesen würden.

RD Philipp Wolff (BK): Richtig. Und ich bitte, das nicht zu zitieren, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann im Nachgang würde ich Sie fragen, ob Ihre Aussage zu korrigieren ist.

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte, es wirklich nicht zu zitieren. Insofern ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann machen wir das doch mal in einer eingestuften Sitzung. Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, machen wir dann da. Gut. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der SPD. Herr Kollege Lischka.

Burkhard Lischka (SPD): Ja, Herr P., jetzt vielleicht mal vorne noch mal angefangen bei Ihrer Außenstelle: Wie viele Befragungen haben Sie denn so im Jahr im Durchschnitt durchgeführt?

Zeuge U. P.: Ich persönlich?

Burkhard Lischka (SPD): Nein, insgesamt, die Außenstelle.

Zeuge U. P.: Die Dienststelle. Also, bis September 2012 kann ich das nicht sagen, weil ich da Befrager war. Ab September 2012, sagen wir mal, für das letzte Vierteljahr 2012 grob geschätzt 20, 25 Gesprächstermine. Da fasse ich zusammen die Vorprüfungen und Befragungen, also Gesprächstermine. Ich glaube, auf den Terminus kann man sich möglicherweise einigen.

Burkhard Lischka (SPD): Pro Jahr.

Zeuge U. P.: Das war jetzt das - -

Burkhard Lischka (SPD): Und das war etwa die Zeit, hatten Sie, glaube ich - -

Zeuge U. P.: Moment, ganz kurz. Das war das letzte Vierteljahr 2012, wo ich dann zunächst mal kommissarisch Befragerführer war. Dann das Jahr 2013 betrachtet, meine ich, dann jetzt aufs Jahr bezogen, waren es 30, knapp drüber, knapp drunter.

Burkhard Lischka (SPD): Das war dann zu einer Zeit so etwa, sagten Sie vorhin, mit vier bis fünf HBW-Befragern. Richtig?

Zeuge U. P.: Die Zahl vier bis fünf HBW-Befrager bezog sich auf den September 2012. Das habe ich möglicherweise unscharf ausgedrückt. Anfang 2013 hatte ich zum Teil einen bzw. zwei HBW-, also deutsche Befrager.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Burkhard Lischka (SPD): Jetzt sage ich es mal ziemlich laienhaft: Pro Befrager wären das im Jahr etwa zehn, fünfzehn Gespräche. Richtig?

(Der Zeuge nickt)

Womit war man sonst denn üblicherweise dann beschäftigt? Können Sie das mal schildern? Neben diesen Befragungen in der HBW: Was hat da vor allen Dingen personelle Kapazitäten gebunden?

Zeuge U. P.: Also, zunächst mal ist es so, dass - das habe ich versucht, auch schon vorhin zu kommunizieren - die Vorbereitungen von Gesprächen durchaus zeitintensiv waren. Das heißt, es - - Aus der Mengenlehre: Es mussten da Schnittmengen gebildet werden, wo dann die zu befragende Person Zeit hatte, wo ein entsprechender Dolmetscher zur Verfügung stand. Das ist bei bestimmten Dialekten nicht einfach, da dann eben auch die entsprechenden Leute verfügbar zu haben.

Die Gesprächsvor- und Gesprächsnachbereitung ist je nach Thema auch durchaus intensiv gewesen. Das heißt, diese Zeiten kommen noch mit dazu. Das jetzt nur zu beschränken auf „er fährt los, er ist da, er fragt, er fährt nach Hause“, wäre ein bisschen eng gefasst.

Burkhard Lischka (SPD): Können Sie noch was zu diesen Teams darlegen, auch mal grob zu nächst mal? Wie groß waren denn üblicherweise die Teams? Ich habe jetzt Ihren bisherigen Aussagen entnommen: Es gab zumeist - jetzt nehmen wir mal den Regelfall - einen Befrager HBW, einen AND, ich nehme an, noch einen Dolmetscher dabei. Waren das immer Dreierteams, oder gab es davon auch Ausnahmen? Oder war das so, sagen wir mal, in 99 Prozent der Fälle die Regel?

Zeuge U. P.: Also, in 80 Prozent der Fälle war das die Regel, dass es praktisch diese Dreierteams sind, wobei eben der Dolmetscher ja kein HBW-Mitarbeiter ist, sondern -

Burkhard Lischka (SPD): Das ist klar.

Zeuge U. P.: - ein - in Anführungsstrichen - „gemieteter Dolmetscher“. Es gab auch rein deutsche Befragungen ohne Beteiligung der Partner, auch dort in aller Regel in Zweierteams, und es gab auch Befragungen ohne Dolmetscher. Wenn man zum Beispiel festgestellt hat im Rahmen der Vorprüfung, oh, der Gesprächspartner spricht -

Burkhard Lischka (SPD): - Englisch gut.

Zeuge U. P.: - gut Englisch oder auch Französisch, dann hat man das auch gerne eben in der Sprache geführt, so die Befrager dieser Sprache mächtig waren. Da hatte man aber auch schon im Vorfeld drauf geschaut, nach Möglichkeit auch von der Sprachkompetenz her eben entsprechend dann diese Teams zu bilden.

Es gab also keine festen Teams, dass immer A mit B und C mit D losmarschiert ist, sondern das war abhängig eben von der Sprachkompetenz, auch von der Kapazität und auch von den Themen, weil jeder Befrager so im Laufe der Zeit so seinen Spezialbereich im Grunde entwickelt, wo er dann eher zu Hause ist. Generell kann man aber auch sagen, dass ein Befrager tatsächlich ein eher in der Breite aufgestellter Universaldilettant ist. Also, es geht nicht in die Tiefe, es geht in die Breite.

Burkhard Lischka (SPD): Gab es für Sie eigentlich so Grenzen des Teams? Also, wir hatten vorhin von einem Zeugen gehört: Wir haben uns immer bemüht, dass die Teams auch nicht so groß sind, damit wir da möglicherweise die Asylbewerber auch nicht verschrecken, indem wir da - - Gab es da aber auch mal Fälle, wo Sie wirklich - ich weiß nicht - mit fünf, sechs, sieben Leuten in dem Team dort - - Nein?

Zeuge U. P.: Nein. Was vorgekommen ist: dass im Rahmen - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Das ist dann eingestuft.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. - Sie haben ja geschildert, dass im Regelfall von dem AND auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Befrager dabei war. Sie haben eben auch noch mal gesagt: Es gab Einzelfälle, wo wir auch Befragungen alleine gemacht haben. Können Sie das so grob prozentual einschätzen, in wie viel Prozent der Fälle ein AND-Befrager mit dabei war? Hier in Berlin.

Zeuge U. P.: Ja, zu was anderem kann ich nun schon gleich gar nichts sagen. Ich möchte sagen, auch - - Ja, ich möchte sagen: 80 Prozent, denke ich, sind die in gemischten Teams abgelaufen.

Burkhard Lischka (SPD): Hat man sich zwischen den Außenstellen mal ausgetauscht auch hinsichtlich dieser Befragung, dieser Teamstärke, auch entsprechend der Beteiligung von ANDs? Ich frage einfach mal deshalb, weil wir von einem Zeugen auch gehört haben, dass der Anteil weitaus geringer gewesen ist in einer anderen Außenstelle, was die Beteiligung von ANDs angeht, auch mit dem Argument: Wir wollten eigentlich immer in sehr, sehr kleinen Teams dort auftreten, weil wir ansonsten die Befürchtung hatten, dass die Asylbewerber oder der konkrete vielleicht auch ein bisschen verschreckt wird.

Zeuge U. P.: Man hat sich durchaus über das eine oder andere ausgetauscht, ja. Und es ist auch - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, ich habe das Go. - Es gab tatsächlich unterschiedliche, ja, sage ich mal, Arbeitsweisen in den Außenstellen, was die Einbindung der Partner anbelangte, und zwar aufgrund der Tatsache, dass an mancher Außenstelle eben fast kein Partner, also US-Befrager, war, an der Berliner Stelle aber doch eben zwischen - was habe ich gesagt? - 2001 sieben bis acht - das schwankte auch -, dann vier, fünf zum Ende hin. Da gab es auch ganz klar die Anweisung, dass die auch zu beschäftigen sind.

Burkhard Lischka (SPD): Wie haben die sich üblicherweise generell an diesen Gesprächen beteiligt? Waren das eher Zuhörer, oder waren die ein aktiver Part? Waren die HBW-Befrager der aktive

Part, und es gab dann vielleicht noch ein paar gezielte Nachfragen?

Zeuge U. P.: Also, ich zum Beispiel - - Wenn ich mit einem Partnerbefrager losmarschiert bin, hatte ich den Lead. Das heißt, ich habe das Gespräch geführt. Da war der Partnerbefrager respektive die Partnerbefragerin, was es auch gab, eher etwas abseits. Sie hat mir dann oder er hat mir dann Hinweise gegeben: hier noch und da noch. - Als ich Befrager war und auch eben befragt habe, war es in meinen Befragungen nie so, dass der Partner da den Lead übernommen hat oder eine führende, dominante Rolle gespielt hat.

Burkhard Lischka (SPD): War das generell so, oder war das ein Stückchen weit personenabhängig?

Zeuge U. P.: Also, was jetzt die Befragerinnen und Befrager anbelangt in der Zeit von 2001 bis September 2012 an der Berliner Dienststelle, weiß ich das nicht, kann ich das nicht sagen. Als ich dann Befragerführer war, kommissarisch, September 2012, habe ich durchaus darauf hingewiesen und hingewirkt, darauf zu achten, dass eben die deutschen Befrager da die Chefs im Ring sind. Und da gab es auch in der Zeit keine Probleme.

Burkhard Lischka (SPD): Haben Sie jemals erlebt, dass es Vorschläge der Mitarbeiter des AND gab, wen man eigentlich mal sprechen sollte?

Zeuge U. P.: Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Burkhard Lischka (SPD): Na, dass Vorschläge vom AND selber oder es Wünsche gab, bestimmte Personen, bestimmte Asylbewerber zu befragen. Oder ging die Initiative jedes Mal von Ihnen aus? Oder gab es andersherum auch mal Wünsche, die an Sie herangetragen wurden, dass man sagte - ich sage es jetzt mal konkret -: Es gibt den und den Asylbewerber hier. Wollen wir den nicht mal sprechen?

Zeuge U. P.: Nein.

Burkhard Lischka (SPD): Nicht? - Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge U. P.: Das ließ das System auch gar nicht zu; denn die Partner haben ja gar nicht erfahren, wer in Deutschland Asyl beantragt hat, sondern das ging zunächst ja über die deutschen Schreib-tische, also über den - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, das heißt, die Deutschen haben entschieden, welche Tipps, welche Anhörungsprotokolle bearbeitet werden. Und auch nur davon - - Dann hat der Partner überhaupt davon erfahren, dass Asylbewerber XY aus sonst woher in Deutschland Asyl beantragt hat. Oder habe ich Ihre Frage jetzt nicht richtig verstanden?

Burkhard Lischka (SPD): Na ja, ich frage auch vor dem Hintergrund: Wenn wir uns mal an die letzten Wochen auch erinnern, auch an das, was durchaus pressewirksam ist, dass es ja immer wieder Hinweise von ANDs gibt, auch gegenüber unseren Nachrichtendiensten, auch bezüglich möglicher Flüchtlinge, die sich in Deutschland aufhalten, die über den IS zum Beispiel eingeschleust wurden, und Ähnliches.

Zeuge U. P.: So was hatten wir nicht.

Burkhard Lischka (SPD): Und von daher war so meine Überlegung, ob es nicht möglicherweise auch mal Wünsche vom AND gab, dass gesagt wurde: Wir wissen, hier ist ein Asylbewerber. Sollen wir den nicht mal gemeinsam sprechen? - So was gab es nicht?

Zeuge U. P.: Nein, gab es definitiv nicht.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. - Sie hatten vorhin auch geschildert diese Frage - - Sie haben eine erste Befragung. Dann haben Sie das Verfahren geschildert, dass es dann zu weiteren Gesprächen Befragungen gab, vom HBW. Können Sie das mal so prozentual vielleicht ein bisschen grob festmachen: Wie häufig hat es sich nach einem Gespräch erschöpft? Und Sie haben gesagt: Das ist jetzt nicht so viel Mühen mehr wert. - Und in wie viel Prozent der Fälle gab es denn weitere Gespräche?

Zeuge U. P.: Da muss man die Zeit mit einbeziehen in die Antwort. Also, 2001, als ich angefangen habe, oder im Sommer 2001, als ich angefangen habe, schätze ich mal - - Das ist jetzt aber tatsächlich eine Schätzung, weil die explizite Zahl kann ich nicht sagen, sondern eine Hochrechnung von dem, was bei mir an Ergebnissen herausgekommen ist und an weiterführenden Befragungen. Da schätze ich ungefähr, dass 60, 70 Prozent der bearbeiteten Fälle tatsächlich mit der sogenannten Vorprüfung, also diesem Erstgespräch, dann auch beendet waren.

Burkhard Lischka (SPD): Wurde das mit den Mitarbeitern des AND auch diskutiert? Gab es da auch schon mal Meinungsverschiedenheiten, dass vonseiten der Befragter des AND gesagt wurde: „Also, wir kommen aber hier zu einer anderen Einschätzung, würden das gerne weiter fortführen“? Das war meistens einvernehmlich - oder immer?

Zeuge U. P.: Meiner Erinnerung nach - - Gut, also, wie gesagt: Bis 2012 war ich Befragter. Da gab es bei Gesprächen, die ich mit geführt habe, oder Tipps, die ich bearbeitet habe, keinen Dissens.

Burkhard Lischka (SPD): Okay.

Zeuge U. P.: Das konnten wir im Vorfeld klären. Und danach, als ich dann eben kommissarischer Befragterführer war bzw. dann auch eben verfügbarer Befragterführer, auch nicht.

Burkhard Lischka (SPD): Sie hatten ja dann geschildert die Belehrung der Asylbewerber hinsichtlich der Freiwilligkeit, auch in jeder Phase dieses Verfahrens. Wie häufig kam das denn vor, dass dann ein Asylbewerber gesagt hat: „Nein, ich möchte dieses Gespräch nicht“ oder: „Ich möchte auch dieses Gespräch nicht weiterführen“? Waren das absolute Ausnahmefälle, oder war das schon eine qualifizierte Minderheit?

Zeuge U. P.: Also, bei mir persönlich bis 2012 möchte ich sagen, dass das überschlagsweise - nageln Sie mich nicht fest - 15, 20 Prozent der Fälle waren, dass die Personen gesagt haben:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nein, ich möchte mich mit Ihnen nicht unterhalten.

Burkhard Lischka (SPD): Okay.

Zeuge U. P.: Also, ich unterteile das immer, also: Befrager-, Befragerführerzeit. - Als Befragerführer von 2012 bis 2014 verschwindend gering. Also, kann ich da nicht beziffern. Ich habe es nicht so wahrgenommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Burkhard Lischka (SPD): Haben Sie das eigentlich, rückblickend betrachtet, für eine ergiebige Arbeit gehalten, wo Sie sagen, diese Befragungen haben schon etwas gebracht, da waren auch wirklich top interessante Sachen dabei, oder war das etwas, was Sie eher einordnen würden als eher geringen Informationsgehalt, so insgesamt?

Zeuge U. P.: Also, zum einen gab es ja Rückäußerungen von den auswertenden Bereichen respektive aus den auswertenden Bereichen heraus, die sich positiv über die Ergebnisse und Arbeitsergebnisse geäußert haben. Und auch mein persönliches Gefühl, also jetzt wieder explizit persönliche Meinung, ist so, dass es ein durchaus nützliches Instrument und auch sinnstiftendes Instrument ist. Ob nun als integriertes oder als nationales System, lasse ich einmal dahingestellt.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. - Vielen Dank. Ich glaube, meine Zeit war jetzt auch um.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Passt genau. - Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und zu Herrn Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich habe zunächst zu den Zahlen noch mal eine Frage, weil wir ja vorhin einen Kollegen von Ihnen gehört haben. Da waren die viel, viel höher. Habe ich Sie da richtig verstanden, circa zehn Gespräche im Jahr hatten Sie geführt, oder wie viel?

Zeuge U. P.: Also, ich meine nicht, dass ich gesagt habe, dass ich zehn Gespräche im Jahr geführt hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Ja wie viel denn?

Zeuge U. P.: Also, für die Zeit bis September 2012 kann ich nur sagen, was ich gemacht habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja; klar.

Zeuge U. P.: Und dann hatte ich gesagt, dass, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, in der Zeit von September 2012 bis Jahresende 2012, da möglich es, glaube ich, 10 oder 15 oder 20 - - gesagt.

Das Jahr 2013 waren es auch, meine ich, 25, 30 Gespräche, was natürlich auch der Tatsache geschuldet war, dass ich zu dem Zeitpunkt über lange Zeit nur einen respektive zwei deutsche Befrager zur Verfügung hatte und wir eben in gemischten Teams, also wenn - - die Partner nach Möglichkeit nicht alleine haben Gespräche führen lassen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich halte Ihnen das mal vor. Wir haben vorhin gehört: Am Anfang - das war jetzt nicht 2012/2013, sondern - - wurden 1 500 im Jahr, also sollen das - - Und bei Ihnen - - Also vom ganzen Team jetzt.

Zeuge U. P.: Ich habe nur von der Berliner Dienststelle gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge U. P.: Andere Zahlen weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, bei Ihnen waren es jedenfalls sehr viel weniger, waren es die Zahlen, die Sie jetzt gesagt haben. Also, selbst 25 in drei Monaten oder - - ist ja nicht viel im Monat. Bleiben fünf im Monat oder so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich will einfach wissen: Wie lange haben Sie sich ungefähr um einen Fall durchschnittlich gekümmert? Also, war das ein Gespräch von einer halben Stunde, oder war das ein Gespräch vom Nachmittag oder einen ganzen Tag, oder wie war das?

Zeuge U. P.: Also, die sogenannte Vorprüfung war ein Gespräch, was dem Inhalt nach etwa einer halben, Dreiviertelstunde entspricht. Das heißt, mit Dolmetscher, im Zweifel etwas ausschweifendere Antworten kann so ein Gespräch sich auch in realitas tatsächlich schon mal auf zwei, zweieinhalb Stunden erstreckt haben. Dazu kommt noch die Anreise, die Abreise. So. Dann ist also - - Sagen wir: Auch für ein nur zweistündiges Gespräch ist in der Regel der gesamte Arbeitstag weg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge U. P.: Denn die Asylbewerber waren ja nun zum Teil auch eher, sagen wir, einsam untergebracht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um was ging es denn bei den Befragungen?

Zeuge U. P.: Um - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist ja nur in nicht-
öffentlicher Sitzung!)

- Das ist jetzt ja wieder in - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde der Praktikabilität vorschlagen, dass der Zeugenbeistand mit der Bundesregierung das irgendwie vermittelt. Das muss nicht immer über mich gehen, wenn da Diskussionen sind. Also, ich erlaube das grundsätzlich.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe es ihm doch
gesagt!)

Zeuge U. P.: Also, die Themenbereiche deckten ab: Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, teilweise Militär, Migration. Also, wie gesagt: Die Befragter sind breit aufgestellt und dementsprechend auch die Themen, die es zu bearbeiten gilt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was war denn Ihr Auftrag? Sollten Sie einfach mal hören, was er erlebt hat, oder sollten Sie auf bestimmte Sachen achten? Ging es um militärische Objekte?

Zeuge U. P.: Nein. Die Befragungsthemen richteten sich nach dem, was die zu befragende Person mitbrachte an Wissen, also was in ihrem Kopf drin war. Und das richtet sich danach, wo sie herkommt, welche Funktion sie hatte, sei es gesellschaftlich, sei es beruflich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nach was haben Sie denn - - Sie haben ja erst die Berichte oder Befragungen gelesen vom Bundesamt.

Zeuge U. P.: Die Anhörungsprotokolle, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und danach haben Sie dann entschieden: Um den kümmern wir uns mehr. - Und was hat Ihre Aufmerksamkeit?

Zeuge U. P.: Da haben wir dann anhand dieser Anhörungsprotokolle entschieden: Okay, diesen Tipp greifen wir auf oder aber eben auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, welche haben Sie aufgegriffen und welche nicht?

Zeuge U. P.: Personen, von denen wir ausgingen, dass sie über Wissen verfügen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen. Ja, jeder verfügt über Wissen.

Zeuge U. P.: Über Wissen, was interessant ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, kommt drauf an, was interessant ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es wirklich um konkrete Inhalte geht, dann nur in eingestufte Sitzung. Natürlich, so interessant ist das Auftragsprofil für den BND, und da kann man natürlich nicht draus zitieren! Aber das liegt auf der Hand!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also sagen Sie nichts, oder wie?

Zeuge U. P.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es kommt ja gleich noch die eingestufte Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Wir können das verschieben. - Dann habe ich - - Zu der anderen Frage noch mal zurück: Mitarbeit oder Zusammenarbeit mit den AND-Kollegen. Was wurde Ihnen denn gesagt, als Sie angefangen haben - oder auch dann später -, was für eine Stellung die da haben? War das einfach eine Begleitperson, die aus Interesse da mal zuhören will, oder waren die mehr?

Zeuge U. P.: Das waren Befragerkollegen wie ich auch, also auf Augenhöhe, definitiv nicht mehr, nicht drüber.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht drüber. Haben die selber eine eigene Agenda gehabt? Haben die selber Zettel gehabt und gesagt: „Jetzt stelle ich mal die und die Fragen“?

Zeuge U. P.: Nein. Die Fragen wurden im Vorfeld miteinander abgestimmt. Aber dann kommen wir jetzt auch schon wieder in die Methodik der Vorbereitung rein. Das gibt meine Aussagegenehmigung nicht her.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und welche Stellung hatten die, waren die Mitarbeiter Ihres Amtes, von HBW? Galten die als Mitarbeiter von HBW? Wie sind die da reingekommen? Sie haben jetzt mit jemandem geredet, und da hatten Sie noch einen Dolmetscher, und dann haben Sie gesagt: Das ist jetzt Herr Meier aus den USA. - Oder was haben Sie gesagt?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge U. P.: Also, es war folgendermaßen, dass wir, wenn wir in das Gespräch reingegangen sind - - Also, der Herr Eisenberg ist jetzt zum Beispiel der Partnerbefragter. Wir unterhalten uns. Ich stelle mich vor: Gestatten, mein Name ist U. P. Ich komme von der Hauptstelle für Befragungswesen. Das ist der Kollege Eisenberg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wurde gesagt: „Er ist auch vom HBW“?

Zeuge U. P.: Das ist der Kollege Eisenberg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja: Der Kollege Eisenberg, auch vom HBW.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber ein amerikanischer Agent eigentlich! -
RA Johannes Eisenberg:
Aus Kreuzberg, ja!)

Zeuge U. P.: Sachen gibt's, die gibt's gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Ich sagte: Sachen gibt's, die gibt's gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also, ich meine, seien Sie doch nicht so schwerfällig. Ich habe erst mal gefragt, was Ihnen vorher gesagt worden ist, was diese Person - - Das ist doch nicht eine normale Arbeit des Bundesnachrichtendienstes, dass die mit Personen anderer Dienste zusammen irgendwie losgehen und sagen: Das ist auch einer von uns.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war die letzte - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde Ihnen denn gesagt, sollen Sie sagen: „Das ist auch ein HBW-Mann“? Hatten die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausweise vom HBW? Haben Sie einen Ausweis vorgezeigt und der auch, oder wie war das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre die letzte Frage. Aber wir sind noch in öffentlicher Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können wir doch gleich den Herrn Wolff hier die Fragen beantworten lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Die gleiche Frage hatten wir eben schon mal beim vorherigen Zeugen. Deswegen erwähne ich es.

Zeuge U. P.: Das weiß ich ja alles nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Eben! Und außerdem ist das ja auch schon beantwortet! - Der Zeuge berät sich mit RD Philipp Wolff (BK))

Das waren die Kollegen von der HBW.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben die sich auch ausgewiesen als Kollegen von - - Oder wurde nur - - Wurde überhaupt kein Ausweis vorgezeigt?

Zeuge U. P.: Das ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren doch dabei, oder nicht?

Zeuge U. P.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können Sie doch sagen: Ja; nein; weiß ich nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Also, das mit diesen Ausweisen müsste ja in nicht-öffentlicher Sitzung beantwortet werden, wenn ich mich recht entsinne! Wenn ich das mal erinnern darf! Hatten wir ja eigentlich alles heute schon mal!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und wir wären auch mit der Zeit am Ende. - Da die Fraktion der CDU/CSU jetzt keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung hat, sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Ich bleibe mal bei den Kollegen der DIA. Sie waren ja streckenweise kommissarischer Referatsleiter, haben Sie eingangs erwähnt.

Zeuge U. P.: Mit Verlaub, nein. Ich war kommissarischer Befragterführer.

Martina Renner (DIE LINKE): Befragterführer.

Zeuge U. P.: Referatsleiter wäre chic gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Befragterführer. Auf jeden Fall sind Ihnen ja dann auch solche administrativen Abläufe sicherlich darüber bekannt. Wie sieht das aus? Also, man verabredet sich, gemeinsam einen Flüchtling irgendwo aufzusuchen, und fährt dann gemeinsam mit dem Auto. Oder fährt jeder mit seinem eigenen Auto?

Zeuge U. P.: Man ist im Team gereist, also zusammen gereist.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn man dann zum Beispiel die Einrichtung, also Erstaufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft, betritt, weist man sich gegenüber den Betreibern oder dem Wachdienst aus?

Zeuge U. P.: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da hat der amerikanische Kollege auch einen Ausweis?

(RA Johannes Eisenberg:
Das kann man dann nur in nichtöffentlicher Sitzung beantworten!)

RD Philipp Wolff (BK): Die Ausweisfrage ist eingestuft, Frau Renner, und die können wir gerne in nichtöffentlicher Sitzung behandeln.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und wer hat den Ausweis ausgestellt?

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

- Nichtöffentliche Sitzung, gut. - Und wir haben ja schon geklärt: Also, bezahlt haben Sie den Kollegen nicht, der Bundesnachrichtendienst?

Zeuge U. P.: Also, ich persönlich habe den Kollegen definitiv nicht bezahlt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, hatten die so ein Anstellungsverhältnis wie Sie? Also, ich nehme an, so ein Sachbearbeiter muss - - Also, ich sage mal so: Ein Sachbearbeiter muss doch irgendwie wahrscheinlich irgendwie einen Stundennachweis führen, ja. Wenn er irgendwo hinwill, stellt er - -

(RA Johannes Eisenberg: Er
ist ein Beamter!)

- Bitte, Herr Eisenberg, es wäre jetzt ganz gut - Sie sind mittlerweile munter; das freut uns - - aber wenn Sie einfach ein bisschen ruhiger werden.

So. Also, Sie führen einen Stundennachweis gegenüber Ihrer Personalstelle, oder ich weiß nicht, wie das bei Ihnen organisiert ist. Sie müssen einen Dienstreiseantrag stellen, wenn Sie in irgendeine andere Stadt wollen, wenn Sie das Dienstfahrzeug des BND nutzen wollen oder ein öffentliches Verkehrsmittel. Wenn Sie Verpflegung unterwegs einnehmen, müssen Sie das wahrscheinlich auch noch abrechnen und Ähnliches mehr. Musste das der amerikanische Kollege auch alles so?

Zeuge U. P.: Ich weiß nicht, wie er das abgerechnet hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Macht der das für lau, aus Spaß, oder fährt der einfach so mit?

(RA Johannes Eisenberg:
Das weiß er doch nicht!)

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht. Also, ich kann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Man arbeitet über mehrere Jahre zusammen. Dann fragt man doch mal: Wer bezahlt dich? Was kriegst denn du eigentlich? - Da kommen ja auch noch Versicherungsfragen. Also, ich überlege mir mal, so ein Auto verunglückt irgendwie. Was ist denn dann? Ist der dann versichert über den BND, oder verscharrt man dann die Leiche? Also, was ist denn - -

Zeuge U. P.: Es tut mir leid, Frau Renner. Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber fragt man - - Wenn ich mit jemandem Tag für Tag zusammenarbeite, fragt man den nicht so was: „Bist du Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, oder bist du Mitarbeiter des DIA, und wer bezahlt dich, wer versichert dich, wer kontrolliert dich?“?

Zeuge U. P.: Also, mit Verlaub, Frau Renner: Das war definitiv nie ein Thema zwischen mir und einem der Kollegen der US-Befrager, tatsächlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie hatten getrennte - - Hatten Sie eigentlich getrennte Büros?

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Aber es gab gemeinsame Besprechungen?

Zeuge U. P.: Es gab anlassbezogene gemeinsame Besprechungen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie den Klarnamen des Kollegen gekannt, oder haben Sie ihn unter einem Tarnnamen angesprochen?

(RA Johannes Eisenberg:
Das gehört doch aber in die
nichtöffentliche Sitzung!
Methode!)

Wissen Sie nicht?

Zeuge U. P.: Nichtöffentlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Wieso denn das?)

- Ich darf nichts über die Methodik in öffentlicher Sitzung sagen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Die Methodik, wie
Sie den angesprochen
haben?)

- Na ja, Namensgebrauch ist Methodik, also nach meinem Dafürhalten schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Was wäre denn passiert, ein Befragter hätte sich beschwert, hätte gesagt: „Bei mir waren zwei Leute. Der eine hat mich in dem Gespräch in meiner Landessprache angesprochen und mir gedroht, entweder ich sage was, oder meiner Familie passiert was zu Hause“ oder so? Wer hätte die Fach- und Rechtsaufsicht über den US-amerikanischen Befragter ausgeübt, zu sagen: „Das geht überhaupt nicht hier, Leute zu bedrohen oder Ähnliches“? Wer ist die Rechts- und Fachaufsicht?

Zeuge U. P.: Na ja, die Fachaufsicht war ab September 2012 bis September 2013 kommissarisch, was die Berliner Dienststelle anbelangt, war ich, und ab September 2013 bis eben Juni 2014 verfügte ich. Da war ich die Fachaufsicht, aber Rechtsaufsicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Rechtsaufsicht, nein. Rechtsaufsicht bei Eingriff in Grundrechte, nein.

Zeuge U. P.: War ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wer war es denn? Ich würde gerne wissen, wer die Rechtsaufsicht war.

(RA Johannes Eisenberg:
Das müssen Sie den BND
fragen!)

- Der BND sitzt vor mir. Also, der Spruch, ich müsste den BND fragen, ist lustig.

(RA Johannes Eisenberg:
Die Rechtsabteilung!)

- Nein, die Rechtsabteilung muss ich gar nicht fragen. Jeder einzelne Beamte muss, wenn er in die Grundrechte eingreift, irgendwie selbst darüber Kenntnis haben.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat er ja nicht
gemacht!)

- Er greift doch auch in die Grundrechte ein, natürlich.

(Zuruf von
RA Johannes Eisenberg)

- Herr Eisenberg, es ist jetzt gut!

(RA Johannes Eisenberg:
Wieso denn? Aber wenn
Sie ihn hier in einer Weise
bedrängen! Sie haben doch
unterstellt - -)

- Ich bedränge hier gar niemanden. Und wie wir hier vernehmen und wie wir fragen, haben Sie überhaupt nicht zu kommentieren. Ich denke, Sie sind Strafverteidiger. Sie müssten das wissen.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber ich könnte jetzt - -
Aber entschuldigen Sie
mal, Herr Vorsitzender!
Darf ich mal das Wort
erbitten? Ich beantrage jetzt
mal, festzustellen, dass die
Frage unzulässig ist! -
Gegenruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Jetzt erbitten Sie das
Wort! Sie reden die ganze
Zeit! - Gegenruf von
RA Johannes Eisenberg: Ja,
das ist ja in Ordnung! Nach
dem Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss-
gesetz, habe ich doch bei
Ihnen hier gelernt, kann
doch jetzt der Zeuge durch



Nur zur dienstlichen Verwendung

mich beantragen, festzustellen, dass die Frage unzulässig ist! Die Frage lautet nämlich, dass jemand in einer Sprache, die er nicht versteht, und mit einer Gestik, die er nicht versteht, jemanden bedroht! Das nennen Sie Grundrechtseingriff! Und jetzt fragen Sie ihn, wer die Rechtsaufsicht darüber hat!)

- Nein, nein, nein.

(RA Johannes Eisenberg:
So! Die Frage ist unzulässig!)

- Ich habe gesagt: Es kann ja sein, dass auch mal irgendwo Beschwerden aufgetaucht sind. Und da stellt sich für mich dann die Frage, ob es eine Rechtsaufsicht gegeben hat. Wir haben die Fachaufsicht geklärt.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist doch jetzt eine ganz andere Frage! Die kann er auch beantworten!)

- Dann hören Sie doch mal zu! - Die Frage ist irgendwie: Fachaufsicht haben wir geklärt; lag bei Ihnen für einen bestimmten Zeitraum. Und die Rechtsaufsicht, wer hatte die denn? Weil der Kollege auf amerikanischer Seite hat ja hier in Deutschland ND-Maßnahmen durchgeführt, und da muss es ja eine Rechtsaufsicht geben.

Zeuge U. P.: Aufgrund der Tatsache, dass es keine Beschwerden gab vonseiten der Befragten, entzieht sich das definitiv meiner Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Und unabhängig davon, ob es Beschwerden gab: Haben Sie sich mal überlegt, wer die Rechtsaufsicht ist?

Zeuge U. P.: Das hätte sich dann im Zweifel, denke ich, schon rausgestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wer hat denn - - Also, wie sind denn diese Amerikaner eigentlich zu Ihnen gekommen? Also, es klingt jetzt sehr banal; aber das würde mich interessieren. Also, irgendjemand muss die ja sozusagen in diese HBW gebracht haben. Die werden ja nicht irgendwann mal vor der Tür gestanden haben und geklingelt und gesagt haben: Wir arbeiten ab morgen zusammen. - Wissen Sie was darüber, wenn da neue Mitarbeiter kamen, über welchen Weg die dorthin kamen?

Zeuge U. P.: Ganz kurz.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, ein paar US-Kollegen oder US-Befrager waren ja schon da. Und dann gab es natürlich Personalaustausch, wenn Stehzeiten abgelaufen waren usw. Und dann teilte uns die Führungsstelle mit, also das Referat: Es kommt ein neuer US-Befrager. Der heißt soundso. Der ist dann und dann da. - Beziehungsweise wurde dann auch von einem anderen US-Kollegen praktisch mitgebracht. Und dann standen die quasi vor der Tür respektive der US-Kollege, der andere, der dabei war, der Längerdiente - - ⁶kamen sie auch zur Tür rein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie eigentlich auch mal in den USA, dienstlich, nicht privat?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie hier in der Bundesrepublik in Liegenschaften von US-Geheimdiensten oder US-Streitkräften?

Zeuge U. P.: Ich war einmal in einer US-Liegenschaft in Grafenwöhr. Da ging es um den Umzug des Mobiliars der US-Kollegen aus der Berliner Dienststelle. Die hatten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Eigenes Mobiliar?

⁶ Ergänzung des Zeugen: „einfügen ‚so‘“, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge U. P.: Die hatten Panzerschränke.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, das ist gut.

Zeuge U. P.: Und die mussten natürlich dann entsorgt werden, also wieder in den Bestand der Amerikaner zurückgeführt werden. Sonst fehlt denen ja was.

Martina Renner (DIE LINKE): Die hatten eigene Panzerschränke, in denen sie ihre eigenen Dokumente und Laptops verwahrt haben oder Ähnliches? Keine Panzerschränke des BND, kein Verwahrgeless, wie das so schön heißt, des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge U. P.: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir das in der nächsten Runde klären?

Martina Renner (DIE LINKE): Oh, das wird unter Geheimschutzverordnung bestimmt total spannend. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil mit den Panzerschränken ist ja ganz beachtlich. - Frau Kollegin Mittag für die SPD.

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Ich habe nur noch ein paar Fragen. Sie sind ja - - Bei den Befragungen, da gab es ja, sagen wir mal, bei der einen oder anderen Person mehrere Befragungen, so nach und nach - - ergibt sich, dass das ganz ergebnisreich ist. Und dann wurden ja Berichte gefertigt. Wer entscheidet denn jetzt am Ende, ob der Bericht nun, wenn der AND mal nicht dabei gewesen ist - - wie die weitergegeben werden oder ob sie weitergegeben werden an AND? War das jetzt der Befragter selber, das war der Befragterführer oder die Dienststellenleitung?

Zeuge U. P.: Die Dienststellenleitung.

Susanne Mittag (SPD): Die Dienststellenleitung.

Zeuge U. P.: Zum Teil in Abstimmung mit den auswertenden Bereichen, wenn ich mich da jetzt recht erinnere.

Susanne Mittag (SPD): Mit den auswertenden Bereichen. Aber das ist - -

Zeuge U. P.: Deutsche Auswertung.

Susanne Mittag (SPD): Mit den deutschen auswertenden Bereichen. Aber nicht zwingend in Rückkopplung mit dem Befragter? - Es könnte also auch eine einsame Entscheidung gewesen sein?

Zeuge U. P.: Wenn die Führungsstelle oder das Referat gesagt hat: „Okay, wir geben das auch an die Partner“, obwohl das aus einer rein deutschen Befragung war, dann gab es sehr wohl Rückkopplungen mit den Befragern. Aber die Entscheidung oblag der Führungsstelle, also dem Referat.

Susanne Mittag (SPD): Hat der Befragter eine Empfehlung gegeben?

Zeuge U. P.: Ja. Er wurde halt gefragt, ob seiner Meinung nach da Hindernisse dem entgegenstehen.

Susanne Mittag (SPD): Und war das auch mal strittig?

Zeuge U. P.: Meiner Erinnerung nach nicht. Also, was mich persönlich anbelangt, definitiv nicht. Das kann ich mit großer Gewissheit, na, mit Gewissheit sagen. Aber auch in der Zeit, als ich Befragterführer war - - Nein, das hätte ich mitbekommen.

Susanne Mittag (SPD): Hätte man sich denn da drüber mal unterhalten, mit Befragern untereinander? Man spricht ja auch miteinander, oder?

Zeuge U. P.: Man kommuniziert durchaus miteinander.

Susanne Mittag (SPD): Genau. Also: Das hat geklappt, das hat nicht so gut geklappt. Da gab es Probleme. Kann das - -

Zeuge U. P.: Meinen Sie jetzt, was die Weitergabe von Meldungen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Susanne Mittag (SPD): Ja, dass eine Empfehlung da war: „Nein, lieber nicht weitergeben, könnte eine Gefährdung sein oder sonst irgendwie was“, und es ist doch weitergegeben worden?

Zeuge U. P.: Nein. Meines Wissens nach hat man sich nicht über die Meinung des Befragers dann hinweggesetzt.

Susanne Mittag (SPD): Wie ist denn vorgegangen worden, wenn der AND alleine befragt hat, jetzt kurzfristig krank - -

Zeuge U. P.: Krank geworden.

Susanne Mittag (SPD): Ja. „Oh, ganz unglücklich; geht nicht anders. Jetzt befragt der AND alleine. So, nun kann man nur hoffen und beten, dass alle Berichte ankommen.“ Wie läuft das dann denn weiter?

Zeuge U. P.: Ja, der Partnerbefrager kommt zur Dienststelle und erstattet Bericht, zunächst mal in mündlicher Form. Dann wird das verschriftet, eben in einen Gesprächsbericht und, wenn angefallen, dann Meldung.

Susanne Mittag (SPD): Wo verschriftet denn der AND das auf der Dienststelle, auf Ihrer?

Zeuge U. P.: In seinem Büro.

Susanne Mittag (SPD): In seinem Büro, an seinem Rechner?

Zeuge U. P.: Ja, an seinem PC.

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Hat der eine Außenanbindung oder - -

Zeuge U. P.: Nein, stand-alone.

Susanne Mittag (SPD): Bitte?

Zeuge U. P.: Stand-alone.

Susanne Mittag (SPD): Stand-alone. - Hat er nur immer an seinem Rechner die Berichte dann verschriftet oder auch Zugriff auf BND-Rechner?

Zeuge U. P.: Kein Partnerbefrager hat Zugriff auf BND-Rechner oder BND-Telefone, die in das BND-Netz reinreichen, gehabt.

Susanne Mittag (SPD): Und wenn er den jetzt verschriftet hat auf seinem Stand-alone-Rechner, was hat er denn damit gemacht? Ausdrucken, so. Und dann? Kann er ja nirgends hinschicken, ist ja stand-alone. Drucken - und dann kopieren? Nein.

Zeuge U. P.: Drucken, knicken, abheften - nein. Die Meldungen wurden dann auf USB-Sticks gezogen von den Partnern, und die wurden dann über eine Schnittstelle praktisch ins deutsche System reingenommen.

Susanne Mittag (SPD): Von wem? Wer hat den Stick denn dann gekriegt? Sie?

Zeuge U. P.: Die Außenstelle, der dafür zuständige Mitarbeiter.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Aber der deutsche Mitarbeiter. Also, er hat den Stick dann übergeben?

Zeuge U. P.: Ja, ja, der deutsche Mitarbeiter. Nur der deutsche Mitarbeiter hat den Stick in diese entsprechende Schnittstelle - -

Susanne Mittag (SPD): Ja. Wobei sich dann die Absprache, ob das weitergegeben wird oder nicht, ziemlich erledigt hat, weil der AND war ja schon da. Das hätte man sich dann gespart.

Zeuge U. P.: Denklogischerweise - -

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Dann habe ich noch eine Frage. Sie haben ja mehrere Befragungen durchgeführt.

Zeuge U. P.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Und dann wird ja auch einiges geschildert. Und wenn Sie jetzt von schwerwiegenden Vorfällen, von Verbrechenstatbeständen Kenntnis erlangt haben, wie sind Sie denn damit umgegangen? Sie haben sich mit demjenigen oder derjenigen unterhalten und haben dann festgestellt, also einmal: Derjenige war



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt Augenzeuge von einem - was weiß ich? - Verbrechenstatbestand - den kennen Sie ja auch -, oder der Befragte war Opfer. Das kann ja erst nach und nach rauskommen. Das erzählt man ja nicht zwingend gleich, wenn man den ersten Asylantrag unterschreibt.

Zeuge U. P.: Das ist richtig. Aber ich fürchte, da müsste ich jetzt dann doch zu sehr ins Detail gehen, wenn ich von so einer Befragung - -

Susanne Mittag (SPD): Eigentlich nur, wie grundsätzlich damit umgegangen wird.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge U. P.: Also, in meiner aktiven Zeit als Befrager hatte ich keinen Fall, wo eine zu befragende oder eine befragte Person selber Verbrechen verübt hat und mir das gegenüber geschildert hat.

Susanne Mittag (SPD): Nicht verübt - erlitten.

Zeuge U. P.: Ja. Sie haben ja beides gefragt, verübt und erlitten. Bei „erlitten“ ist jetzt die Frage: Also, es gab durchaus Schilderungen, zum Beispiel, dass Personen inhaftiert wurden und da misshandelt wurden. Das wurde dann entsprechend auch in Meldungen dokumentiert.

Susanne Mittag (SPD): Und dann verschwindet das ja nun relativ auch in der Versenkung. Also, ich sehe, nicht jeder, der dann da ist, weiß ja, dass, sagen wir mal, solche Schilderungen unter Umständen in späteren Verfahren sehr wichtig sein könnten, vielleicht im Moment nicht, wenn es noch Krieg gibt, aber in späteren schon, wenn es um Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht oder wenn man später mal ein Verbrechen aufklären kann. Es wird ja nicht jedes sofort aufgeklärt. So. Und dann schildern Sie das. Sie schreiben es in den Bericht rein. Aber auf diesen Bericht hat ja kein Mensch mehr Zugriff. Also, eigentlich verschwindet dann die Schilderung ja im Großen und Ganzen in der Versenkung und kann auch nirgends mehr - in Führungsstrichen - „genutzt“ werden, um mal auch einen Täter zu ermitteln bzw. irgendwann mal damit

umzugehen und zu sagen: Das ist bei so einer Befragung auch rausgekommen.

Den, den Sie befragen, der weiß ja nicht, was er für Möglichkeiten hat, dass man, sagen wir mal, später vielleicht doch mal den Täter kriegen könnte. Also, die, die aus diesen Gegenden kommen, denke ich, haben ja allerhand gesehen und auch einiges erlitten, und das kann ja später, sagen wir mal, eine wichtige Schilderung sein.

Zeuge U. P.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Kommt in die Akte, und dann wird erst mal abgelagert, oder wie?

Zeuge U. P.: Ich habe jetzt Ihre Frage nicht verstanden.

Susanne Mittag (SPD): Also, Verbrechenstatbestände, die nimmt man ja nicht einfach zur Kenntnis. Ich wollte jetzt einfach wissen, wie damit umgegangen wird, wenn man feststellt, dass derjenige Opfer ist bzw. ob er irgendwas Dramatisches gesehen hat, was man später auch als Zeuge gebrauchen kann, was auch wichtig wäre.

Zeuge U. P.: Das wird dokumentiert in Form von Meldungen.

Susanne Mittag (SPD): Von Meldungen. Und dann, wo geht das dann hin?

Zeuge U. P.: In die auswertenden Bereiche.

Susanne Mittag (SPD): Und da bleibt das dann erst mal? - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will jetzt nicht als Zeuge antworten. Aber ich glaube, der Zeuge ist tatsächlich überfragt, weil das wäre sicher nicht seine Aufgabe als Befragerführer, das an Staatsanwaltschaften zu übermitteln. Da sind tatsächlich die auswertenden Bereiche zuständig. Es gibt die entsprechenden Übermittlungsvorschriften, §§ 20 ff. Bundesverfassungsschutzgesetz, auf die das BND-Gesetz verweist. Das muss geprüft werden, ist aber tatsächlich nicht prioritäre Aufgabe des BND, der primär außen- und sicherheitspolitische Sachverhalte von Bedeutung erhebt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber es passiert natürlich. Es wird geprüft, und es wird nach Prüfung der Voraussetzung entsprechend übermittelt, was in der Vergangenheit auch geschehen ist. Aber das wird nicht - - Da ist sicher nicht er verantwortlich als Befragerführer.

Susanne Mittag (SPD): Perfekte Antwort, reicht auch völlig aus. Aber ist ja interessant, fände ich jetzt als Befrager auch interessant, wo das am Ende bleibt oder wer dann dafür zuständig ist. Ab und zu kann man ja ein paar Zuständigkeiten weitergucken. Das ist ja auch ganz interessant. - Das wär's. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz stellt die Fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo, Herr U. P., wie viele - vielleicht können Sie das noch mal sagen; das habe ich irgendwie nicht recht mitbekommen - US-Amerikaner haben denn bei Ihnen gearbeitet auf der Dienststelle?

Zeuge U. P.: Also, im Jahr 2001, im Juni 2001, als ich auf die Berliner Dienststelle kam, waren es meiner Erinnerung nach sieben oder acht. Die Zahlen veränderten sich dann, gingen tendenziell runter. Und im Jahr 2013, als ich also Befragerführer wurde, waren es dann vier, meine ich, vier oder fünf, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber zwischen dieser Spanne, zwischen sieben und vier?

Zeuge U. P.: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ganze Zeit über all die Jahre?

Zeuge U. P.: Na ja, es gab auch Phasen, wo dann tatsächlich nur zwei anwesend waren, eben auch durch Urlaubszeiten, Lehrgänge usw., aber die eigentlich auf dieser Dienststelle, sagen wir, verfügt oder der Dienststelle zugeteilt waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und insgesamt waren Sie in der Dienststelle wie viele?

Zeuge U. P.: 2001, als ich angefangen habe, waren wir eben diese sieben oder acht US-Befrager und auch acht, meine ich, deutsche Befrager und sieben oder acht Innendienstler, also Dienststellenleiter, Befragerführer, Verwaltung, Kasse usw. 2013, als ich dann Befragerführer geworden bin, waren es eben diese vier US-Befrager. Herbst 2013 waren wir vier deutsche Befrager.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Darf ich Sie fragen: Sagt Ihnen der Begriff „pärrchenweise aufgehangen“ was?

Zeuge U. P.: Nein. Aber Sie werden es mir bestimmt gleich erklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass Sie Teams gebildet haben, ein Deutscher und ein Amerikaner immer zusammen?

Zeuge U. P.: Wir haben grundsätzlich im Team gearbeitet. Es gab aber keine festen Teams. Also, es gab - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, aber vielleicht gab es ja so - - also, immer gemischt, oder gab es auch nur deutsche und nur amerikanische Teams?

Zeuge U. P.: Das habe ich schon gesagt. Es gab auch durchaus nur deutsche und in absoluten Ausnahmesituationen eben, wie auch gerade Frau Mittag gesagt hat, also wegen Krankheit, dass es dann tatsächlich war, dass ein Amerikaner - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, das mag die Ausnahme gewesen sein.

Zeuge U. P.: Aber das war es nicht, was Sie hören wollten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber war es grundsätzlich so, dass ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutscher und ein Amerikaner ein Team bilden? Dass die durchrotiert haben und so - geschenkt. Aber war es grundsätzlich so, dass man Zweiertteams hatte und ein Deutscher und ein Amerikaner zusammen waren?

Zeuge U. P.: Meistens hat es sich so ergeben, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja, so ergeben. Weil man morgens beim Kaffee gesagt hat: „Wer will jetzt wieder mit Mike?“, und dann hat halt im Sinne der Völkerverständigung - -

(Der Zeuge lacht)

- Nein, sagen Sie es mir! Ich würde es gern wissen.

Zeuge U. P.: Nein, ganz so war es nicht. Nein, es war nicht so, sondern es ist fallbezogen entschieden worden, welche Teams zusammenkommen, auch nach Kapazitäten. Es hat - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hat man das Know-how der Amerikaner dazugenommen, und war das bewusst, dass man sozusagen ein internationales Team gebildet hat?

Zeuge U. P.: Es waren ja nun mal Amerikaner. Und wenn man dann ein gemischtes Team gebildet hat, war es ein internationales Team.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr U. P. - so albern das ist, Sie mit diesem Kürzel anzusprechen, und so leid mir das tut - -

Zeuge U. P.: Ich finde das auch nicht lustig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr U. P., könnten Sie vielleicht sagen, dass das grundsätzlich der Fall war, dass man einen deutschen und einen amerikanischen Befragter in Teams zusammen in diese Befragungen geschickt hat - wenn das so gewesen ist?

Zeuge U. P.: Die Prämisse war nicht, immer gemischte Teams zu bilden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sagen Sie „nicht immer“. Was war der Regelfall?

Zeuge U. P.: Das habe ich gerade gesagt. Im überwiegenden Maße waren es gemischte Teams, und somit kann man - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, so. - Und wie sind diese Teams zustande gekommen? Und ich wollte jetzt gar keine rechtliche Bewertung, nach welchem Paragraphen oder so, sondern eine praktische.

Zeuge U. P.: Also, eine rechtliche Bewertung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben da lange gearbeitet. Wie sind diese Teams zustande gekommen?

Zeuge U. P.: Nach Kapa - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es da einen Arbeitsplan? Wurde ein Los gezogen? Wie hat man das entschieden? Wer hat das entschieden?

Zeuge U. P.: Nach Kapazität, wer Zeit hatte, wer verfügbar war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben die Mitarbeiter selbst entschieden?

Zeuge U. P.: Nein, die Entscheidung schlussendlich traf der Dienststellenleiter respektive der Befragterführer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und der hat die Leute zusammengesetzt?

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Amerikaner und einen Deutschen?

Zeuge U. P.: Nicht nach der Vorgabe: immer einen Amerikaner und einen Deutschen. Es hat sich dann tatsächlich auch aufgrund der -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll das denn?

Zeuge U. P.: - ziemlich gleichen Anzahl ergeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wirklich!

Zeuge U. P.: Ich weiß tatsächlich nicht, worauf Sie jetzt hinauswollen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, worauf will ich hinaus? Wir haben halt mehrere andere Bereiche, zu denen wir befragt haben, was so in Bad Aibling passiert ist und so, wo die Leute „pärrchenweise aufgehangen“ waren, genau in dieser Zeit; ist nicht meine Begrifflichkeit, ich zitiere Kollegen von Ihnen. Und deswegen fällt es auf, dass Sie jetzt genau sozusagen dieses Modell auch in diesem Befragungswesen haben. - Waren das denn Contractors, oder waren das tatsächlich DNI-Originalmitarbeiter?

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht. Mir wurde gesagt, und ich habe es wahrgenommen - - Das ist DIA, also nicht DNI. DIA!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr U. P., Sie haben elf Jahre - stimmt das? -, zwölf Jahre dort gearbeitet. Ihnen wurde gesagt - - Sie werden doch wissen - das wussten zumindest Ihre Kollegen, die in Bad Aibling und so mit diesen Leuten gearbeitet haben -: Waren das direkte Geheimdienstmitarbeiter der USA, oder waren das auch Contractors? Booz Hamilton und so.

Zeuge U. P.: Herr von Notz, ich weiß es definitiv nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie von Einzelfällen?

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht, ob es im Befragungswesen Contractors gab, ob es alles, also die US-Befrager, ob es hauptamtliche DIA-Mitarbeiter waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wer hat denn diese Ausweise besorgt? Diese Ausweise hat ja wohl der BND ausgestellt.

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

Zeuge U. P.: Das mit den Ausweisen hatten wir doch aber schon gehabt, dass das nichtöffentlich ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie jetzt noch mal: Wer hat die Ausweise besorgt?

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

Wir haben noch viel Zeit. Wir werden der Sache auf jeden Fall auf den Grund gehen, ob jetzt hier oder nachher.

Zeuge U. P.: Ja, dann nachher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Hatten - Sie haben das gesagt - - Gab es eigene Laptops dieser US-Mitarbeiter?

Zeuge U. P.: Laptops, die die mit in die Befragung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine das so, wie ich es frage: eigene Laptops der US-Mitarbeiter?

Zeuge U. P.: Ich meine, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Die die mitgebracht haben? Die nicht vom BND kamen? Kein Siemens-Modell oder - -

(Martina Renner (DIE
LINKE): Dell!)

- Dell, sehr gut. Ja, die Amerikaner haben bestimmt was Sicheres. - Also, haben sie alle den Standard-PC gehabt, oder hatten die Amerikaner eigene - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge U. P.: Die Amerikaner hatten ihr eigenes PC- und auch Laptop-Equipment.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. So. - Und war das stand-alone?

Zeuge U. P.: Jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das denn?

Zeuge U. P.: Weil es so war, weil die Amerikaner keine Anschlussmöglichkeit hatten ans deutsche Netz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, die hingen nicht an der Zitze vom BND. Aber sozusagen: Hatten die Internetzugang?

Zeuge U. P.: Nicht über den BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht das, was ich frage. Hatten die Internetzugang?

Zeuge U. P.: Sie hatten Telefonleitungen nach außen, und von daher dürfte es auch möglich gewesen sein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also hatten sie einen eigenen Kanal, sozusagen alles an ihren Dienst zu schicken, was sie schicken wollten? - Das ist eine Ja-oder-Nein-Frage.

Zeuge U. P.: Wenn sie es drauf angelegt haben - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind Geheimdienstmitarbeiter, die zur Informationsbeschaffung da sind. Legen die es drauf an oder - -

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen nicht, ob die - - Sie wissen es nicht, ob die Informationen über ihre Laptops an ihren eigenen Geheimdienst geschickt haben? Das wissen Sie nach elf Jahren nicht?

Zeuge U. P.: Ich weiß nicht, ob die Amerikaner Informationen an dem BND vorbei direkt in ihr Mutterhaus geschickt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „am BND vorbei“? Haben die über ihre Laptops Informationen, Protokolle, Meldungen verschickt? An den BND können sie ja nicht geschickt haben, weil die waren ja im Hinblick auf den BND total stand-alone.

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir -

Zeuge U. P.: Ich gehe nicht davon aus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - das mit einer anderen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Durften Sie - vorerst letzte Frage - privat mit den amerikanischen Mitarbeitern verkehren?

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war verboten, untersagt?

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Herzlichen Dank. Dann sind wir in der nächsten Runde. Die Fraktion der Union hat, glaube ich, keine Fragen derzeit. Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie gemerkt haben, dass zu Befragende wertvolle Informationen doch bereitstellen konnten, gab es dann auch Überlegungen, die Person als Quelle zu werben?

RD Philipp Wolff (BK): Bitte das nur in eingestufte Sitzung.

Zeuge U. P.: Das ist nichtöffentlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Was war denn die Dienstsprache?

Zeuge U. P.: Deutsch.

Martina Renner (DIE LINKE): Und alle Protokolle wurden auf Deutsch abgefasst?

Zeuge U. P.: Jawohl.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gab es so etwas wie eine Registratur für die Protokolle?

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Protokolle, die die Amerikaner gefertigt haben, sind auch in diese Registratur gelangt?

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Vollständig?

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den Karten, die die Amerikaner vorgelegt haben. Gab es dort auch Fragen zu bestimmten Liegenschaften?

RD Philipp Wolff (BK): Bitte zu den konkreten Fragen nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, Sie waren mal in Grafenwöhr, weil Sie wegen eines Tresortransports Dinge zu regeln hatten. Das ist ja nun der zweitgrößte Truppenübungsplatz der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, oder? Also, militärische Einrichtung.

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht. Also, es ist eine US-Kaserne gewesen. So viel habe ich wahrgenommen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren die DIA-Angehörigen alle Militärs? Haben die sich mit Rangbezeichnung ansprechen lassen auch?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wussten Sie deren militärischen Rang?

Zeuge U. P.: Nein. Wir haben uns in aller Regel mit Vornamen angesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber waren das Militärs?

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht, weil - - Also, sie liefen nicht in Uniform rum.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre ja auch blöd gewesen. Dann kommt man in der GU nicht so gut an.

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber man hat sich überhaupt nicht interessiert, mit wem man dort zusammenarbeitet und Informationen teilt? Also, das sind ja so - - Ich sage ja immer: Wenn man über viele Jahre mit Personen zusammenarbeitet, in Teams, stellt man sich ja auch mal solche Fragen zu: Was bist du eigentlich von Beruf? Was hast du vorher gemacht? Sind die immer auf Heimaturlaub geflogen, oder - - Also, das muss doch - - Also, ich sage mal so: Man muss doch wissen, was die sind. Also, die Frage ist, glaube ich, ziemlich berechtigt: Waren das Militärs?

Zeuge U. P.: Nein, ich glaube, da gehen Sie tatsächlich etwas fehl; denn es ist tatsächlich so, dass uns durchaus bewusst war, dass die US-Befragter eben ND-Mitarbeiter sind. Das heißt also, solche Dinge wie: „Welche berufliche Ausbildung hast du gemacht? Was machst du großartig in deiner Freizeit?“, oder so was, das waren definitiv keine Gesprächsthemen. Die wurden weder von Partnerseite noch von unserer Seite angeschnitten.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren die bewaffnet?

Zeuge U. P.: Nein. Also, meines Wissens nach nicht. Ich habe nie irgendeine Waffe bei einem der US-Befragter gesehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Haben diese auch zu Befragende selbst als Quellen geworben?

Zeuge U. P.: Also, nichtöffentlich. Aber wer „die“?

Martina Renner (DIE LINKE): Der DIA. Also, haben die die Gelegenheit genutzt, auch dort Quellenwerbung durchzuführen?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist mal diskutiert worden, ob möglicherweise die Informationen, die dort erhoben werden von den Flüchtlingen, die ja größtenteils aus Krisen- und Kriegsregionen stammen, für militärische Zwecke genutzt werden?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Militärgeheimdienst befragt Personen, die aus Krisen- und Kriegsregionen kommen, zu möglicherweise militärisch relevanten Informationen, und dann kommt man nicht auf die Idee, dass es sich vielleicht um militärische Interessen handelt, die dahinterliegen könnten?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge U. P.: Also, man hat sich im Kollegenkreis ausgetauscht. Zu Einzelheiten möchte ich auch dann auf den nichtöffentlichen Teil verweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, man hat sich im Kollegenkreis darüber ausgetauscht, dass es auch um militärische Dinge gehen könnte?

Zeuge U. P.: Man hat darüber gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man auch gegenüber Vorgesetzten mal darüber gesprochen?

Zeuge U. P.: Machen wir das im nichtöffentlichen Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten die US-Mitarbeiter noch mehr als nur Tresore von der Armee?

Zeuge U. P.: Zum Beispiel?

Martina Renner (DIE LINKE): Weiß ich nicht, ich frage Sie ja.

Zeuge U. P.: Sie hatten ihr eigenes Papier, das ein anderes Format hat als das deutsche. Sie hatten eigene Kugelschreiber. Sie hatten einen eigenen Kopierer. Also, Büromaterial, das haben Sie sich selber besorgt, jetzt aber nicht vom Militär, sondern von Büroausstattungsfirmen, die so was liefern.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum haben die nicht die Kulis vom BND genommen?

Zeuge U. P.: Das wird Bestandteil einer Vereinbarung gewesen sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es denn über - - „Vereinbarung“ ist ein gutes Stichwort. Gibt es eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der HBW, die Sie kennen?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Muss ja so sein
logischerweise!)

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die kennen Sie auch?

Zeuge U. P.: Nicht im Wortlaut.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da sind auch solche Dinge geregelt?

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht. Es war eine Vermutung meinerseits.

Martina Renner (DIE LINKE): Kostenteilung.

Zeuge U. P.: Ich habe gesagt: Ich gehe davon aus.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Haben die Amerikaner auch bei den Treffberichten Geld an die zu Befragenden gegeben? Also, vom BND gab es ja Aufwandsentschädigung, dann gab es Prämien, Erfolgsprämie, Leistungsprämie und so Geschichten. Haben die Amerikaner auch Geld an die zu Befragenden ausgereicht, oder hat das nur der BND gemacht?

Zeuge U. P.: Also nicht, wo ich dabei gewesen bin als Befragter. Und auch als Befragterführer habe ich davon nichts in den Berichten gelesen, und auch in den Gesprächen nichts, also in der Nachbereitung, sage ich mal, in der mündlichen Berichterstattung. Nein, kann ich mich nicht dran erinnern. Wobei auch für Berlin zu sagen ist, dass mit diesen Zahlungen, auch Aufwandsentschädigung usw., sehr restriktiv umgegangen worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es sonst noch Vorteilsgewährungen außer Geld?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren bei - -

Zeuge U. P.: Ganz kurz: Also, was wir gemacht haben oder wofür wir uns eingesetzt haben, ist: Wenn jetzt zum Beispiel ein Asylbewerber, den wir befragen wollen, in einer ländlichen Gegend war, wo partout kein vernünftiger Besprechungsraum, wo man sich wirklich in Ruhe unterhalten konnte, da war, aber im Nebenlandkreis so etwas war, dann haben wir uns mit dafür eingesetzt durch ein Schreiben, was dann der Asylbewerber bekommen hat von wegen: Die HBW möchte mit ihm sprechen und bittet darum, dass dem Asylbewerber ein sogenannter Urlaubsschein, also eine temporäre Aufhebung der Aufenthaltsbeschränkung, gestattet wird. - Das ja. Wenn Sie das als Vorteil oder irgendwie so sehen wollen, das ja. Aber sonst, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren bei den Befragungen auch Bevollmächtigte der Flüchtlinge anwesend?

Zeuge U. P.: Das kam auch vor.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Das wäre jetzt die letzte Frage.

Zeuge U. P.: Also, meist. Was heißt anwesend? Also, es ist manchmal über Mobiltelefon passiert. Und in einem Fall bei mir war auch der Anwalt anwesend, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gegenüber diesem hat man sich auch als HBW ausgewiesen?

Zeuge U. P.: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Danke. - Dann geht es bei der SPD weiter.

(Christian Flisek (SPD): Wir haben keine weiteren Fragen!)

Dann Bündnis 90/Die Grünen? - Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei diesen Befragungen, die ja teilweise über Tage gingen: Mit wem wurde rückgekoppelt, wie der Stand der Vernehmung ist? Und hat man noch mal Feedback - -

Zeuge U. P.: Welche Vernehmung?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm?

Zeuge U. P.: Welche Vernehmung?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Befragung.

Zeuge U. P.: Die Befragung, ach so. - Also, wenn ich sage, dass eine Befragung sich einmal in die Länge gezogen hat und mehrtägig war, bedeutet das nicht, dass ich sage jetzt: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag in einer Woche, sondern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ist schon klar. Wir haben ja die Akten gelesen. Das dauert manchmal Monate.

Zeuge U. P.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe ich. - Aber mit wem - - Das ändert ja nichts an meiner Frage. Mit wem wurden Zwischenergebnisse rückgekoppelt?

Zeuge U. P.: Die Meldungen gingen an die auswertenden Bereiche, und die auswertenden Bereiche haben rückgemeldet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die amerikanischen und die deutschen?

Zeuge U. P.: Die deutschen, ja. Die amerikanischen - - Ob das jetzt explizit die Auswertung war oder halt vom Mutterhaus der Kollegen, die da bei uns waren: Kam auch, allerdings sehr selten, meist viel zu spät. Da war dann die Sache schon gelaufen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie „Mutterhaus“ sagen, noch mal die Frage: Waren Sie da im selben - - Also, Sie hatten nicht die gleichen - - Sie saßen nicht zusammen in Büros?

Zeuge U. P.: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man hatte getrennte Büros?

Zeuge U. P.: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die waren unterschiedlich ausgestattet?

Zeuge U. P.: Technisch unterschiedlich ausgestattet. Die Büromöbel, die Tische und die Stühle, waren tatsächlich BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war auch unter einem Dach? Das war dasselbe Gebäude?

Zeuge U. P.: Jein. Wir sprechen ja wieder von einem Zeitraum. Also: Im Jahr 2001, als ich zum Befragungswesen kam, waren wir alle zusammen untergebracht in der - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das dürfen Sie bestimmt nicht sagen.

Zeuge U. P.: Das darf ich gewiss nicht sagen.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber: Waren Sie am Anfang zusammen oder getrennt?

Zeuge U. P.: Wir waren in einem Gebäude, aber dort getrennt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und am Schluss waren Sie in getrennten Gebäuden?

Zeuge U. P.: Ganz zum Schluss waren wir wieder im selben Gebäude, aber auch dort getrennt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und zwischendrin waren Sie mal in getrennten Gebäuden?

Zeuge U. P.: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, gut. - Sie gehen hart mit meiner Zeit um, die immer nur acht Minuten beträgt.

Zeuge U. P.: Das tut mir sehr leid, Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese amerikanischen Kollegen: Haben die privat in Berlin gewohnt, oder haben die irgendwo gemeinsam gewohnt?

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht. Dadurch dass wir keinen privaten Umgang miteinander hatten, entzieht sich auch das meiner Kenntnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Hatten die Privatfahrzeuge, sozusagen andere Dienstautos oder so als Sie, wenn man irgendwo hingefahren ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge U. P.: Nichtöffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichtöffentlich, mhm.

Zeuge U. P.: Aber ich verspreche: Ich sage was dazu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber bezüglich der Arbeitsbedingungen waren gleiche Rechte und Pflichten, oder hatten die - - Konnte Thanksgiving auf keinen Fall eine Befragung durchgeführt werden oder - -

Zeuge U. P.: Na ja, Thanksgiving ist ein Feiertag bei den Amerikanern, und an amerikanischen Feiertagen waren sie nicht zugegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben also nach praktisch amerikanischem Recht gearbeitet?

Zeuge U. P.: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin kein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es scheint ja so zu sein.

Zeuge U. P.: Ich kann Ihnen bestätigen, dass an Thanksgiving die Amerikaner freihatten, jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Ich kann Ihnen bestätigen, dass an Thanksgiving die Amerikaner freihatten, jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Wer hat eigentlich die englischsprachigen Meldungen verfasst? Also, wer hat die Übersetzung, wenn die Amtssprache Deutsch war und man die Betroffenen Deutsch befragt hat - so habe ich Sie verstanden - - Das ist korrekt?

Zeuge U. P.: Das kommt drauf an. Wenn die zu befragende Person englisch sprach, haben wir auch englisch befragt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann war die Sprache Englisch?

Zeuge U. P.: Dann war die Sprache der Befragung Englisch, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich Sie mal fragen, wie viel Prozent der Asylbewerber deutsch sprechen und wie viele englisch?

Zeuge U. P.: Also, ich kann Ihnen jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, gerade so in den Zielgruppen - -

Zeuge U. P.: Ich kann Ihnen die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, die Deutsch sprechen, nicht benennen. Was die Zahl der Asylbewerber, die vom Befragungswesen aufgegriffen worden sind - - Also, Deutsch wesentlich weniger als Englisch, möchte ich meinen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Befragungen wurden grundsätzlich in Englisch geführt?

Zeuge U. P.: Nein. Im überwiegenden Maße wurden die Befragungen mittels Sprachmittlern, also Dolmetschern, geführt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Überwiegendem Maße“ heißt - -

Zeuge U. P.: Und da dann Deutsch, also Deutsch Landessprache, Landessprache Deutsch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber „überwiegendem Maße“ heißt über 50 Prozent oder über 80 Prozent?

Zeuge U. P.: Über 80 Prozent.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über 80 Prozent. - Aber wenn man dann eben die Meldung verfasst hat - die sind ja dann deutsch und englisch; so lese ich das zumindest hier in den Akten -: Wer hat die englische Übersetzung gemacht? Waren das die Deutschen, oder haben die Amerikaner das übersetzt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge U. P.: Englische Meldungen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen das mal zeigen, so eine Akte.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber das ist dann wahrscheinlich nichtöffentliche Sitzung, oder? Das ist doch wahrscheinlich wieder ein eingestuftes Papier!)

- Ja, ist es.

(RA Johannes Eisenberg:
Na dann!)

- Was?

(RA Johannes Eisenberg:
Dann kann man sich ja dazu nicht erklären!)

- Wieso kann man sich dazu nicht erklären? Das verstehe ich nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Weil die Aussagegenehmigung einen daran hindert!)

- Herr Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich glaube, so schlimm wie heute war es noch nie, oder? Also so etwas habe ich noch nicht erlebt! - Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Also, wir reden nicht über den Inhalt, sondern wir reden über die Sprache. - Das ist jetzt eine andere Außenstelle. Aber so ist der überwiegende Teil der Meldungen, die wir sehen.

Zeuge U. P.: Aber ich kann Ihnen nicht sagen, wer an einer Außenstelle da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber erst mal: Sehen die bei Ihnen so aus, die Meldungen, oder sind die bei Ihnen einsprachig? Macht die Außenstelle das ganz anders als Sie?

Zeuge U. P.: Also, die genaue Arbeitsweise - - Dann würde ich doch denken, dass das was für den nichtöffentlichen Bereich ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nicht die genaue Arbeitsweise.

Zeuge U. P.: Ja, das ist doch aber Arbeitsweise.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber nicht die genaue.

Zeuge U. P.: Ich bin kein Jurist. Also, gefühlt ist es für mich Arbeitsweise. Entschuldigen Sie, bitte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja eben auch - - Es ist auch Arbeitsweise, wenn Sie sagen: Über 80 Prozent der Befragungen sind in Deutsch durchgeführt worden. Das war Ihnen ja sehr wichtig. Das haben Sie gesagt in öffentlicher Sitzung.

Zeuge U. P.: Dolmetscher.

(RA Johannes Eisenberg:
Das haben Sie ihn nicht gefragt!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich habe ich ihn gefragt. So. Das ist auch Arbeitsweise. Hat hier niemand was gesagt. So. Jetzt frage ich Sie: Wer hat die Übersetzungen gemacht?

Zeuge U. P.: Das kann ich Ihnen hier nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen auf der Dienststelle: Wer hat die Übersetzung gemacht? Elf Jahre lang haben Sie Meldungen erstellt. Wer hat das übersetzt?

Zeuge U. P.: Meine Meldungen hat niemand ins Englische übersetzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind im Deutschen geblieben?

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Und die Amerikaner haben die in Deutsch bekommen?

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ja, dann ist das offensichtlich unterschiedlich gehandhabt worden nach Außenstellen. Das ist ja interessant. - Hat es mal Konflikte gegeben zwischen den Amerikanern und den Deutschen in den elf Jahren in Ihrer Außenstelle?

Zeuge U. P.: Sind mir keine bekannt, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Konflikte?

Zeuge U. P.: Nein.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Jetzt wäre auch die Zeit um.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann noch mal überlegen für die nächste Runde. - Die CDU/CSU? - Hat keine Fragen mehr. Frau Renner vielleicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Erst mal keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Die SPD? - Hat auch keine Fragen. Dann sind wir wieder bei Herrn von Notz. Jetzt eine Frage oder - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Bünyamin Erdogan, sagt Ihnen das was?

Zeuge U. P.: Noch mal, bitte!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bünyamin Erdogan, sagt Ihnen das was?

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen nichts?

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie im Laufe der Jahre mal mitbekommen, dass man durch bestimmte Daten sozusagen Drohnen in ihr Ziel lenken kann? Haben Sie schon mal was vom Romann-Erlass gehört?

Zeuge U. P.: Von welchem Erlass, bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Romann.

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, wer das ist?

Zeuge U. P.: Ich kenne einen Roman Herzog, aber ich weiß nicht, ob das der ist.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der ist das nicht. Wenn der das wäre, müssten wir bestimmte Sachen noch mal aufarbeiten.

Zeuge U. P.: Das hätte mich auch irgendwo gewundert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie im Laufe der Jahre, die Sie das gemacht haben, irgendwie was verändert an den Dingen, an den Daten, die man den Amerikanern geben durfte, und denen, die man ihnen nicht geben durfte? - So gegen Ende hin vor allen Dingen, so ab dem Jahr 2010? Gab es da mal so Diskussionen?

Zeuge U. P.: Ist das jetzt nicht auch Methodik?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihung?

Zeuge U. P.: Ist das auch nicht Methodik oder irgendwas?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge U. P.: Nein?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht in Zeitungen und so.

Zeuge U. P.: Also, ich selber habe keine Veränderung in der Gestalt wahrgenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge U. P.: Moment. - Ich habe aber davon gehört, dass es so etwas gegeben haben soll.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht in Ihrer Arbeit?

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben einfach auch nach 2010 die Daten, die Sie zusammenbekommen haben in Ihrer Befragungsarbeit, die haben Sie in die Meldungen gepackt, und die wurden verschickt?

Zeuge U. P.: Worauf wollen Sie hinaus?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie meine Frage beantworten.

Zeuge U. P.: Ja, ja, das ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf will ich hinaus.

Zeuge U. P.: Dafür sitzen wir hier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge U. P.: Ich habe tatsächlich im Laufe der Zeit keine Veränderungen an den Informationen vorgenommen, die ich bekommen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das finde ich sogar logisch, weil: Wie hätten Sie denn Einfluss darauf nehmen können, was die Amerikaner auf ihren Laptops verschicken? Hätten Sie darauf Einfluss nehmen können?

Zeuge U. P.: Ich wüsste nicht, wie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Mike, was tippst du da? Gibst du da eine Handynummer ein? Hör sofort auf damit!“ Ist das mal - -

Zeuge U. P.: Wie gesagt: Ich wüsste nicht, wie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge U. P.: Also, ich habe niemanden dabei gesehen, der da irgendwelche Handynummern in irgendwelche Laptops eingetippt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Ich habe niemanden gesehen, der irgendwelche Handynummern in irgendwelche Laptops eingetippt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. - Aber Sie haben ja Informationen gesammelt. Und die Berichte sind voll mit Geodaten und Handynummern und allem Möglichen. Und deswegen meine Frage: Haben Sie im Laufe der Jahre, bis Ihre Tätigkeit zu Ende war, irgendwas an dem Prozedere der Datenweitergabe verändert?

Zeuge U. P.: Haben Sie jetzt mich das als Befragter gefragt oder als Befragterführer? Ich glaube, da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trennen Sie da fein? Ich frage Sie zuerst als Befragter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge U. P.: Okay. - Als Befrager hat es keine Änderung gegeben, weil ich keine Geodaten oder sonst was in Meldungen reingeschrieben habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine Geodaten - -

Zeuge U. P.: Ich persönlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Ich persönlich habe das überhaupt gar nicht gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei all den Meldungen, die Sie alle Jahre lang erstellt haben, haben Sie keine Geodaten eingegeben?

Zeuge U. P.: Meiner Erinnerung nach nicht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie eine Handynummer?

Zeuge U. P.: Nein, Handynummer definitiv nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das halte ich für eine massiv steile These. - Okay, gut. - Und als Befragerführer?

Zeuge U. P.: Als Befragerführer habe ich keine Meldungen irgendwie verändert. Oder was meinen Sie jetzt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dafür gesorgt, dass bestimmte Daten nicht an die Amerikaner gehen, dadurch dass Sie bestimmte Meldungen verändert haben, bestimmte Bereiche geschwärzt oder die letzten drei Nummern oder sieben Nummern geixt haben, dass Sie Ihre Befrager angewiesen haben: Passt mal auf! Mit Handynummern kann man Leute töten. Da wollen wir nicht Teil von sein. Bitte gebt keine Handynummern weiter! - So was.

Zeuge U. P.: Also, zunächst mal: Dass man mit Handynummern Menschen töten kann, war zu dem Zeitpunkt - - Und ich muss dazu sagen, dass die Befragungen an der Außenstelle Berlin Ende

2013 nach Beantwortung der Kleinen Anfrage eingestellt worden sind, vielleicht nur von Berlin und für Berlin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, in Berlin ist das so gehandhabt worden: Man hat auch im Jahr 2013 noch Handynummern weitergegeben?

Zeuge U. P.: Das habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage Sie. Nur: Weil Sie den Romann-Erlass nicht kennen, befürchte ich fast, dass Sie ihn nicht umgesetzt haben, und der Eisenberg weiß das auch gar nicht, wie Sie das gemacht haben.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich hatte jetzt einfach
gefragt, ob er mal eine
Pause braucht!)

- Ja, vielleicht können wir das noch kurz zu Ende machen.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein! Denn er hat ja offensichtlich jetzt - -)

Zeuge U. P.: Ich habe Ihre Frage jetzt gar nicht mitbekommen.

(RA Johannes Eisenberg:
Das muss man ihm mal
gerade erklären!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab ein - - Ich sage Ihnen das jetzt mal einfach - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz. Herr Wolff meldet sich.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie unterstellen gerade
einen ganzen Haufen von
Sachen, die er nie behauptet hat!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Moment! Kriegen wir alles geklärt. - Zuerst Herr Wolff, ob da irgendwie was anzumerken ist.

RD Philipp Wolff (BK): Eine Anmerkung: Der Romann-Erlass gilt nicht für ihn. Insofern muss er ihn auch nicht umsetzen. - Das nur zur Klarstellung.

(RA Johannes Eisenberg:
Dann muss er ihn auch
nicht kennen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das bringt uns aber auf jeden Fall eine gewisse Erkenntnis. - Und jetzt Konstantin von Notz, weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben sozusagen bis ins Jahr 2013 einfach das weitergemacht, was Sie immer gemacht haben: Informationen gesammelt und die weitergegeben.

Zeuge U. P.: Ich habe nie behauptet, dass ich Handynummern oder Geodaten weitergegeben habe.

(RA Johannes Eisenberg:
Eben!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben gesagt, Sie haben nie Handy- -

Zeuge U. P.: Kann ich auch mit Geodaten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können wir ja noch mal festhalten, weil wir gucken uns ja die Akten noch mal an. - Sie haben in den elf Jahren nie Geodaten und nie Handydaten weitergegeben? Das hat Ihr Anwalt jetzt noch mal scharfgestellt. Das haben Sie nie getan?

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe gar nichts
scharfgestellt!)

- Okay, gut. Dann haben wir das jetzt festgestellt: Sie haben in den elf Jahren nie eine Telefonnummer und nie Geodaten weitergegeben.

Zeuge U. P.: Meiner Erinnerung nach habe ich in diesen Jahren nie Telefonnummern weitergegeben und Geodaten weitergegeben, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Gut. Frage ich mal in die Runde: Gibt es noch weitere Fragen, in öffentlicher Sitzung wohlgemerkt? - Das ist nicht der Fall. Dann sollten wir - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, doch!)

- Ach so. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die eifrige Kollegin hat doch ein Blatt gefunden, wo - was im Jahr - ja, ja, ist Geheim; ich will das auch gar nicht vorlesen, sondern - - ein englischer Text drauf ist. Können Sie sich das mal angucken?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie für alle die Fundstelle sagen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist Tagebuchnummer 254, MAT A BND-50/4, und das ist die Seite 052223.

Zeuge U. P.: Hier ist es Englisch. Aber das war vor meiner Zeit als Befragerführer.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf der Rückseite scheint das Englisch zu sein.

Zeuge U. P.: Ja, ja, die letzte Zeile ist auch Englisch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Es geht deutlich daraus hervor, dass der Text in Englisch ist. Das ist aber vor meiner



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeit als Befragterführer. Zu der Zeit war ich Befragter unserer Dienststelle und weiß also nicht, wer da irgendwelche Übersetzungen oder sonst was gemacht hat. Aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist Ihre Dienststelle?

Zeuge U. P.: Es ist meine Dienststelle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und, welches Jahr?

Zeuge U. P.: 2010.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge U. P.: Aber ich war nicht Befragterführer. Ich war der Befragter. Ich hatte damit nichts zu tun. Das ist nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, weil Sie gesagt haben, auf Ihrer Dienststelle ist nichts Englisch übersetzt worden.

Zeuge U. P.: Ich habe gesagt, dass meine Meldungen nichts ins Englische übersetzt wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber auf der Dienststelle sind Meldungen in Englisch übersetzt - auf Ihrer Dienststelle?

Zeuge U. P.: Ich weiß nicht, ob Meldungen von Kolleginnen oder Kollegen auf Englisch übersetzt worden sind in der Zeit, als ich Befragter war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kollege von Notz hat Sie ja gefragt, wo die Übersetzungen angefertigt worden sind.

(RA Johannes Eisenberg:
Das weiß er doch nicht!)

Und das scheint ja eine Übersetzung Ihrer Dienststelle, also eine Meldung Ihrer Dienststelle zu sein mit einer englischen Übersetzung.

Zeuge U. P.: Können wir das in die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kann man doch die Frage stellen, wo ist das - - Sie können ja sagen, auf dem Mond oder in den USA.

Zeuge U. P.: Können wir das in die nichtöffentliche Sitzung reinnehmen? Dann sage ich Ihnen gerne mehr dazu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Können wir das in die nichtöffentliche Sitzung reinnehmen? Dann sage ich Ihnen sehr gerne mehr dazu. Einverstanden?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob eine Übersetzung angefertigt - - und wo, kann man eigentlich sagen.

Zeuge U. P.: Ich verspreche Ihnen, ich sage was dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Ströbele, noch weitere Fragen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann gehe ich davon aus, dass es Bedarf gibt, den Zeugen in eingestufte Sitzung zu befragen. Richtig?

(Martina Renner (DIE
LINKE): Ja!)

- Genau. - Dann müssen wir einen entsprechenden Beschluss fassen. Ich schlage folgenden Beschlusstext vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen U. P. am heutigen Tag wird die Sitzung gemäß § 15 Absatz 1 in Verbindung mit der Geheimhaltungsordnung des Deutschen Bundestages mit dem Geheimhaltungsgrad Geheim versehen, weil die Kenntnis von der Beweisaufnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Für die spätere Herabstufung des Protokolls auf Offen wird das Bundeskanzleramt gebeten, die Passagen des Protokolls blau zu markieren, die in seinem Verantwortungsbereich aus seiner Sicht und für seine Arbeit geheim zu halten sind. Für die Protokolle im Übrigen trägt der Ausschuss die Verantwortung.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Jetzt müssten alle nicht mehr befugten Personen den Saal verlassen, die also in geheimer Sitzung - -

(Zuruf)

- Genau, das käme als Nächstes. - Also: Alle Personen, die nicht entsprechend sicherheitsüberprüft sind, müssten den Saal verlassen. Alle anderen Personen müssen ihre mobilen Endgeräte aus dem Saal bringen, sodass wir ganz schnell auch in eingestufter Sitzung weitermachen können. Das gilt natürlich auch im Zweifel, wenn Sie als Zeuge ein Endgerät dabei haben, ein Handy.

Zeuge U. P.: Das habe ich schon draußen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge U. P.: Frage: Chance auf eine Toilettenpause?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die können wir jetzt machen, genau. Nutzen Sie das jetzt! Auch Erfrischungen, wenn Sie irgendwas brauchen: Sagen Sie es!

Zeuge U. P.: Eine Dusche haben Sie nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge U. P.: Eine Dusche haben Sie nicht zufälligerweise?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätten wir hier auch, aber das dauert zu lange.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, öffentlich: 21.30 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Geheim)

ANLAGE 1

Klarstellung zu Seite 68, linke Spalte, 4. Absatz:

„Wenn jetzt die Entscheidung gefallen war: „Ja, also, das Anhörungsprotokoll scheint vielversprechend zu sein, respektive der Asylbewerber scheint vielversprechend zu sein“, wurde ...“

Klarstellung: Ich meinte damit die Informationen über die der Asylbewerber verfügen könnte, dass diese vielversprechend sein könnten.

Klarstellung zu Seite 68, rechte Spalte, letzter Absatz:

„... wie sie sie schon mal im Rahmen der Anhörung beantwortet hat.“

Klarstellung: Hiermit ist die Anhörung im Asylverfahren gemeint.

Klarstellung zu Seite 69, linke Spalte, erster Absatz:

„Das hat keinerlei Einfluss gehabt.“

Klarstellung: Hiermit ist gemeint, dass es keinerlei Einfluss auf das Asylverfahren hatte.

Feile 5:
Schneide: differenzierte
Setze: variierte
u. P.



13. 10. 16

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn das Gespräch dann zu Ende war - das kann sich auch über Stunden hingezogen haben, in Abhängigkeit von den Themen, in Abhängigkeit auch von der Belastbarkeit des Gesprächspartners; das differenzierte sehr -, ist das Befragerteam wieder zurückgefahren an die Dienststelle. Dann hat man sich wieder besprochen, hat Resümee gezogen, hat das Ganze dokumentiert in Form von Berichten, hat im Zweifel Meldungen erstellt, die dann eben an die auswertenden Bereiche gegangen sind.

Wenn die Quelle dann befragt war, war die Beziehung der HBW zu der Asylbewerberin, dem Asylbewerber beendet.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank schon mal für die interessante Schilderung. An einer Stelle wollte ich noch mal nachfragen. Sie hatten gesagt, man fragt oder koppelt ja auch dann rück beim BAMF und sagt: Wir haben da Interesse an der Person. Oder: Es war tatsächlich interessant. Wie weit seid ihr denn mit dem Verfahren?

Da haben Sie gesagt, es gab -- Also, in der Regel, wenn die sagen: „Es gibt eine negative Entscheidung“ oder „Eine negative Entscheidung ist zu erwarten“, haben Sie aufgehört, in aller Regel. Aber es gab Ausnahmen. Was bedeutet dann die Ausnahme? Dass man dann -- Dass das BAMF gesagt hat: „Okay, wir ziehen die Entscheidung raus; macht mal weiter“? Oder haben die dann einen Aufenthaltstitel gewährt? Oder was war dann die Ausnahme?

Zeuge U. P.: Sonderfall oder Sonderregelung bedeutete nicht automatisch ein „Overrule“, sage ich mal, der HBW, sondern da setzte sich dann das Referat mit der entsprechenden Stelle - ich glaube, es hieß auch Sicherheitsreferat - im Bundesamt zusammen und haben dann darüber beratschlagt, wie da zu verfahren ist. Da wurde dann abgewogen.

Wie das jetzt in diesem einen Fall war, von September 2012 bis Juni 2014, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Das weiß ich leider nicht mehr, wie das ausgegangen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, okay. - Wie haben Sie denn die Gespräche dokumentiert? Also, wir haben hier jetzt schon gehört, dass da das Mittel der Wahl Bleistift und Block ist. War das bei Ihrer Dienststelle auch so, dass Sie das alles mal mitnotiert haben? Haben Sie da Wortprotokolle geführt? Haben Sie Stichpunkte sich notiert? Was ist damit dann weiter geschehen? Sie haben vorhin gesagt, Sie haben das dann dokumentiert, Berichte geschrieben, vielleicht eine Meldung. Wurde das dann irgendwie elektronisch archiviert? Oder haben Sie das weggeworfen? Wie sind Sie damit vorgegangen?

Zeuge U. P.: Okay. Also, es gab keine Gesprächsaufzeichnung elektronischer Art. Es ist tatsächlich so: Das Handwerkszeug - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz fragen. Wir sind ja noch in öffentlicher Sitzung. Das ist klar, ja? Das ist okay vonseiten der Bundesregierung, wenn wir das - -

RD Philipp Wolff (BK): Wir hatten vorher allerdings auch darüber gesprochen, dass Stift und Block - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte es nur mal hinterfragen; ist ja schön. Nicht, dass wir hinterher diskutieren, ob Protokolle geschwärzt werden. Also, das geht dann so raus hier, nicht? - Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Ich interveniere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar.

Zeuge U. P.: Also, wie gesagt: Es gab keine elektronischen Aufzeichnungen von Gesprächen, weder Audio noch Video noch sonst irgendetwas. Das Handwerkszeug einer Befragerin, eines Befragers und somit auch meines ist tatsächlich Papier; ich bevorzuge Kugelschreiber.

(RA Johannes Eisenberg:
Keinen Montblanc-
Füllhalter!)



1. Untersuchungsausschuss

Zeile 9:
 Strecke: DOJ
 Seite: DEU u. P. 12.10.16

Nur zur dienstlichen Verwendung

- Nein. Gehobener Dienst. - Von daher erfolgte tatsächlich die, sage ich mal, direkte Gesprächsdokumentation mit Stift und Papier.

An der Dienststelle zurück, wenn es dann an die Berichte ging, an die Gesprächsberichte ging und auch dann im Zweifel eben an die Meldung: Die wurden in elektronischer Form erstellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Elektronische Akte dann bei Ihnen auch. Oder haben Sie dann eine Mail an die Auswertung geschrieben?

Zeuge U. P.: Wir sind noch nicht beim papierlosen Büro und bei der elektronischen Akte vollumfänglich, wenn ich das sagen darf.

(Burkhard Lischka (SPD):
 Das überrascht uns auch
 nicht wirklich!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir aber auch nicht.

Zeuge U. P.: Das ist ein ganz mieser Trick der Papierindustrie mit dem papierlosen Büro. - Nein. Also, sie wurden am Computer erstellt und dann ausgedruckt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie haben das die Kollegen des AND denn gehandhabt? Haben die dann - - Also, ich gehe ja mal davon aus, dass es bei Ihnen auch gemischte Befragerteams gab. War das dann gleichermaßen so, dass der Kollege das mitgeschrieben hat? Und haben Sie dann gemeinsam Ihre Meldung, Ihren Bericht geschrieben? Oder hat da jeder was anderes geschrieben?

Zeuge U. P.: Also, gemischte Teams ja, und zwar grundsätzlich.

(Der Zeuge berät sich mit
 RD Philipp Wolff (BK)
 sowie mit seinem
 Rechtsbeistand)

Gemischte Teams grundsätzlich, und zwar „grundsätzlich“ fett, kursiv und unterstrichen geschrieben, was die Berliner Dienststelle anbelangt.

Nina Warken (CDU/CSU): Also immer ein BND-Mitarbeiter, ein AND-Mitarbeiter. Keine Befragung allein durch Sie und keine Befragung allein durch den AND.

Zeuge U. P.: Also, grundsätzlich gemischte Teams dahin gehend, dass, wenn ein US-Befragter unterwegs war, grundsätzlich ein PI, also ein BND-, HBW-, DOJ-Mitarbeiter, mit dabei war.

Es gab äußerst vereinzelt Ausnahmen dahin gehend, dass zum Beispiel Termine vereinbart waren, lang vereinbart waren, Dolmetscher unterwegs war, Räumlichkeiten angemietet waren, alles wunderbar, und justament an dem Tag, wo sich das Team auf den Weg machen sollte, ist der deutsche Befragter erkrankt. Das ist vorgekommen. Da wurde dann versucht, Ersatz zu beschaffen von deutscher Seite. Wenn es nicht anders ging, dann hat - ich weiß jetzt aber nicht, in wie viel Fällen das tatsächlich der Fall war - der Dienststellenleiter entschieden: Okay, jetzt macht es dann ausnahmsweise ein US-Befragter alleine. Ein Kriterium, wenn es dann darum ging, dass er es alleine macht, war, dass er ad 1 der deutschen Sprache extrem gut mächtig ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Grundsätzlich zu den gemeinsamen Befragungen: Ja. Wenn es jetzt wirklich in die Details geht im Einzelfall „Hat der Dienststellenleiter ...“, dann bitte ich, das in eingestufte Sitzung zu schildern. Grundsätzlich: Dass die gemeinschaftlichen Befragungen stattgefunden haben, dass es Ausnahmen gegeben hat: Ja. Aber jetzt Detailinformationen bitte in eingestufte Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, genau. - Aber nehmen wir jetzt mal an, Sie haben eine gemeinsame Befragung gemacht: Wie war es dann da? Da hat der Kollege sich mitnotiert, Sie haben mitnotiert.

Zeuge U. P.: Richtig.